

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Mittwoch, den 26. November 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1981.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementpreis: 3.30 M. monatlich, 1.10 M. wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit Illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 M. pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Zentralliste. Unter Ausschluss für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.00 M. für das übrige Ausland 4 M. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die festgesetzte Annoncenzeile über dem Raum 50 Pf. für vollzogene und gewerkschaftliche Vereins- und Besondere-Anzeigen 30 Pf. Kleine Anzeigen, das festgesetzte Wort 20 Pf. (ausdrücklich festgesetzte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenvermittlungen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Bethmann mit dem „Popanz“.

Als im April d. Js. vor dem Reichstage die neue Heeresvorlage zu „begründen“ war, da hielt der philosophierende Reichskanzler die Einführungsrede, die echt deutsch-staatsmännisch war. Wir leben, so sagte er, mit der ganzen Welt in schönster Freundschaft. Insbesondere sind die deutschen Beziehungen zu den benachbarten Regierungen im höchsten Grade friedlich. Aber die Regierungen seien oft auch bloß die Geschehenen — Bethmann muß es ja wissen! Und deshalb müsse sich Deutschland gegen gewisse chaubinistische und nationalistische Strömungen im Osten rüsten. Mit dem Jaren und seiner Regierung verbänden uns die engsten Bande — leider! hätte der Reichstag rufen sollen. „Aber“ so fuhr der große Denker aus Hohenfinow fort, „den russischen Staatsmännern ist so gut wie uns bekannt, daß die panslawistischen Strömungen... durch die Siege der Balkanstaaten mächtig gefördert worden sind.“ In diesen angeblichen Volksbewegungen äußere sich eine „neue und akute Belebung der Masseninstinkte“. Und deshalb müßten die deutschen Steuerzahler das Opfer der neuen Rüstungsmillionen auf sich nehmen. Was zu beweisen war!

Natürlich hieben namentlich die Liberalen mit der Inbrunst der nun zum Militarismus Befehrten sofort kräftig in dieselbe Kerbe. Wasserfarn nannte in der nächsten Sitzung den Panslawismus, auf dessen Drängen ihn der Reichskanzler eben erst aufmerksam gemacht hatte, eine „Gefahr, die in ihrem vollen Umfange heute von den Politikern aller Parteien anerkannt werden müsse“. Der nationalliberale General der Partei Ueining fand sich also mit der Sache, wie gewohnt, durch ein paar noch nebelhaftere Worte ab, als der Reichskanzler. Und der fortschrittliche Müller-Neurathen versicherte gleich hinterher als getreuer Anecht Fribolstr, daß er „die Gefahren des Panslawismus nicht gering schätzen möchte“. Alle, alle reagierten sie auf das panslawistische Stichwort und waren ordentlich froh, damit den Vorwand für den Wahnsinn gefunden zu haben, den sie doch von vornherein aus ganz anderen Gründen mitzumachen entschlossen waren. Nur der Redner der Sozialdemokratie, Genosse Naase, mußte wieder einmal der Wahrheit und der geschichtlichen Wirklichkeit einigermaßen zum Recht verhelfen. Er erwiderte, daß „die Bedeutung der panslawistischen Strömungen... gewaltig übertrieben“ werde und wies: einerseits auf die Jivstigkeiten der Balkanstaaten unter sich, andererseits auf die russische Sozialdemokratie als Gegengewicht für nationale Slavengelüste wirksam hin. Jedenfalls habe die vorgezogene Heeresvermehrung mit dem angeblich erstarrten Panslawismus sehr wenig zu tun.

Die bürgerlichen Parteien beschloßen die Heeresvermehrung aus angeblichen „panslawistischen“ Bestimmungen und haben jetzt bekanntlich den Schaden davon. Denn durch die Reihen ihrer Wähler geht ein ganz bedenkliches Murren über die Besitzsteuern, die zur Deckung der Kosten statt der altbeliebten indirekten infolge der Stärke der Sozialdemokratie nun doch endlich einmal eingeführt werden müßten. Damit sie aber zum Schaden auch noch den Spott haben und damit die sublimen Staatsweisheit des längsten deutschen Reichskanzlers, dem sie nachklabasterten, wie die Jünger ihrem Herrn, im bengalischen Lichte erscheine, hat sich jetzt einer aus dem bürgerlichen Lager selbst daran gemacht, das ganze Märchen von der panslawistischen Gefahr gründlich lügen zu strafen.

Im neuesten Heft des Münchener „März“ rechnet der deutsch-österreichische Geschichtsschreiber Dr. Friedjung, ein Mann, der politisch ungefähr in der Mitte zwischen deutschem Freijahr und Nationalliberalismus steht, mit dem Abgeordneten Gaußmann wegen einiger Angriffe ab, die dieser in der Orientpolitik gegen ihn richtete. Friedjung knüpft dabei an einen Artikel an, den er schon bald nach der damaligen Reichskanzlerrede, am 22. April d. J., in der „Post“ veröffentlichte. Aber er unterstreicht doppelt, was die Herren damals nicht hören wollten und wofür sie jetzt nach einem halben Jahr der Balkanliquidation und unter dem Druck der Wehrsteuer vielleicht eher Verständnis haben, daß die ganze Geschichte mit dem drohenden Panslawismus ein gewöhnlicher militärischer Bluff war, auf den sie im April hereinfielen. Zur Kritik der „übermäßigen Einschätzung der sogenannten (1) panslawistischen Gefahr“ wiederholt nämlich Friedjung mit berechtigter Schadenfreude:

„Um das Jögern Österreich-Ungarns gegenüber Serbien und Montenegro zu erklären, hat man auf die von Russland drohende Kriegsgefahr und auf die reichende panslawistische Strömung hingewiesen. Nun aber sind, was die letzten fünfzig Jahre betrifft, die Akten darüber geschlossen, wer in dem Verhältnis der russischen Regierung zum Panslawismus Kopf und wer Keiter ist. Wenn der Jar und seine Ratgeber es für notwendig gehalten haben, auf eine starke nationalistische Bewegung in ihrem Lande hinzuweisen, um ihren Forderungen bei dem westlichen Europa Nachdruck zu verleihen, ließen sie die panslawistischen Gesellschaften gewähren, die dann ihre Rolle mit lärmendem Ungestüm spielten. Sollte das offizielle Russland dagegen mit Österreich-Ungarn und Deutschland in Frieden leben, so wurden die unbehaglichen Gefellen zur Ruhe verwiesen...“

Mit anderen Worten: die Panslawisten sind in der Hand der russischen Blutregierung dasselbe, was die Pogrome und ähnliche zivilisatorische Strömungen bedeuten; ein Werkzeug zur Störung des Weltfriedens, das man schätzt und in die Hand nimmt oder stumpf und ungefährlich im Winkel liegen läßt, je nachdem es einem in seine innere und auswärtige Politik paßt. Selbst „nationale“ deutsch-österreichische Politiker lassen sich damit nicht mehr schrecken. Nur kleine Kinder fürchten sich vor ihm. Und damit die Kugelanwendung auf die Manöver, die sich Bethmann mit dem Panslawismus bei der Durchsetzung der deutschen Lieberlösung erlaubte, keinesfalls vergessen wird, fügt Friedjung hinzu, daß im bulgarisch-serbischen Kriege der panslawistische „Popanz“ vollends zusammengebrochen sei. Seiner in diesem Falle wirklich kaum verdächtigen Meinung nach stehen die Dinge jetzt so, daß die Ereignisse des verfloffenen Sommers schon mit unbestreitbaren Tatsachen die Behauptungen des deutschen Reichskanzlers und seiner liberalen Nachbeter direkt lügen gestraft haben. Und damit man gar nicht im Zweifel darüber bleibt, wie die Kanzlerfähigkeiten Bethmanns nach dieser Lektion durch die lebendige Wirklichkeit einzuschätzen sind, fügt er höchst spöttisch hinzu: „Es ist die höchste Staatsklugheit, das Schrecknis des Krieges zu vermeiden, ohne sich durch Phantome, etwa wie durch die Nacht des Panslawismus beeinflussen zu lassen.“ Voraus mahnend den Schluss ziehen darf, daß der deutsche Reichskanzler selbst in den Augen nationalliberaler Geschichtsschreiber, die doch geneigt sind, ihn vollends von Österreich aus doppelt milde zu beurteilen, das Gegenteil „höchster Staatsklugheit“, offenbar also ein gutes Stück Staatsdummheit repräsentiert. Was danach für seine Nachplapperer gilt, mögen sich diese selbst sagen.

Reichstagsbeginn.

In einer Zeit der beginnenden Krise, die aber schon furchtbare Glend über viele tausende Arbeiter gebracht hat, ist am Dienstag der Reichstag wieder zusammengetreten, und es war ein bedeutungsvolles Zeichen dieser Zeit, daß gleichzeitig die Arbeitslosen Grob-Perkins in 6 Sälen versammelt waren, um vom Reich und von der Gemeinde Hilfe in ihrer Not zu verlangen. Es war wohl auch kein bloßer Zufall, daß man um das Reichstagsgebäude herum mehr Schüsse bemerkte denn sonst, und daß lange Zeit ein Polizeioffizier auf der Straße auf und ab promenierte, der gelegentlich mit seinen Untergebenen kurze Bemerkungen tauschte. Sollte man etwa befürchtet haben, daß die Arbeitslosen den Ruf nach Hilfe vor dem Hause der Gesetzgebung ertönen lassen würden? Herr Kaemmerer eröffnete die Sitzung mit einem Nachruf für die verstorbenen Mitglieder und für die Opfer der beiden Zeppelinkatastrophen. Selbst der Umstand, daß unter den Toten dieses Sommers ein August Bebel gewesen ist, konnte dem Herrn Präsidenten wärmere Worte, als er sie sonst bei seinen Nachrufen gebraucht, nicht abringen. Immerhin schwang er sich doch wenigstens dazu auf, von der vielseitigen und oft tiefingehenden Tätigkeit der Verstorbenen zu sprechen, was sich ja wohl nur auf unseren Toten und auf den Grafen Kautz beziehen konnte.

Petitionen standen auf der Tagesordnung, und deshalb hatten die Verbündeten Regierungen in gewohnter Hochschätzung des Reichstages ihre Plätze leergelassen. Das hinderte aber nicht, daß es zu einigen ganz umfangreichen sozialpolitischen Debatten kam. Einige mittelständlerische Petitionen gegen die Konsumvereine gaben einigen Parteigenossen der Rechten von der Rechten des Hauses Anlaß, ihr geringes Wissen über die Genossenschaftsbewegung kundzutun, einige Nationalliberale und Fortschrittler geseien sich in einem verlegenen Einverleibts-Ändererichts zwischen Anerkennung der Konsumvereine im allgemeinen und ihrer Mißbilligung für Beamte und Lehrer im besonderen. Unsere Genossen Sasse, Feus, Feuerstein, Brühne und Thiele erteilten diesen Herren mit der wünschenswertesten Deutlichkeit den nötigen Unterricht, was aber nicht vereiteln konnte, daß eine Mehrheit von Certeil bis Wicmer der Regierung die gewünschten Maßnahmen gegen die Vereileigung der Beamten an Konsumvereinen als Material überwies.

Der Gegensatz zwischen der einzigen Partei, die ernstlich Sozialpolitik zu treiben wünscht, und den Sozialreaktionären, kam gleich darauf wieder bei den Petitionen zum Ausdruck, welche verlangten, daß der ohnehin so geringe Väterertrag durch die von Bebel erkämpfte Vätererverordnung auch noch gemildert werde. Es handelt sich dabei um das Verlangen des eigens hierfür gegründeten „Schutzverbandes der Vätererwerber“, nach Vereileigung der Dispense, welche für einzelne Kellerbäckereien erteilt worden sind. Unsere Genossen Binder, Dr. Quard und Burm wandten sich gegen dieses Verlangen; sie wiesen dabei darauf hin, daß die Erteilung dieser Dispense überhaupt der Herrschaft der Hausbesitzer in den Gemeindeverwaltungen zu danken ist, wo Bauordnungen beschlossen wurden, die die Ausdeutung des Grund und Bodens bis zum äußersten gestatten. Kellerbäckereien sind aber unbedingt mit der modernen Hygiene nicht zu vereinbaren, und ihr Dasein auch noch zu verlängern, widerstreitet dem allgemeinen Wohl. Demgegenüber redeten sich die Herren von den bürgerlichen Parteien ohne jeden Unterschied darauf aus, daß sie nur — „Härten beseitigen“ wollten, was doch an der Sache vorbeigeht. So überwies man denn die Petitionen zur Erwägung!

Mittwoch steht die sozialdemokratische Interpellation über die Arbeitslosigkeit an erster Stelle der Tagesordnung. Die Regierung

wird aber die Verantwortung aufschieben. Es gelangt sodann das Spionagegesetz zur ersten Lesung.

Aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Die Fraktion stellte in ihrer Sitzung vom Dienstag zunächst den Wortlaut folgender Interpellationen fest:

„Weshalb ist entgegen der Zusicherung des Herrn Staatssekretärs für das Reichamt des Innern, in der Sitzung des Reichstags vom 23. April 1913, daß von dem Herrn Reichskanzler die Wünsche der Parteien bei Besetzung der Kommission zur Prüfung der Rüstungslieferungen Berücksichtigung finden sollen, der von der sozialdemokratischen Fraktion bestimmte Abgeordnete Dr. Liebin nicht als Mitglied in die Kommission berufen worden?“

Redner hierzu sind die Genossen Koske und Ledebour.

Die zweite Interpellation lautet:

„Was gedenkt der Herr Reichskanzler gegenüber dem Verhalten des Leutnants v. Fortner in der Garnison Jader zu tun, der die elbisch-lithauische Bevölkerung schwer beleidigt und ferner Äußerungen getan hat, die geeignet sind, unsere Beziehungen zu Frankreich zu beeinträchtigen?“

Als Redner wurden bestimmt die Genossen Petras, Emweil und Dr. Weill.

Zur Arbeitslosen-Interpellation sprechen die Genossen Silberschmidt, Brandes und Kollendörfer.

Die erste Lesung des Etats beginnt voraussichtlich bereits am 2. Dezember. Als Redner wurden bestimmt die Genossen Scheidemann, Dr. David, Koch und Dr. Frank.

Zum Gesetzentwurf über die Sonntagsruhe sprechen die Genossen Bender und Dr. Quard, zum Spionagegesetz die Genossen Stadthagen und Cohen.

Haniabund gegen Koalitionsrecht.

Das Direktorium des Haniabundes besaßte sich am Montag mit den Beschlüssen des Industrierats dieses Bundes. Der Industrierat hat ein Schutzgesetz für die Arbeitswilligen verlangt. Das Direktorium stimmte nur diesen Beschlüssen des Industrierats im wesentlichen, wenn auch verlausfüttert, zu. Der Bericht über die Sitzung lautet:

„Das Direktorium war einig in der Anerkennung des Grundgesetzes, daß die Koalitionsfreiheit der Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht angetastet, sondern erhalten und gefördert werden müsse, und daß von Ausnahmegelesen nicht eine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung der heutigen Zustände zu erwarten sei.“

Man müsse aber, auch bei unbedingter Festhaltung dieser Grundlage, anerkennen, daß die Koalitionsfreiheit nicht ein Recht auf Ausschreitungen und nicht das Recht in sich schließen könne, bei Streiks, wie dies vielfach in den letzten Jahren geschehen sei, einen förmlichen Belagerungszustand gegen die Unternehmer in Industrie, Kleingewerbe und Handwerk zu verhängen.

Diesen schweren Mißständen werde man jedoch, woran es bisher vielfach gefehlt habe, in weitem Umfange dadurch abhelfen können, daß die bestehenden Gesetze und Verordnungen in vollem Umfange gehandhabt und zur Geltung gebracht würden. Dabei komme es auch den Unternehmern in Industrie, Kleingewerbe und Handwerk nicht etwa auf möglichst harte Bestrafung begangener Ausschreitungen, sondern lediglich darauf an, daß in unläßlich weitem Umfange Streikaußschreitungen und damit Bestrafungen überhaupt verhütet werden.

Von diesen Grundgedanken ausgehend, verpflichtete man überwiegend dem Wunsch des Industrierats bei, daß seitens des Reichskanzlers und der durch dessen Vermittlung seitens der obersten Landesbehörden den staatlichen Exekutivorganen eine klare, gemeinverständliche und objektive Darlegung des bestehenden Rechtszustandes und der bisherigen vielfach widerspruchsvollen Praxis sowie ferner der zur Erhaltung der Ruhe und Sicherheit auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen und Wasserstraßen vorhandenen Verordnungen gegeben werden. Man dürfe bestimmt hoffen, daß durch eine solche Darlegung einem großen Teile der heute vorkommenden bedrohlichen Ausschreitungen in der Folge, worauf es vor allem ankomme, vorgebeugt werde.

Was das gegenwärtig geltende allgemeine Strafverhältnis betrifft, so war man nahezu allgemein der Ansicht, daß sich, namentlich bei erfolgter Verhaftung des Angeklagten, in allen Strafsachen, also nicht etwa nur in Streikfällen, eine Beschleunigung des erstinstanzlichen Verfahrens, speziell des Vorverfahrens, sehr empfehle. Diese Beschleunigung ist seit langer Zeit von Vertretern der verschiedensten politischen Richtungen gewünscht worden und ist auch bereits im letzten Entwurf einer Strafprozessordnung vorgelesen. Voraussetzung sei aber, daß mit dieser Beschleunigung keine Einschränkung der Rechtsmittel oder der Verteidigung des Angeklagten verbunden werde.

Zu bezug auf die infolge der Anregungen des Industrierats weiter aufgeworfenen Fragen, ob sich eine allgemeine, also weit über den Schug der Arbeitswilligen hinausgehende Erweiterung des Arbeitsgesetzes der §§ 240 und 241 des Strafgesetzbuches (Müdigung und Bedrohung) und eine Ausdehnung des § 31 des Bürgerlichen Gesetzbuches auch auf miteingetragene Gewerkschaften und Berufsvereine empfehle, wurde beschlossen, zunächst noch den Gesamtsatz und die über diese Anträge noch nicht gehörten Ortsgruppen und angegliederten Verbände gütlich zu hören und das Ergebnis durch einen Ausschuss prüfen zu lassen, der aus Vertretern von Industrie, Handel und Gewerbe (einschließlich der Angeklagten) zusammengesetzt werden soll. Die Notwendigkeit dieses Beschlusses ergab sich aus folgenden, in der Diskussion geltend gemachten Erwägungen:

Hinsichtlich der ersteren Frage (§§ 240 und 241 des Str.-G.-B.), gegen deren Bejahung sich übrigens innerhalb des Direktoriums

mehrfacher Widerspruch erhob, war in der Diskussion darauf hingewiesen worden, daß man in eine Erörterung derselben erst dann eintreten könne, wenn man sich, was bisher nicht geschah — über die Fassung etwaiger neuer Vorschriften klar und einig geworden sei. Diese Fassungfrage sei aber, worauf sowohl von industrieller, wie von anderer Seite aufmerksam gemacht wurde, um so schwieriger, als hierbei sowohl der von verschiedenen Seiten in großem Umfang betriebene wirtschaftliche und politische Zwangs- und Rache-Vorstoß und ebenso die für Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichmäßig wichtige Frage der Verursachung, also überaus wichtige, weittragende und ungemein schwierige Fragen, ohne weiteres mit zur Debatte ständen.

Was aber die zweite Frage betrifft (§ 31 des Bürgerlichen Gesetzbuchs), so ergab sich aus der Diskussion, daß die gewünschte Ausdehnung dieses Paragraphen auch auf nichteingetragene Gewerkschaften und Berufsvereine ohne Zweifel sehr erheblich, unter Umständen den konkreten Anwendungsfällen weit übersteigende Konsequenzen (z. B. in Bezug auf die Frage der Zwangsverteidigung der Rechtsfähigkeit) haben werde, und zwar notwendigerweise nicht lediglich für eingetragene Gewerkschaften und Berufsvereine, sondern für alle nichteingetragenen Vereine.

Das Arbeitswilligenschutzgesetz verlangt das Direktorium des Hansabundes also noch nicht; dafür aber stärkere Handhabung der bestehenden Gesetze und Verordnungen zum Schutze der Arbeitswilligen. Als ob in dieser Beziehung jetzt noch nichts geschähe! — Weiter sollen Verordnungen zur Erhaltung der Ruhe und Sicherheit auf der Straße geschaffen werden. Das ist in praxi nichts mehr und nichts weniger als das Verbot des Streikpostens. Auch das Strafverfahren gegen diejenigen, die sich gegen den geheiligten Profit vergangen haben, soll beschleunigt werden. Was will man noch mehr?

Nach der Pumpreise des Ministerpräsidenten.

Aus Petersburg wird uns geschrieben:

Wir erhielten die Nachricht von den schönfärbischen Berliner Reden Kofowzew zu einer Zeit, wo die ganze Hauptstadt unter dem Eindruck des imposanten Proteststreiks und der Straßendemonstrationen der Petersburger Arbeiter stand. Sieben Arbeiter der Obuchow-Werke und der Fabrik von Kolte waren auf Grund eines der vielen willkürlichen Erlasse der Regierung wegen Beteiligung an einem Streik unter Anklage gestellt und verhaftet worden. Am 19. d. M. fand das Gericht über sie statt. Schon einige Tage vorher hatte die zentrale sozialdemokratische Initiationsgruppe auf allen Fabriken und Werken Aufrufe zum Protest gegen diese neue Anbelagerung der Arbeiterklasse verbreitet. Auf zahlreichen Fabriken fanden Meetings statt, die neben Protestresolutionen den Beschluß faßten, daß die sozialdemokratische Dumafraktion unverzüglich eine Vorlage über unbeschränkte Freiheit der Verbände, der Versammlungen und der Koalitionen in der Duma einbringen soll. Am Tage der Gerichtsverhandlung jedoch traten über 100000 Arbeiter in den Ausstand, um ihre Solidarität mit den Angeklagten darzutun und das elende Beginnen der Reaktion, die auf diesem Wege das gesetzlich verliehene Streikrecht der Arbeiter abzuwürgen, ad absurdum zu führen. Den ganzen Tag demonstrierten die streikenden Arbeiter auf den Straßen, und der allgemeine Eindruck war der, daß sich aus der stürmischen revolutionären Stimmung der Massen immer deutlicher der zielbewußte Wille des proletarischen Klassenkampfes herauskristallisiert.

Die jämmerlich erscheinende Neben Vorgängen, denen sich hier niemand entziehen kann, das auf liberale Bedientenhaftigkeit und Reichgläubigkeit berechnete Veredeln des russischen Ministerpräsidenten in Berlin. Freilich, wann hätte je ein Minister, der zur Täuschung der öffentlichen Meinung und zur Vorbereitung eines neuen Millionenpumps nach dem Ausland ging, die Wahrheit gesprochen. Es bedarf aber schon eines außergewöhnlichen Maßes von politischer Einfaltigkeit dazu, um ein solches Auftreten ernst zu nehmen und sich als Sprachrohr für die raffinierten Insinuationen und Täuschungen herzugeben. „Es gibt keine neue Revolution!“ erklärt der russische Ministerpräsident zur Beruhigung des europäischen Geldmarktes, auf dessen Unterstützung das russische Blutregiment angewiesen ist. „Die Revolution ist da!“ entgegnet darauf 100000 Petersburger Arbeiter, und ihr Bedauern der proletarischen Solidarität, ihr zur Kampfbereitschaft gestählter Wille tönt weiterschallend ins Land hinaus.

Freilich, wer zur Junst der liberalen Zeitungsschreiber gehört, zuckt verächtlich die Schultern über den intensiven Revolutionierungsprozeß, der sich in den Tiefen des russischen Lebens vollzieht. Genau so wie der russische Ministerpräsident, der die Gemeinschaft zwischen Regierung und Volk bei den letzten monarchischen Festen beobachtet hat, wo Dorfälteste und verkleidete Epigonen das „Volk“ repräsentierten. Ihnen, den zaristischen Bankrottoreuten und ihrem journalistischen Trost, ist die Geschichte der Volksbewegungen ein Buch mit sieben Siegeln. Bis die Ereignisse wieder über ihren Köpfen zusammenschlagen wie zur Zeit der Revolution.

Es muß übrigens zur Ehre der russischen liberalen Presse gesagt werden, daß sie auf die großen Koblenzdekretien des Herrn Kofowzew in Berlin mit einem Sturm der Entrüstung geantwortet hat. Trotz ihrer politischen Kurzsichtigkeit sehen die Parteien des russischen Bürgertums doch, daß ernste revolutionäre Konflikte heraufziehen. Sie sehen, daß die sozialen und politischen Gegensätze im Lande sich ungeheuer verschärft haben, und daß an die Stelle der Kirchhofsruhe nach dem Niederwerfen der Revolution eine Ära neuer Massenkämpfe getreten ist. Die Arbeiterklasse Rußlands, durch den wirtschaftlichen Aufschwung gestärkt und auf eine sichere Basis gestellt, hat durch ihren konsequenten unablässigen Kampf das ganze Gebäude der Gegenrevolution wieder ins Wanken gebracht. Das ureigenste Interesse der Bourgeoisie verfangt unter diesen Umständen gebieterisch eine andere Richtung der inneren Politik, die in ihrer heutigen Gestalt selbst den Interessen des Bürgertums ins Gesicht schlägt. Die Regierung jedoch hat dafür weder Auge noch Ohr. Sieht sie doch, wie Herr Kofowzew in Berlin verkündete, auf dem Standpunkt, daß Rußland für die großen politischen Gesetze noch nicht reif sei, und daß die Geschäfte so gut gingen, daß für eine Revolution alle Gründe fehlen. Was Wunder, wenn sie im Innern mit der zügellosesten Gewaltpolitik, mit ihrer Obstruktion gegen die Geschichte fortfährt, noch außen hin aber Maßnahmen ergreift, neue Bundesgenossen für den Kampf gegen die inneren Verwicklungen anzuzureiben.

In der letzten Frage liegt der Schwerpunkt des politischen Spiels, das Kofowzew mit der ganzen Gerissenheit eines

russischen Finanzministers während seiner Auslandsreise eingeleitet hat. Es war schon seit Wochen sehr viel die Rede davon, daß Kofowzew eine neue Milliardenanleihe im Auslande abschließen wolle. Immer wieder wurde diese Nachricht, unter Hinweis auf die „glänzende“ finanzielle Lage Rußlands, demontiert. Man sieht es indessen fest, daß eine unfinanzierte (vereinigte) Eisenbahnanleihe zum Bau privater Bahnen unter Garantie der Regierung abgeschlossen werden soll. Eine solche Anleihe aber trägt, wie der liberale Abgeordnete und Finanzkritiker Schingarew mit Recht ausführt, alle Anzeichen einer Staatsanleihe an sich. Sie bedeutet eine Umgehung der Verfassung. Es wird offenbar jetzt ein neuer Versuch gemacht, hinter dem Rücken der Reichsduma gewaltige Anleihen unter der Flagge privater Eisenbahnanleihen hindurch zu schmuggeln. Die Verteilung der zu erwartenden Summen und selbst ihre durch kein Gesetz befristete Verwendung bleibt völlig im unklaren. Dafür sind selbst aus der jüngsten Vergangenheit Fälle bekannt, wo Summen, die durch sogenannte Eisenbahnanleihen gewonnen wurden, nicht selten für ganz andere Zwecke gedient haben.

Diese Darlegungen des liberalen Finanzpolitikers sprechen eine so beredte Sprache, daß sie keiner weiteren Erläuterung bedürfen. Erwidern wir nun im Zusammenhang damit, daß Herr Kofowzew sich im Gespräch mit dem deutschen Journalisten offen dahin ausgesprochen hat, es würde ihm lieb sein, wenn der Zeitpunkt für russische Emissionen in Berlin wieder herankommt und das früher einmal bestandene Verhältnis wieder hergestellt wird, so erkennt man deutlich, weshalb die Berliner linksliberale Presse gerade diesmal vor Herrn Kofowzew Rotau gemacht hat.

Die Arbeitslosigkeit.

Bürgerliche Pressehefte.

Die von uns berechnete Statistik der Arbeitslosigkeit in Groß-Berlin und die Tatsache, daß die geistigen Arbeitslosenversammlungen überfüllt waren, bringt die bürgerliche Presse in nicht geringe Aufregung. Die „Älteste Zeitung“ bezweifelt die Richtigkeit unserer Zahlen (hat sie einwandfreie?) und heßt dann die Polizei gegen die hungernden Arbeitslosen auf:

„Zeitungen muß dafür gesorgt werden, daß diese sogenannten Arbeitslosenversammlungen nicht Sammelstellen für sozialdemokratische Straßendemonstrationen werden. In dem geringsten Zugeständnis nach dieser Richtung liegt eine große Gefahr. Darum gleich im Anfang die nötige Entschiedenheit gegenüber jedem Versuch einer Kundgebung, die mit einer Besserung der Arbeitslosigkeit nichts zu tun hat! Was zur Besserung der Arbeitslosigkeit gechehen kann, das haben Staat und Gemeinden jederzeit aus freien Stücken und aus eigenem Pflichtbewußtsein heraus getan. . . . Diese anderen Stellen werden auch prüfen, ob noch mehr gechehen kann, als bislang schon gewährt worden ist, aber sie werden sich von Erwägungen leiten lassen, die von der Sache selbst ausgehen, nicht aber von dem Arbeitslosenrummel der Sozialdemokratie!“

Die „Deutsche Tageszeitung“ drischt ihr altes Stroh, daß die Einführung einer Arbeitslosenversicherung nur noch mehr als bisher die Landflucht vergrößern würde. Bei einer Reichsarbeitslosenversicherung würde der angebliche Netz zum Zuge nach der Stadt völlig fortfallen. Außerdem scheint das Agrarierblatt nicht zu wissen, daß auf dem Lande nur Saisonarbeiter gebraucht werden und von einer dauernden, ausreichenden Beschäftigung der Arbeitslosen auf dem Lande keine Rede sein kann. Nach der amtlichen Zählung vom Jahre 1896 war die Arbeitslosigkeit auf dem Lande im Winter recht groß und sogar im Sommer gab es dort schon Arbeitslose! Dasselbe Blatt, das ständig für die Liebesgabenpolitik der Agrarier eintritt, steht in einer Arbeitslosenversicherung bereits das Ende des kulturellen Fortschritts:

„Sich ist der Arbeiter für den Fall äußerster Not, wie Krankheit, Invalidität, Unfall und Alter, versorgt. Die Arbeitslosenversicherung würde seinem wirtschaftlichen Streben nach besserem Fortkommen keineswegs förderlich sein, denn wozu noch streben und schaffen, sparen und wirtschaften, wo doch der Staat und der Unternehmer fast alle Sorgen abnehmen muß? So würden die Kräfte des einzelnen lahmgelegt zum Schaden der gesamten Entwicklung des deutschen Volkes.“

Wenn es sich darum handelt, den Agrariern „Sorgen“ abzunehmen, heißt es in dem Verteilungsorgan ganz anders. Dann ist keine Summe groß genug, um der „notleidenden Landwirtschaft“ Hilfe zu bringen.

Landwirtschaftsfest statt Arbeitslosenfürsorge.

Dadurch, daß in Bayern die Sozialdemokraten in den Gemeinden immer fester Fuß fassen, ist es ihnen gelungen, auch in die Landratsverhandlungen, das sind die bayerischen Provinzialparlamente, vorzudringen; in einigen dieser Körperschaften sitzen bereits, wenn auch in bescheidener Anzahl, sozialdemokratische Vertreter, die von den Gemeindevertretungen entsandt werden. Sie haben natürlich auch dort alsbald Leben in die Bude gebracht und treten kräftig für die Volksinteressen ein. Daß sie sich dabei auch der Arbeitslosen annehmen, ist selbstverständlich. So wurde im mittelfränkischen Landrat von unfernen Genossen der Antrag gestellt, in den Voranschlag die Summe von 25000 M. einzusetzen, woraus den Gemeinden, die die Arbeitslosenunterstützung eingeführt haben oder einführen werden, Zuschüsse gewährt werden sollen. Dadurch könnte dem in den Gemeindevertretungen fast überall erhobenen Einwand begegnet werden, daß die Gemeinden die Sache allein nicht durchzuführen vermöchten. Die lautste Versammlung debattierte zwei Stunden lang über diesen Antrag, wobei die in der Mehrzahl befindlichen ländlichen Vertreter des Agrariertums ihre abschreckende Gehässigkeit gegen die Arbeiterschaft und gegen jede soziale Maßnahme zu deren Gunsten an den Tag legten. Trotz kräftigen Eintretens unserer Genossen wurde der Antrag abgelehnt; das gleiche Schicksal widerfuhr einem Antrag liberaler städtischer Vertreter, die Kreisregierung zu ermächtigen, im Benehmen mit dem ständigen Landratsausschuß denjenigen Gemeinden, die genügend sind, die in ihnen wohnenden Arbeitslosen mit Vermitteln zu unterstützen, Zuschüsse im Gesamtbetrag von 2.000 M. zu gewähren. Diefelbe Mehrheit, die keinen Pfennig für die Arbeitslosen übrig hat, bewilligte mit Hurra 25000 M., also den gleichen Betrag, wie er hier vergeblich gefordert wurde, für ein Landwirtschaftsfest!

Arbeitslosenfürsorge.

Mit der Arbeitslosenfürsorge befaßte sich die Vertretung der Stadt Heilbronn. Sie kam zu folgendem Ergebnis: Unter der Voraussetzung, daß der Staat die Hälfte der Kosten trägt, sollen Zuschüsse an Mitglieder von Berufsvereinigungen mit Arbeitslosenunterstützung und Unterstützung an Mitglieder von Berufsvereinen ohne Arbeitslosenunterstützung, ebenso an nichtorganisierte arbeitslose Arbeiter gewährt werden. Der städtische Zuschuß für männliche Arbeitslose von Berufsvereinen mit Arbeitslosenunterstützung soll für den Tag 60 Pf., für weibliche Arbeitslose 40 Pf. betragen. Der Zuschuß wird nur an solche Arbeitslose bezahlt, die mindestens ein Jahr in Heilbronn wohnen und keine Armenunterstützung beziehen. Der Zuschuß wird nur für 60 Tage innerhalb eines Jahres gewährt.

Dieselbe Unterstützung bekommen Arbeitslose, die einem Berufsverein ohne Arbeitslosenunterstützung oder keinem Berufsverein angehören. Dieser Beschluß macht die Frage, ob nicht endlich der württembergische Staat zugunsten der Arbeitslosen in den Beutel greifen will, nur noch brennender.

Politische Uebersicht.

Fortschrittler für ein Zuchthausgesetz.

Die Organisation der Fortschrittler in Nordhessen befaßte sich mit dem Beschluß des Industriekongresses des Hansabundes, einen stärkeren Schutz der Arbeitswilligen zu verlangen. Der fortschrittliche Oberdeputierter Rebellung führte bei dieser Gelegenheit aus: „Er nimme auch hinsichtlich der Frage über den verstärkten Schutz der Arbeitswilligen der Tendenz des Hansabundes insofern zu, als er die Absicht des Hansabundes als eine gute anerkenne. Es dürfte auch unter allen Liberalen kaum ein Zweifel herrschen, daß den Arbeitswilligen weitgehender Rechtschutz gewährt werden muß. Den Arbeitswilligen zu schätzen, heißt nur Anspruch zu machen auf ein Naturrecht. Der Schutz der Arbeitswilligen siehe in ethischer Hinsicht auf dem gleichen Boden wie der Schutz des Kaufmannes vor wirtschaftlichem Vorstoß. Bei der Forderung: Schutz den Arbeitswilligen und Schutz vor Vorstoß sei man in der Tendenz einig. . . . Taktisch aber war es jetzt nicht angebracht, auch nur den Schein zu erwecken, als riefen man nach Ausnahmengesetzen; denn davon hätte nur die Sozialdemokratie Vorteile.“

Mit den Bestrebungen, die auf ein Zuchthausgesetz hinauslaufen, sind viele biedereren Fortschrittler also einverstanden, nur die Art, wie der Hansabund diese Aktion eingeleitet hat, paßt ihnen nicht recht in den Kram.

Unsere koloniale Herrlichkeit.

Einen hübschen Beitrag zu unserem kolonialen Glanz liefert die kolonialbegeisterte rechtsnationalliberale „Magdeb. Zig.“. In einer Betrachtung über den neuen Kolonialetat bedauert sie, daß man die Schutztruppe in Südwestafrika allzusehr vermindert habe. Denn nun — hätten die Farmer der Kolonie kein Absatzgebiet mehr!

„Man denke nur an die Tatsache, daß in Deutsch-Südwestafrika trotz der momentanen günstigen Finanzlage infolge der gestiegenen Diamantenförderung sämtliche Farmbetriebe bei der fehlenden Absatzmöglichkeit ohne nennenswerte Einnahmen sind und daß abgesehen von Bergbau die Ausfuhr der Kolonie ungefähr gleich Null ist. Die Gewinne aus dem Diamantenbergbau gehen aber, soweit sie nicht dem Fiskus zufließen, außer Landes und fallen in Deutschland den großen Gesellschaften zu.“

Eine nette Sorte von Kolonien, die nur dadurch zu existieren vermögen, daß auf Reichskosten recht zahlreiche Beamte und Soldaten dorthin geschickt werden, an die die Farmer zu möglichst hohen Preisen ihre Produkte loschlagen können!

Auch der Wert der berühmten Dernburg-Diamanten für das Volk ist durch das nationalliberale Blatt ins rechte Licht gerückt!

Der anmaßende Kaufmann.

Es scheint wirklich, als ob der Geist des Aufstrebens in der modernen Welt immer weiter um sich griffe. Daß die industriellen Arbeiter eine unzufriedene „Rotte“ sind, ist allgemein bekannt. Was aber ist jetzt in die sonst so geduldeten Kaufleute gefahren?

Man war allgemein daran gewöhnt, im deutschen Kaufmann ein politisch unterwürfiges Wesen zu sehen, das die feudalen Fußtritte mit Gottergebenheit ertrug — und nun fangen eben diese Kaufleute an, die Sprache des rötlichen Jakobinertums zu reden und alle Begriffe der „echt preussischen“ Leute auf den Kopf zu stellen.

Man bedenke nur einmal, welche Summe von Anmaßung und aufreißender Besinnung in dem folgenden Vorgang steckt:

Das preussische Kriegsministerium hatte an die Handelskammern ein Rundschreiben erlassen, in dem eine systematische Anstellung verabschiedeter Offiziere in Handel und Industrie gewünscht wurde. Der Herr Herr Leutnant sollte zum Kaufmann herabsteigen und mit ihm die Luft des gleichen Kontors atmen. Konnte das preussische Kriegsministerium wohl herablassender und wohlwollender sein? Und was haben die Kaufleute getan, nachdem ihnen dieser Gnabennakt bekannt wurde?

Man sollte meinen, sie hätten vor Entzücken einen meterhohen Freudenprung getan, aber so ist es nicht gewesen.

Zunächst fanden die Handlungsgehilfen-Organisationen ein Haar in der Suppe, was man vielleicht noch begreifen könnte, denn auch Handlungsgehilfen sind manchmal hungrige Leute, und der Hunger produziert nun einmal keine staatsberhaltende Besinnung. Dann aber setzte der Ausschuß Berliner kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine der Unbotmäßigkeit die Krone auf, indem er die unglückliche Behauptung aufstellte, daß Handel und Industrie in erster Linie für die Unterbringung des eignen kaufmännischen Nachwuchses zu sorgen hätten. Er trieb die Dreistigkeit sogar soweit, geradezu für die leitenden Stellen die kaufmännischen Angestellten heranzubilden zu wollen. Ausgerechnet für die leitenden Stellen, für die doch gerade die Offiziere nach Kriegsministerieller Anschauung besonders geeignet sind. Ist in diesem Zusammenhang die Frage nicht berechtigt: „Was soll aus der Welt denn noch werden, wenn die auffälligen Kaufleute die Offiziere nicht einmal annehmen, die das preussische Kriegsministerium ihnen zu schenken gedenkt?“

Die Kampfweise des Zentrums.

hat schon oft am Branger gestanden und nicht selten könnte die schärfste Kritik aus dem Lager des Zentrums selbst. Die antibadensche „Kölnener Korrespondenz“ gibt erst in ihrer letzten Nummer vom 24. November wieder diesen Stoßseufzer von sich:

„Mit persönlichen Verdächtigungen kämpft die Kölner Richtung, und sie ist auf diese Kampfweise angewiesen, weil es schlichterdinges nicht möglich ist, den Satz der Diensttagkonferenz sachlich zu widerlegen. Was sie in dieser Beziehung geleistet hat, haben wir wiederholt dargelegt. In keiner Partei kennt man die schmutzigen persönlichen Kampfweise, die den Zentrumsstreit so ungeheuer verbittert hat. Es gibt treue katholische Zentrumsmänner weltlichen und geistlichen Standes, die infolge einer jahrelangen harte Arbeit der „Kölner“ gesellschaftlich unmöglich gemacht wurden, es gab und gibt eine geheime Spionage, die das Privatleben der Antifölnener auskundschaftet, es zirkulieren Geheimberichte über die inneren Persönlichkeiten, die den „Kölnern“ besonders verhaßt sind, seit Jahren sucht man gerichtlich feststellen zu lassen, mit welchen literarischen und finanziellen Mitteln der Kampf gegen Köln geführt wird.“

Das ist die Partei für „Wahrheit, Freiheit und Recht“!

Interpellation im sächsischen Landtage.

Die sozialdemokratische Fraktion des Landtages brachte folgende Interpellation ein, die jedenfalls mit der Beratung der Anträge und Interpellationen der Konservativen und Nationalliberalen auf erhöhten Arbeitswilligkeit zusammen verhandelt werden dürfte:

1. Was beabsichtigt die Staatsregierung zu tun, um das gesetzlich gewährte Koalitionsrecht gegen Angriffe sicher zu stellen?
2. Welche Gründe hatte die Staatsregierung zu dem Erlaß des Justizministeriums vom 11. Dezember 1912 wegen Verschleimung des Strafverfahrens bei sogenannten Massendelikten?

Auch das sächsische Justizministerium hat analog dem Erlaß des preussischen im vorigen Jahre einen solchen Ermunterungserlaß an die Staatsanwaltschaften hinausgegeben.

Gegen den Volksverrat der bayerischen Kammerliberalen.

Als ein schändlicher Verrat stellt sich das Verhalten der neun liberalen Abgeordneten dar, die im bayerischen Landtage das Zustandekommen des Gesetzes über die Zivilliste des neuen Königs ermöglicht haben. Sie widerspricht aufs schärfste dem Wahlabkommen bei den letzten Landtagswahlen mit der Sozialdemokratie, das die liberalen Kandidaten damals feierlich beschworen haben und durch das sie sich verpflichtet, alle Mittel anzuwenden, die geeignet seien, die Herrschaft des Zentrums in Bayern zu brechen.

Ein solches Mittel wäre zweifellos die Ablehnung der Zivilliste gewesen. Sie hätte das Ministerium Hertling unmöglich gemacht. Diesen Augenblick haben die neun liberalen Felder mit dem Führer des bayerischen Liberalismus Dr. Casselmann an der Spitze vorübergehen lassen, sie dadurch das Wahlabkommen gebrochen. Nach dem Abkommen wäre die Sozialdemokratie auch bei allenfallsigen Nachwahlen verpflichtet, in den Wahlkreisen, die dem Liberalismus überlassen sind, für dessen Kandidaten einzutreten und auf eigene Kandidaturen zu verzichten. Durch den Verrat der braven Herrn sind aber auch die Sozialdemokraten bei Nachwahlen in deren Wahlkreisen aller Verpflichtungen ledig. Der volksfeindliche Streich hat den Widerwillen gegen jene Wahlabmachung noch mehr erhöht. Am größten ist die Empörung in Oberfranken, wo man in den Kreisen der Parteigenossen schon von Anfang an überhaupt keine große Freude an dem Kompromiß hatte. In den neun liberalen Wahlkreisen des Zentrums hat Oberfranken allein sechs Abgeordnete gestellt, die ihre Wahl der sozialdemokratischen Hilfe zu verdanken haben. In diesen sechs Kreisen werden Verleumdungen abgehalten, um zu der Angelegenheit Stellung zu nehmen; die liberalen Abgeordneten werden aufgefordert, sofort ihre Mandate niederzulegen. Den Herren wird kräftig in Erinnerung gebracht, daß die Abstimmung über die Zivilliste nicht ihre eigene Angelegenheit ist und daß sie auch ihren sozialdemokratischen Wählern Rechenschaft schuldig sind.

Ein Pfarrer wegen Verleumdung der Sozialdemokratie verurteilt.

Vor einiger Zeit behauptete die „nationale“ Presse, der Sozialdemokratische Verein in Königsberg i. Pr. habe die Witwen und Waisen seiner Mitglieder betrogen. Der Verein gewährt den Hinterbliebenen verstorbenen Mitglieder, die freiwillig einen Vertrag von 10 Pf. pro Monat gezahlt haben, ein Sterbegeld bis 50 M. Nach dem Statut ist die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins berechtigt, Ueberlässe der Sterbefälle der Vereinskasse zu überweisen. Als in diesem Jahre die Generalversammlung beschloß, von den Ueberläsungen der Sterbefälle 1000 M. dem Verein zu überweisen, erhob der in Ostpreußen weit verbreitete konservative „Volksheld“ ein großes Geschrei darüber. Er sprach davon, daß die Witwen und Waisen beraubt worden wären. Er nannte das Verhalten der Generalversammlung Gaunermafik, verglich die Sozialdemokratischen Verein mit der Spielbank von Monaco, die ähnliche Profite einheimste; im sozialdemokratischen Leib sei ein Eitergeschwür. Die armen Leute würden ausgebeutert. Weiter sprach der „Volksheld“, indem er direkte Angriffe auf den Vorstand des Vereins richtete, von Leichenräubern, Dieben und Spitzbuben.

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins strengte gegen den verantwortlichen Redakteur des „Volksheld“ die Verleumdungsklage an, um dem Blatt Gelegenheit zu geben, vor Gericht den Beweis der Wahrheit für seine Angriffe anzutreten. Der Redakteur, ein Herr Sohr, erklärte vor dem Schiedsmann, daß der Verfasser der Artikel der evangelische Pfarrer Hauberecht sei. Es wurde nunmehr auch gegen ihn Anklage erhoben. Am Montag fand die Verhandlung vor dem Königsberger Schiedsgericht statt, in der Herr Pfarrer Hauberecht und Herr Sohr kläglich abfielen. Jene eine Unwissenheit konnten sie dem Vorlande und der Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins nicht nachweisen. Der Gerichtsbescheid sprach von groben Schmähungen und wies auf das Statut hin, das der Generalversammlung das Recht gebe, die Ueberlässe der Sterbefälle zugunsten des Vereins zu verwenden. Es müsse angenommen werden, daß das Statut jedem Mitgliede bekannt sei und außerdem sei der Sterbefallbeitrag ein freiwilliger, den kein Mitglied gezwungen sei, zu zahlen.

Herr Pfarrer Hauberecht erklärte, daß er bei Abfassung der Artikel das Statut nicht gekannt habe. Im übrigen eruchte er, ihm den Schutz des § 193 des Strafgesetzbuches zuzubilligen, da er die „Interessen der Witwen und Waisen wahrgenommen“ habe. Der Vertreter des Klägers erklärte, der Vorstand habe nur erreichen wollen, daß die Verklagten ihre Verleumdung zurücknehmen sollten. Vor einiger Zeit sei in Königsberg ein sozialdemokratischer Redakteur wegen Behauptung einer erweislich wahren Tatsache über einen Streikbrecher zu 200 Mark verurteilt worden. Da es nach den Entscheidungen des höchsten Gerichts eine Klaffenjustiz nicht gebe, so hoffe er, daß die konservativen Herren vom Gericht in gleicher Weise scharf angepackt würden.

Obwohl selbst der Vertreter des Angeklagten ausgeben mußte, daß der § 193 des Strafgesetzbuchs hier nicht in Frage kommen könnte, billigte das Schiedsgericht den beiden Angeklagten doch „Wahrnehmung berechtigter Interessen“ zu und verurteilte den Pfarrer Hauberecht zu 100 Mark Geldstrafe und den Redakteur Sohr zu 30 Mark. Gegen das erstaunlich milde Urteil wird Berufung eingelegt werden.

Die Wirren in Mexiko.

El Paso, 25. November. Ein allgemeiner Kampf zwischen Bundesstruppen und mexikanischen Rebellen ist um Juarez im Gange. Hunderttausend Mann nehmen daran teil. Die Verluste sollen auf beiden Seiten bedeutend sein.

Fortdauer des Kampfes.

El Paso, 25. November. Die Insurgenten haben bei strömendem Regen dimoviert, nachdem ein verweirter Kampf acht Stunden lang gewüthet hatte, in dem die Bundesstruppen zurückschlagen worden sein sollen. Als die Lage ein bedenkliches Aussehen annahm, veranlaßte man alle Ausländer, Juarez zu verlassen und führte sie bis zu der auf amerikanischen Gebiet führenden Gräbe.

Frankreich.

Der Thronfolger von Jura.

Paris, 24. November. (Fig. Ver.) Im 4. Wahlkreis von Soeur, der mehrere von einer starken Arbeiterbevölkerung besohnte Partier Vororte umfaßt, ist gestern der „unabhängige Sozialist“ Coutant, ein Sohn des verstorbenen Bezirksdemagogen aus Jura, in der Stichwahl gewählt worden. Vater Coutant hat seine, durch eine unruhige Erbschaft und Ungenügsamkeit erworbene Popularität zur Verfolgung seiner zahlreichen Nachkommenschaft ausgenützt.

Der junge Henri wollte der Familie das parlamentarische Mandat erhalten und der Nimbus der Dynastie hat in der Tat noch vorgehalten, trotzdem der junge Mann auch gar nichts dazu zu tun hatte. Er bekam das Mandat indes nicht auf den ersten Hieb. Vor 14 Tagen erhielt er 9116 Stimmen, der Kandidat der geeinigten Partei, Genosse Martin 7252 — über 2000 mehr als im Jahre 1910 — ein Radikaler, Levisalles, 1449, ein Progressist, Bernard, 2165 — 527 Stimmgewinn waren leer oder ungenügend. — Eine Zeitlang schien es, als ob Martin gewählt werden könnte. Levisalles verzichtete zwar zugunsten Coutants, wie dies das radikale Zentralkomitee wollte, aber die radikale Organisation des Bezirks empfahl die Wahl Martins. Dann aber mochte man glauben, daß die famose Solidarität der Proportionalisten dem Sozialisten die Stimmen der Gemäßigten zuführen würde. Inbes hat auch diesmal das bürgerliche Klasseninteresse schwerer gewogen, als die politischen Programmforderungen. Coutant bekam 10 677, Martin 8953 Stimmen. Martin hat 1700 Stimmen gewonnen, aber auch Coutant fast 1600. Da einige Hundert Radikale für Martin gestimmt haben, so ganz offenbar auch mehrere Hundert Reaktionsäre für den vom radikalen Zentralkomitee empfohlenen Coutant.

Einen bemerkenswerten Sieg hat die geeinigte Partei im Departement Haute-Vienne zu verzeichnen. Dort wurde gestern Genosse Louis Romain, Bürgermeister von Chalus, als erster Sozialist in den aus 29 Mitgliedern bestehenden Generalrat gewählt.

Die Kammer für die Achtstundenschicht.

Paris, 24. November. (Fig. Ver.) Die Kammer hat heute den von der Regierung unterstützten Kommissionsentwurf über die Arbeitsdauer in den Bergwerken einstimmig angenommen. Er kommt dem Senat insofern entgegen, als er die Arbeiter der Erz- und Schieferbrüche auscheidet. Zu ihren Gunsten wurde nur ein Beschlufantrag, der die Regierung auffordert, die Ausdehnung des Achtstundentages auf diese Kategorien schleunigst zu beantragen, gleichfalls einstimmig angenommen. Dagegen hat die Kammer dem Versuch des Senats, die Achtstundenschicht durch Ueberstunden zu einer Achtundeinhalbstundenschicht zu machen, energisch Widerstand geleistet. Der Senat hatte 150 Ueberstunden jährlich genehmigt, die Kammer beschloß ein Maximum von 60. Im vorigen Jahre hatte sie nur 30 zugelassen und Genosse Basly verteidigte heute diese Bestimmung, zog aber, der demonstrativen Einstimmigkeit zuliebe, sein Amendement zurück. Weiter beschloß die Kammer, die für die Ausfahrt geforderte Maximalfrist von einer Viertelstunde gegenüber dem Senatsbeschluf, sie auf eine halbe Stunde auszudehnen, aufrechtzuerhalten.

So hat die machtvolle Streikaktion der Bergleute von Auzin, Pas-de-Calais und Nord einen raschen Erfolg erzielt. Der einstimmige Beschluf der Deputiertenkammer ist offenbar unter ihrem gewaltigen moralischen Eindruck zustande gekommen. Daran ändert die Tatsache nichts, daß die Regierung auch durch das Interesse der Selbsterhaltung getrieben wurde, außerhalb des Parlaments wie innerhalb auf die Verschwächtung des Konflikts hinzuwirken. Die Unternehmer selbst aber waren vernünftiger als ihre Bedientenpresse, die — wie namentlich das „Journal des Debats“ — forderte, daß die Regierung die parlamentarische Verhandlung über den Achtstundentag so lange absetzen möge, bis die Bergleute zu Kreuze geschrien seien. Die verantwortungslose Scharfmacherei hat übrigens ein Gegenstück. Die „Bataille Syndicaliste“ scheut sich nicht, in einem so kritischen Augenblick in das Feuer der Zwietracht zu blasen, das in der Bergarbeiterorganisation fortlebend und den Ausgleich von Douai, der den Bergleuten bis zur endgültigen parlamentarischen Entscheidung die Achtstundenschicht ohne Ueberstunden verbürgt, als Werk des „Verrats“ zu bezeichnen. Der alte Basly mag mancherlei Sünden auf dem Gewissen haben, aber daß er sich im jetzigen Augenblick nicht dazu verstehen möchte, einen Generalkrieg für den Mindestlohn und andere Forderungen zu inszenieren, können ihm wohl nur Leute mit sehr mäßig entwickeltem Verantwortungsgefühl vorwerfen. Unbestreitbar ist, daß die Abmachungen von Douai die Kampflage für die Arbeiter sehr gebessert haben. Diese sind jetzt gar nicht genötigt, auf die parlamentarische Erlebigung wie bisher zu drängen. Wenn der Senat nicht nachgibt, braucht die Kammer nur das Gesetz nicht auf die Tagesordnung zu setzen. Jetzt sind es die Unternehmer, die an seiner Verabschiedung Interesse haben und sie nur erreichen können, wenn die ihnen ergebenden Senatoren nachgeben.

Vom Ende des Bergarbeiterstreiks.

Paris, 25. November. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der der Konföderation angeschlossene syndikalistische Bergarbeiterverband fordert seine Mitglieder ebenfalls auf, die Arbeit wieder aufzunehmen, erklärt aber die Abmachungen mit den Bergwerksunternehmern in Douai als Verrat und die von der Kammer beschlossenen 60 Ueberstunden als unannehmbar.

Der Verband kündigt an, daß der im Januar tagende Landestkongreß des Verbandes über einen eventuellen Generalstreik beschließen werde, falls nicht bis dahin der Achtstundentag, ein Mindestlohn und eine Altersrente von 2 Franken für 50jährige Arbeiter sowie die Einbeziehung der Schieferbrüche als Bergarbeiter in der jetzigen Legislatur Gesetz werden.

Amerika.

Neue Grenzlinie in Südamerika.

London, 24. November. (Fig. Ver.) Aus Südamerika sind hier neue Gerüchte über die Verbreitung des Gummikapitalismus eingelaufen. Die Gesellschaft gegen die Sklaverei und zum Schutz der Eingeborenen hat an den Unterstaatssekretär des Außen ein Schreiben gerichtet, in dem die englische Regierung auf die Zustände aufmerksam gemacht wird, die in den Gebieten Bent und Acre am oberen Lauf einiger Nebenflüsse des Amazonasstroms herrschen. Die Gesellschaft verurteilt die Witterungen einem Engländer, der in den Gegenden gewohnt oder sie bereist hat und der sich bereit erklärt hat, sich der englischen Regierung entweder hier oder in Südamerika zur Verfügung zu stellen. Nach den Aussagen dieses Herrn, dessen Name dem Auswärtigen Amt wohl bekannt ist, sind die Zustände in den genannten Gebieten noch schlimmer als am Putumayo. Der Frontdienst, mit dem die Gummindustrialie dort betrieben wird, so heißt es, ist grauämiger und verächtlicher mehr Menschenleben als das alte System der Sklaverei und des Sklavenhandels. Indianische Frauen werden unmenlichlisch gezeuget, die Indianer werden in den Wäldern ermordet und häufig nehmen sich die weißen Agenten, die man herbeigelockt und die das Land nicht mehr verlassen können, aus Verzweiflung das Leben. Englische Amerikaner und englisches Kapital sind in der Angelegenheit tief verwickelt. Einige der Verbrecher vom Putumayo, die von dem englischen Generalkonsul Sir Roger Casement an den

Pranger gestellt worden sind, treiben jetzt in den Gebieten Bent und Acre ihr Unwesen. Einer von ihnen, der von dem Generalkonsul in seinem Bericht als einer der schlimmsten Verbrecher bezeichnet worden ist, ist der Mensch, der die Indianer fast ertränkte, um sie dann wieder zum Bewußtsein zurückzurufen. Zwei der Ausbeuter, die in dem Distrikt Acre operieren, kommen ungehindert nach Manaus am Amazonasstrom und können leicht von den peruanischen, bolivianischen oder brasilianischen Behörden verhaftet werden. Zwei Agenten, die in Inyavi bei Riberalta ihr fouderes Geschäft betreiben, haben 35 Quito-Männer, Frauen und Kinder bei sich, die sie im Putumayo gestohlen haben. Sir Roger Casement sagt in seinem Bericht über den Putumayo, daß diese beiden Menschen entsetzliche Verbrechen verübt hätten. Ein anderer Mensch, der früher in der Subjektion am Putumayo tätig war, beut jetzt die Indianer am Fluße Khuma in brasilianischem und bolivianischem Gebiet aus. Der Mann verschaffte sich sein Vertriebskapital, indem er zwei indianische Frauen und zwei Knaben aus dem Stamme der Quitos verkaufte. Dieser Vorfall sollte den kapitalistischen Fabelbüchern, die über die Entstehung des Kapitals schreiben, Stoff zum Nachdenken geben. — Leider ist es nur zu wahrscheinlich, daß das Kapitel der kapitalistischen Greuelthaten bei der Gummigewinnung in entlegenen Ländern noch lange nicht zu Ende ist. Ein Korrespondent der „Daily News“, der vor kurzem den Amazonasstrom bis zur Grenze Kolumbiens bereist hat, schreibt: „Warum macht man all diesen Spektakel über den Putumayo? fragte man mich wieder als einmal am Amazonasstrom. Es geht dort nicht viel schlimmer zu als an irgendeinem der weniger zugänglichen Flüsse.“

Die Gesellschaft, die der englischen Regierung diese Witterungen macht, verspricht, innerhalb eines Monats weiteres Material zu liefern. Sie gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Verbrecher bis dahin hinter Schloß und Riegel gebracht sein werden, und versichert, daß die Behörden Brasiliens, Perus und Boliviens von dem Gehen und Kommen dieser Menschen seit Monaten gut unterrichtet sind. — Ob die Banditen diesmal wieder entkommen werden, um in einem anderen Teile des Landes ihr Unwesen fortzusetzen? Und wenn man sie fangen sollte, wird dann das Geschäft aufhören? Werden die in London oder anderen Städten sitzenden Kapitalisten aufhören, ihr Geld in Gummiaktien anzulegen oder als Direktoren von Gummigesellschaften ihre Kantien einzustreichen? Wird das profugierende Kapital nicht andere verkommenen Menschen als Sklaventreiber finden, oder die vierte Mensch nach den südamerikanischen Fabelbüchern schicken, wo sie bald unter dem verrothenden Einfluß ihrer Arbeit verkommen müssen?

Letzte Nachrichten.

Glänzender Stadtverordnetenwahltag.

Bernburg, 25. November. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Bei der heutigen Stadtverordnetenwahl konnten die zwei im Besitz der Sozialdemokratie befindlichen Sitze behauptet werden und fünf neue wurden hinzugewonnen. Von den 30 Sitzen des Stadtverordnetenkollegiums befinden sich nunmehr 16 in unserem Besitz.

Die Stadtverordnetenwahlen in Potsdam.

Potsdam, 25. November. (M. A. N.) Bei den heutigen Stadtverordnetenwahlen der dritten Abteilung siegten die Kandidaten der vereinigten bürgerlichen Parteien über die Sozialdemokratie.

Die österreichische Balkanpolitik im Delegationsausfluß.

Wien, 25. November. (M. A. N.) Der Ausschuf für Aeußerer der Oesterreichischen Delegation hielt heute nachmittags eine Sitzung ab. Berichterstatter Marquis Vaccarelli leitete die Verhandlung mit einer Darstellung der Begebenheiten auf dem Balkan seit Schluß der letzten Delegationsmission ein. Aus dem Grundjah: Der Balkan den Balkanländern, habe sich, führte er aus, als selbstherrlich die Forderung ergeben, daß Albanien in einen selbständigen Staat umzuformen sei. Zu diesem Ergebnis der österreichisch-ungarischen Politik habe die Haltung des Deutschen Reichs wieder in hervorragender Weise beigetragen. Der Frieden von Bukarest gebe Zeugnis von der Wochtenwicklung und staatsmännischen Einsicht Rumäniens. In Bukarest müsse die Ueberzeugung fest gekräftigt werden, daß Oesterreich-Ungarn für seine Freunde einstehe. Die diplomatischen Ergebnisse seien die Frucht beharrlicher Geduld und der friedliebenden Grundfäße der Monarchie gewesen. Auf territoriale Erwerbungen habe die Monarchie verzichtet, aber sie müsse den Balkan nunmehr wirtschaftlich durchdringen.

Der Delegierte Wolff bezeichnet die Politik des Grafen Berchtold während des Balkankrieges als ziellos und unbestimmt.

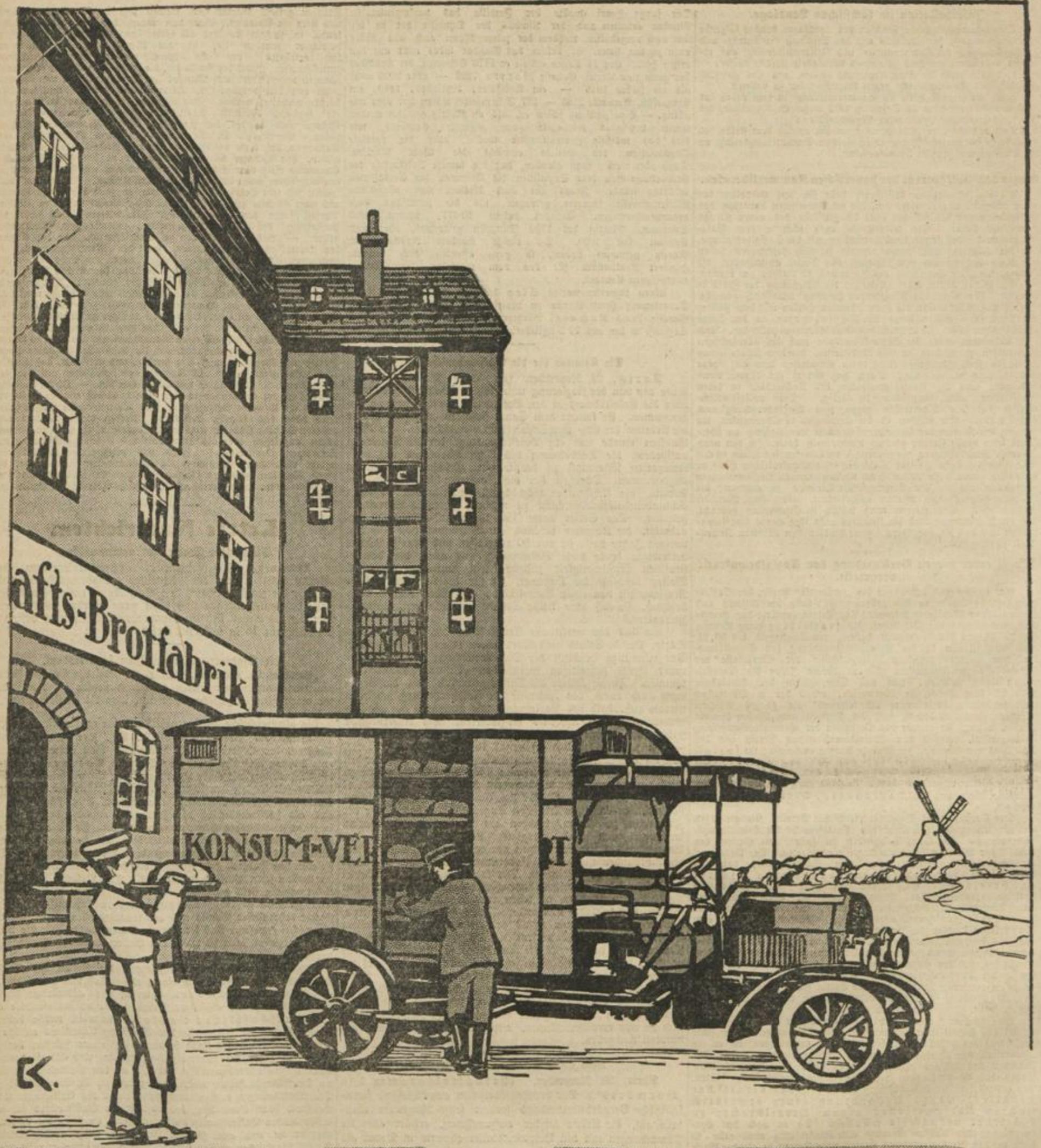
Delegierter Aramarc unterzog die auswärtige Politik des Ministers einer abfälligen Kritik, wobei er insbesondere auf die wirtschaftlichen Nachteile verwies, welche dadurch verursacht worden seien. In der Schaffung Albanien's erblide er keinen Erfolg. Dieses Land bekomme jetzt einen Fürsten, der sich vor allem gegen die österreichisch-ungarische und die italienische Vormundschaft wenden müsse, sich also an den Dritten im Bunde, an Deutschland, halten werde, das zudem in Serbien beliebt sei. Die Ausführungen v. Aramarc's gipfelten in der Erklärung: Graf Berchtold hätte einen Weg des aufrichtigen Wohlwollens für alle aufstrebenden Balkanstaaten finden müssen. Er hätte die bisherige magyarische und auch für die Magyaren selbst verhängnisvolle Politik überwinden müssen. Diese Kriesenkraft hatte er nicht, wenn es ihm vielleicht auch nicht an gutem Willen und richtiger Erkenntnis mangelte.

Graf Berchtold erklärt, er werde auf die verschiedenen Anfragen am Schluß der Debatte antworten, nur auf zwei von Aramarc gestellte Fragen wolle er sofort erwidern. Aramarc habe gefragt, wie es sich mit der Reise Danew's nach Petersburg verhalte, und ob nicht der österreichisch-ungarische Gesandte in Sofia auf dieselbe Einfluß genommen habe. Er, der Minister, könne dies kategorisch verneinen. Weber Graf Zarnowski noch irgendein anderes Mitglied der Diplomatie habe irgendwelchen Einfluß auf die Reise Danew's nach Petersburg genommen. Dr. Aramarc habe ferner gesagt, die Regierung hätte die Angelegenheit des Konsuls Prochaska zum Anlaß genommen, um im Wege der Presse zugunsten der geplanten Mobilisierungsmahnahmen Stimmung zu machen. Demgegenüber müsse er, der Minister, betonen, daß die Regierung zu den verschiedenartigen Ausstellungen, die zu einer Zeit stattfanden, in welcher die Regierung eine authentische Information über den ganzen Zustand weder hatte noch haben konnte, in keinerlei Beziehungen stand. Er sei daher gezwungen, eine kategorisch verneinende Antwort zu geben, nämlich die, daß die Regierung absolut nichts gemein hatte mit der damaligen etwas phantastischen Sprache mancher Presseorgane.

Die Verhandlung des Ausschusses wurde sodann verlagt.

Ein Nord in Köln a. Rh.

Köln a. Rh., 25. November. (M. A. N.) Heute nachmittags wurde die Inhaberin einer Herberge in der Weichhüttengasse, die 73jährige Witwe Kaspar Weichdorf, in einem Fremdenzimmer ihres Hauses erschossen aufgefunden. Es liegt Nord vor. Als Täter kommt der 22 Jahre alte Wäcker Anton Julius Meier in Frage, der das Zimmer ungefähr 10 Tage innehatte. Meier ist süchlig.



DAIMLER

LASTKRAFTWAGEN
eignen sich für alle Zwecke!

DAIMLER-MOTOREN-GES. BERLIN-MARIENFELDE

Verantw. Redakt.: Alfred Dielepp, Neuföhr. Inseratenteil verantw. G. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsblätter.

Gewerkschaftliches.

Auf den Wegen Göhres.

Der Niedergang des bürgerlich-kapitalistischen Zeitalters treibt die merkwürdigsten Blüten. Stelle sich da am Montag auf einem Vortragsabend der Freien Studentenschaft ein angehender Theologe der stammenden Zuhörerhaft vor, um ihr von seinen Erlebnissen als Fabrikarbeiter zu erzählen. Seit Paul Göhre seine Erfahrungen, die er in den Fabriken sammelte, und die ihn zu dem machten, was er ist, in seinen Schriften niedergelegt und so der Öffentlichkeit zugänglich gemacht hat, reizt es immer wieder romantische Jünglinge, seinen Spuren zu folgen. Man hört hin und wieder davon, aber im allgemeinen scheint die Ausbeute ihrer Entdeckungsfahrten recht gering zu sein.

Nun, unser junger Student hatte die bürgerliche Gesellschaft recht satt. Er studierte Kunstgeschichte, aber in all der Ästhetik fehlte ihm das Leben, er empfand eine krankhafte Sehnsucht nach dem Volkstümlichen, Verben. Und so tat er noch Geld in seinen Beutel, zog dann eine alte Garnitur an und „suchte Arbeit“. Natürlich wühlte im Hintergrund immer noch der Schatz der Familie, aber immerhin hat der junge „Arbeiter“ eine ganze Menge Arbeitslosenelektroden und schließlich interessierte ihn dann das soziale Elend mehr als die geistige und seelische Unrührigkeit seiner neuen Kollegen. Nach einer Arbeitswoche war es aber augenscheinlich mit der Romantik vorbei, vor allem wollte der der schweren Arbeit ungewohnte Körper naturgemäß nicht mehr mitmachen; den lieben langen Tag das Schwungrad einer Kupferdruckpresse drehen, ist eine Arbeit, für die man durch eine arbeitsreiche Jugend vorbereitet sein muß. Trotzdem versuchte es der junge Akademiker ein Vierteljahr später wieder und diesmal hielt er nach zwei arbeitslosen Wochen sechs Wochen aus.

Die Ausbeute dieser wenigen Wochen konnte ja nicht sehr groß sein. Auch wollte der unternehmungslustige junge Arbeitsbürsche nicht recht mit der Sprache heraus über die Schlüsse, die er aus seinen Beobachtungen gezogen hat. Was er darüber aber sagte, zeigt, daß er in die Tiefen der Arbeiterseele noch keinen Blick hat tun können. Da war zunächst das soziale Problem. Der Vortragende lernte zuerst die Lehrlinge, Rauten unter seinen Kollegen kennen, und was er von ihnen über ihr Verhältnis zu den geschlechtlichen Dingen hörte, hat ihn tief erschreckt. Das nimmt nicht wunder; von Großmüllern hört man eben viel Häßliches und Brutales. Diese lieben Zeitgenossen bilden aber glücklicherweise noch die Minderheit und sind nicht auf die Arbeiterklasse beschränkt; da sollte der junge Akademiker erst einmal vor der Tür seiner eigenen Klasse stehen, er gab ja im Beginn seines Vortrages selbst an, daß der Lebenswandel seiner Kommilitonen seinen Entschluß mit herbeigeführt hatte.

Hauptächlich die Erlebnisse der letzten Art haben den Jünger Göhres veranlaßt, den umgekehrten Weg einzuschlagen als sein Vorbild: er ist Theologe geworden. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß er auch diesen Weg wieder verläßt, denn unser junger Gottesgelehrter gedenkt die Arbeitsbluse bald wieder einmal anzuziehen.

Im übrigen ist es ganz erfreulich, daß der junge Mann in der ganzen Zeit von einem sozialdemokratischen Terrorismus auch nicht eine Spur gesehen hat. Im Gegenteil: Er hat eine hohe Meinung bekommen von der ungeheuren Aufklärungsarbeit, die Partei und Gewerkschaften in der Arbeiterschaft leisten, und es ist ihm alle Lust vergangen, in bürger-

licher Ueberhebung unter den Arbeitern erzieherisch wirken zu können. Im allgemeinen hatte man den Eindruck, daß man es mit einem Manne zu tun hat, der — neben der Eitelkeit, etwas nicht Alltägliches zu tun — den ernstesten Willen hat, seine Stellung zur Arbeiterfrage zu klären, und wenn er unter uniere Gegner gerät, so werden wir nicht gegen Vorurteil und Unvernunft kämpfen müssen.

Berlin und Umgegend.

Der Streik der Van- und Arbeiterkutscher (Schwerfahrwerk) bei der Firma Theodor Schmiedigen, Berlin, Sachstr. 3, ist durch Verhandlung zwischen dem Arbeitgeber Herrn Theodor Schmiedigen, Vertretern des Transportarbeiterverbandes, der Vertrauensleute des obengenannten Betriebes und dem Vorsitzenden der Führervereinigung für Berlin-Norden und der nördlichen Vororte, Herrn Karl Altendorff, erledigt worden.

Die Arbeiterschaft der elektro-chemischen Fabrik S. Delze, Brieg, Sachstr. 78/74, hat seit mehreren Tagen die Arbeit niedergelegt. Die Arbeiter wollten dem Chef durch eine Kommission auf verschiedene Mängel hinweisen und verlangten: Bessere Mischung, Barten auf Werkzeug soll im Stundenlohn bezahlt werden, bessere Behandlung, besser temperiertes Badewasser (die Leute sind von der Arbeit schwarz wie die Schornsteinfeger), Unterlassung von Maßregelungen der Organisierten, Anerkennung eines Arbeiterausschusses und einseitige Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Herr Delze ließ sich ständig verleugnen, er verhandelte mit der Kommission nicht; nur der erste Buchhalter will die Vollmacht zum Verhandeln haben. Dieser Herr betrug sich derartig provokatorisch, daß vorläufig an eine Wiederaufnahme der Arbeit nicht zu denken ist. Polizei und Gendarmerie sind eifrig befreit, Herrn Delze und seine Arbeitswilligen zu schützen. Die Polizei geht im Kontor ein und aus, ja direkte Konferenzen werden hier abgehalten. Arbeitsangebote der Firma Delze sind abzulehnen.

Deutsches Reich.

Zum Kampf im Stettiner Fleischergerwerbe.

Bekanntlich hat die Stettiner organisierte Arbeiterschaft zehn Fleischermeister, die von ihren Gesellen durch einen Mebers den Austritt aus dem Zentralverband der Fleischer verlangten und weiter forderten, daß kein Geselle dem Verband angehören darf, boykottiert. Diese Maßnahme scheint den Herren recht unlieb zu sein, denn sie setzen alle Hebel in Bewegung, die Wirkungen des Boykotts abzuschwächen. So haben sie sich einen vorläufigen Einheitsbefehl durch das Gericht verschafft, der die weitere Verbreitung eines Boykott-Flugblattes untersagt. Wenn die Fleischermeister glauben, daß nunmehr der Boykott beendet ist, dann irren sie sich. Der Boykott ist ein erlaubtes wirtschaftliches Kampfmittel. Ueber die rechtliche Seite des Boykotts scheinen sich die Stettiner Fleischermeister auch gar nicht so sehr im Zweifel zu befinden, denn sie suchen auf der anderen Seite ihre Hilfskräfte zu vermehren. Die Herren haben den Hanfband und den Schupverband für Handel und Gewerbe um Unterstützung angerufen. Diese Vereine erlassen in Stettiner Zeitungen einen Aufruf, in dem zum Schluß an das Publikum die Bitte gerichtet wird, sich durch die Boykottierung bei Einkäufen nicht beeinflussen zu lassen. Dieser Aufruf wird den Fleischermeistern nichts nützen, denn alle Bevölkerungsteile haben von dem Boykott längst Kenntnis erhalten.

Was sich die Vergleute gefallen lassen.

Wie auf diesen Jochen, hat auch die Zeche Blumenthal in Heddinghausen eine Lohnreduktion vorgenommen. Als die Vergleute sich darüber bei den Steigern beschwerten, wurde ihnen erwidert: „Kartoffeln und Kapus (Sauerkraut) sind gut geraten, was braucht ihr viel zu verdienen!“

Trotzdem erdreistet sich die Zechenverwaltung, den Vergleuten folgendes Ansuchen zu stellen:

Bekanntmachung.

Der Nationale Wahlverein hält am Samstag, den 22. d. Mts., abends 8 Uhr, eine Wählerversammlung im Kaisergarten ab. Die

gleiche Versammlung findet für Heddinghausen-Süd am Sonntag, den 23. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, in der Wirtschaft Wiethaus statt mit der Tagesordnung: Stadtverordnetenwahlen. Wir bitten unsere Belegschaft, sich recht zahlreich zu beteiligen, da Sachen sehr wichtiger Bedeutung besprochen werden.

General Blumenthal 5, 20. November 1913.

Zusatz.

Es handelt sich um eine Wählerversammlung für die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen. Mit brutaler Gewalt versucht die Zeche, ihre Beamten in das Stadtverordnetenkollegium zu bringen, damit sie dort das Zecheninteresse vertreten. In diesen Versammlungen wird den Arbeitern dann von den Zechenbeamten die nötige Begeisterung beigebracht, mit der sie für den Zechen-kandidaten stimmen sollen. Bei der Wahl bilden die Zechenbeamten den Wahlvorstand, notieren jeden, der nicht „richtig“ wählt, damit er es am Lohnstage zu fühlen bekommt.

Darum gehen die Leute hin und wählen den Zechenlandidaten. Diese erniedrigende Behandlung brauchen sich und lassen sich in Deutschland auch nur noch Vergleute gefallen, denn bei ihnen hat die christliche Berrätertätigkeit solche Zustände hervorgerufen.

Ausland.

Streik in der Pariser Oper.

Die Direktion der Pariser Oper hatte die Chordamen für den vergangenen Sonntag zu einer Probe des „Parisfal“ aufgefordert. Die Damen antworteten jedoch am Sonnabend, daß sie eine solche Aufforderung nicht annehmen könnten. Derselbe hätte 8 Tage zeitiger geschehen müssen. Das Antwortschreiben an die Direktion war von sämtlichen Chordamen unterzeichnet und auch die Chorberrn hatten zum Zeichen ihrer Solidarität ebenfalls ihre Unterschrift beigegeben. Am Sonntag erschienen sämtliche Solofänger. Die angelegte Probe des „Parisfal“ konnte jedoch, da die Chordamen fehlten, nicht abgehalten werden. Die Direktion der Oper hat nun in verschiedenen Zeitungen Annoncen veröffentlicht, nach denen Streikbrecherinnen für die Aufführung des „Parisfal“ gesucht werden. — Auch Delegierte der Radikalen der Oper begaben sich am Montag in das Bureau der Direktion und forderten eine Lohn-erhöhung von 50 Cts. per Tag. Die Direktion wies aber die Forderung zurück. Man erwartet auch von dieser Seite weitere Konflikte.

Aus der Partei.

Auf dem Wege zum Separatismus.

Immer tiefer wandelt die P.P.S. in das national-polnische Lager. Wie weit dies bereits geschritten ist, zeigt eine Stelle aus einem Artikel des „Dziennik Robotniczy“ vom 23. November. Nach der Uebersetzung heißt es da wörtlich:

„Was ist zu machen? Wir stehen vor einem Rätsel! Wenn wir nicht auf Abwege gehen wollen, so ist der Vorstand der P.P.S. verpflichtet, auf einem Einigungsweg dafür zu sorgen, ob es nicht zu einer Verständigung mit der polnischen Verfassungsvereinigung kommen könnte. Wenn es auf diesem Weg zu einem Resultat kommen sollte, dann würde das der erste wichtige Fortschritt für das polnische Volk sein, denn nicht den Bruderkampf haben wir nötig, sondern mehr wie vordem müssen wir unsere Kräfte zusammenschließen, um dem heutigen Kapitalismus zum Nachgeben zu zwingen. Dann können die Bauer und andere rufen: „Im Namen der Generalkommission!“ Dann können Rikmann, Gubernil, Danisch und andere gehen, wo eine volle Krippe steht und die richtigen Anhänger des polnischen Sozialismus dorthin gehen, wohin sie die P.P.S. führen wird. Dann wird es keinen Bruder-krieg mehr geben und keiner wird uns mehr den Fuß vorhalten, wenn es zu einem Streit in polnischen Landesteilen kommt. Dann werden wir uns auf keine fremde Hilfe mehr verlassen, sondern auf uns selbst. Sollte mich aber meine Hoffnung täuschen, oder sollten einige Reaktionsäre, welche sich um die polnische Verfassungsvereinigung gruppieren, meine Proposition ablehnen, was dann? Dann können wir das vor unserem Gewissen verantworten, was wir tun. Wir können dann den Führern der polni-

Kleines feuilleton.

Cumberlandsaucer. Am Potsdamer Platz wird demnächst wieder einmal ein Café eröffnet werden. Wieder einmal. Wie es heißen wird? — Ueberflüssige Frage. Haben die glücklichen Wesiger jenes Weitepalastes draußen am Kurfürstendamm, der ehemals „Boarding-house“ hieß — haben sie es nicht schon lange gezeigt, welcher Name heute am schicksten, modernsten, vornehmsten und aktuellsten ist? Ihr Palast ging ja just zur rechten Zeit trocken, daß sie ihn auf den Namen „Hotel Cumberland“ umtaufen konnten. Nun, und ebenso wird auch das neue Café die Erinnerung an die denkwürdige Vermählung „unserer“ Wicht (um im Scherblattdialekt zu reden) aufbewahren. „Café Cumberland“.

Oder vielmehr — Verzeihung —: „Grandcafé Cumberland“. — Zwei französische Wörter und ein englisches, solch ein holdes Konglomerat ist ja schlechterdings das Ideal, wenn es sich um den Namen eines Berliner Kaffeehauses handelt. Und diesmal — der Caféier reißt sich die Hände — diesmal braucht man nicht einmal Angst zu haben, daß sich die „Tägl. Rundschau“, die sonst mit Peter und Morbio hinter jedem Fremdwort herumtrampelt, über diese neue Fremdwörtererei aufregt. Bewahre —: Cumberland ist ja gut deutsch geworden. Daß man es gebildet und mit gespittem Mund auch englisch aussprechen kann, kann seine Beliebtheit nur erhöhen.

Das Wort wird überhaupt das Modelwort der Saison werden. Man braucht nur die Schaufenster anzusehen, um dessen ahnungsvoll geläch zu werden — aus Cumberland-Schmuckkartbinden, Fleischhadmaschinen, Hofenträgern, aus Kratmatten, Herrensocken und Korsetts à la Cumberland hebt sich geschäftstüchtiger Patriotismus in leuchtender Gloriole.

Auf dem Musterjahrgang sollen sie bereits — von wegen der vielen Anmeldungen — einen Gummistempel mit dem teuren Wort bestellt haben, so will einer unserer Mitarbeiter wissen, — und auf dem Patentamt sollen sich kürzlich zwei Erfinder geprügelt haben, weil jeder sein Metallpulvermittel (zum Pulven von Gold- und Silberfachen, auch Kronen) auf den Namen Cumberland taufen wollte.

Höhere Entartung. Aus dem Rechtsbeugungsverfahren gegen den Reichsgrafen von der Schulenburg, den seine Verwandten entmündigen ließen, um die Hand auf seine Güter legen zu können, und die ihr Ziel erreichten, indem sie sich zweier guter Strüde bedienten: der Verleumdung und der Homosexualität des Grafen, teilt der sozialdemokratische Braunschweiger „Volkstimme“ eine Definition des Begriffs der „höheren Entarteten“ mit, die ein rheinisches Medizinalkollegium sich geleistet, und die für alle Zeiten aufgehoben zu werden verdient als ein Beleg des wissenschaftlichen Irrsinns, der manche Psychiater befallen zu haben scheint:

„Die Stufe des Degenerens supérieur, des intellektuell das normale Niveau erreichenden, resp. überschreitenden erblich Entarteten, ist charakteristisch durch eine ungleichartige Entwicklung der psychischen Leistungen gegeneinander und durch den Mangel bei ihrem Zusammenarbeiten. Es kommt nicht zu einer harmonischen psychischen Persönlichkeit; unermittelt stehen die Gegenpole sich gegenüber, ungleich und unkontrollierbar sind die Affekte. Sprunghaft und widerspruchsvoll ist das Handeln. Ganz besonders im Handeln zeigt sich das Disharmonische, die Ungleichheit, der Mangel an Gleichgewicht der psychischen Komponenten, deren Resultante ja schließlich das Handeln ist.“

Schön und weise hört sich das an. Aber mit dieser Definition wird alle menschliche Größe, die gewöhnlich dem einseitigen Uebertrocknen einer führenden Leidenschaft entspringt, ins Karrenhaus gesperrt und der Stumpfhirn darf ruhig den Geist besiedeln. Kaiser und Staatsmänner, Künstler und Erfinder, jede geniale Persönlichkeit kann von nun ab einfach als minderwertig im psychischen Verstande angesprochen werden, und auf dem Throne sitzt der Normalmensch, der liberale Spiegel, der das große Wort führt und dessen Angst vor aller Geistesart, aller Größe evident ist. Soll man diese harmonische Persönlichkeit auch umschreiben? Lombroso tat es: „Ein normaler Mensch: ein Mensch, der über einen geeigneten Appetit verfügt, egoistisch, geduldig, jede Nachtspähre achtend ... ein Hausier.“

Psychiatrische Gutachten vom Schlage des zitierten über den höheren Entarteten machen den Eindruck, als ob der Normalmensch Lombrosos in ihnen sich dümmelhaft auf das Piedestal seiner eigenen Selbsttäglichkeit gestellt habe und nun, vom Größenwahn befallen, seine Grenze der Annahme mehr kenne. Nur weiter so! Die Erfolge werden nicht ausbleiben.

Der große Augenblick. In einer Schilderung der Hoffjagd in Königswulterhausen spricht das „Teltover Kreisblatt“ von dem „großen Augenblick“, in dem der Kaiser sich mit seinen Gästen zum Frühstück begab.

Das „Teltover Kreisblatt“ hat ganz recht. Es ist ein großer Augenblick, wenn der Kaiser zum Frühstück geht, und es ist ein eben so großer Augenblick, wenn ein Monarch morgens die Hofen anzieht, und es ist ein eben so großer Augenblick, wenn er abends aus ihnen heraussteigt. Im Leben eines Monarchen gibt es überhaupt nur „große Augenblicke“.

Wir haben das immer gewußt. Es freut uns aber, daß die verhältnismäßig bescheidenen Gemüter des „Teltover Kreisblattes“ es auch wissen.

Man sieht gern, daß die moderne Kultur sich sogar auf die Kreisblätter erstreckt.

Humor und Satire.

Der Rektor!

Kaum macht ein schwärzlicher Inspektor Dem würdigen Herrn die Hölle heiß. „Verächtlich“ auch schon der Herr Rektor Und wärsch sich schleunigst blütenweiß.

Zwar, Lüge stand und Irrtum Kate Bei diesem Sittlichkeitsgekrei, Jedoch die Häupter im Senate,

Was sind sie heut noch? — Polizei!

Sie fühlen sich als Sittensankstler, Sie fühlen sich auch als Gendarm, Als Valeschwinger und als Ruffler, Sie sind nicht kalt und sind nicht warm.

Sie duden sich vor jedem Schläge Des Rudertums, das uns verpaßt, Und das benimmt sich heutzutage Die Freiheit unsrer Wissenschaft!

Hieh nicht „Professor“ der „Wesener“, Der furchtlos nur nach Wahrheit zielt? Heut wird er Rektor dann nur, wenn er Sich staatlich als Korrektor fühl!

Heut buhelt er vor Potentaten Und schießt zum Ministerium, Und wenn die Jugend ruft nach Xaten, So fällt er stracks vor Schreden um.

Heut tuschelt er mit den Kollegen Und hemmt und drangsalirt und schiebt Ihn die Dozenten abzulagen Die oben etwa umbeliebt.

Von Tag zu Tag wird er defektier Der „Geist“ der Universität — So macht Herr Jagow doch zum Rektor Dem ihr ja längst schon unterliegt!

HAAR.

Notizen.

Theaterchronik. Ida Büst leitet aus Wien nach Berlin zurück. Die Künstlerin tritt mit Beginn des neuen Jahres in den Verband der Reinhard-Bernauerischen Bühnen. — Am kommenden Sonntag, abends 8 Uhr, gelangt im Charlottenburger Theater (Königl. Hochschule für Musik) unter Leitung von Julius Füll und unter dem Protektorat der Gesellschaft zur Verhütung von Geschlechtskrankheiten das Schauspiel „Die Schiffbrüchigen“ von Ortrug zur Aufführung.

Museum für Meereskunde. Die erweiterten Sammlungen des Museums für Meereskunde werden Sonnabend, den 6. Dezember, eröffnet. Für die letzten vorbereitenden Arbeiten muß das Museum vom Dienstag, den 2. Dezember, ab geschlossen gehalten werden.

Majentteilung im Wasserloset. Es ist nachzutragen: Was Hannover kann, kann Berlin schon lange. So finden wir im Gerichtsgebäude am Alexanderplatz (und ebenso auf Bahnhöfen) drei Aborte nebeneinander, versehen mit den Aufschriften: „Frauen“, „Beamte“ und — „Männer“. — Wenn für Männer ein besonderes Vertchen vorhanden ist, was meint dann die hochweife Behörde, daß die preussischen Beamten sind? — Es wäre ja auch erschrecklich, wenn ein königlich preussischer Beamter ... (Rein, einfach nicht auszubedenken). Während man die Kanalle von Volk sonst gern in Unwissenheit erhält, blaut man ihr hier durch einen besonderen Ort ein: Ihr seid etwas anderes als Beamte — Ihr seid Männer!

Kunst und Welt Handelsstadt. Ein Hamburger Propaganda-Blatt hat der Gegenstand eines Wettbewerbes, den die Hamburger Plakatgesellschaft kürzlich ausgeschrieben hat. Das Preisgericht hat sich nicht entschließen können, einen der fleißig eingereichten Entwürfe mit einem ersten Preise auszuzeichnen. Nicht einem der Bewerber ist es gelungen, für den Charakter der Welt Handelsstadt einen schlagenden, symbolischen Ausdruck zu finden.

Ämtliche Wohltätigkeitsbriefmarken. Die Schweiz gibt demnächst für die Dauer eines Monats Postwertzeichen heraus, die 10 Centimes kosten und auch die entsprechende Aufschrift tragen, deren Frankierungswert aber in Wirklichkeit nur 5 Centimes beträgt. Die Post erhält also nur 5 Centimes für die Beförderung und führt die übrigen Centimes an einen Wohltätigkeitsfonds ab, in diesem Falle zugunsten der Bekämpfung der Tuberkulose.

den Berufsvereinigungen folgen: „Wenn die Götter verderben wollen, den Schlangen mit Blindheit.“
Tiefer kann die U.P.S. nicht mehr sinken.

Totenliste der Partei.

Genosse August Ulrich, einer von den wenigen, die schon während des Sozialistengesetzes in dem dunklen Schlofen unermüdlich für die Ideen des Sozialismus arbeiteten, ist in der vorigen Woche als 73jähriger in GutsMuths bei Striegau gestorben. Noch bevor er die längliche Altersrente beziehen konnte, mußte er als beinahe 70jähriger täglich einen stundenlangen Weg zu und von seiner Arbeitsstelle machen. Nachdem er dann an der vollen Kompottschüssel sah und „Staatsrentner“ geworden war, widmete er sich, um sein Dasein fröhlich zu können, der Kolportage der „Volkswacht“ und des „Proletarier aus dem Culengebirge“ mit einer seltenen Gewissenhaftigkeit so lange, als es der vom Kapitalismus ausgegangene Körper nur irgend zuließ. Sein Begräbnis, das unter außergewöhnlich starker Beteiligung der Parteigenossen seines Wohnortes und der der weiteren Umgebung stattfand, gestaltete sich zu einer Demonstration für die Ideen, für die August Ulrich sein ganzes Leben lang unter Entbehrungen und Verfolgungen gekämpft hat.

Provinzialversammlung für Hannover.

Die Tagung fand in Anwesenheit von rund 100 Vertretern (darunter acht weibliche) am Sonnabend und Sonntag, den 22. und 23. d. M., in Hannover statt. Vom Parteivorstand war Genosse Partzsch erschienen. Genosse Partzsch leitete die Provinzialversammlung. Die Mitgliederzahl habe sich nicht in dem Maße des Ergebnisses der Reichstagswahlen gesteigert, denn die Gesamtmitgliederzahl sei in der Vorperiode (31. März 1911 bis 31. März 1913) von 25508 männlichen nur auf 23097 gestiegen und die Zahl der weiblichen Mitglieder sogar von 4764 auf 4607 gefallen. Den Rassenbericht gab Delegierter Dörnke-Hannover. Danach balancieren die Gesamteinnahmen und -ausgaben für die Vorperiode mit 91810,70 M. bei einem Bestande von 11824,86 M. Dieses Resultat war aber nur möglich durch die Zuwendungen der Buchdruckerei Meißner u. Co. (6000 M.), des Kreisvereins Hannover, der einen Egratbeitrag von 5000 M. leistete und des „Volkswille“ (8000 M.). Unter den Gesamtausgaben der Kreisvereine erscheinen die Ausgaben für die letzte Reichstagswahl mit 85 613 Mark, wovon nur der Kreisverein Hannover-Linden seine Wahlkosten (13 400,37 M.) völlig aus eigenen Mitteln zu decken vermochte.

Die diesen Referaten folgende Diskussion erforderte sich auch auf mehrere Anträge, die u. a. eine größere Zentralisierung des Bildungswesens forderten. Wesper-Danabrid, Wesp-Hannover und Thielemann-Göttingen kritisierten das frühere Versprechen der Wählerparole für die Stichwahlen 1912, worauf Abg. Wesp erwiderte, daß der Provinzialvorstand gebunden gewesen sei, die Wahlen des Berliner Parteivorstandes abzuwarten und daß gerade in der Provinz Hannover die Verhältnisse außerordentlich schwierig und sehr schwierig gelegen hätten. Für eine ausgebreitete Agitation unter den Frauen und der Jugend sprachen König-Rißlingen, Witz-Reichner-Hannover, Aderhold-Hannover, Breichle-Bodenstedt, Reichstagsabg. Rauch wünschte bezüglich der Jugend in erster Linie deren Aufklärung durch die Familie bzw. die Eltern, bei dieser Erziehungsarbeit könne man nicht einfach alles von der Jugendorganisation verlangen. Zur gelben (Werktätigen-) Bewegung bemerkten die verschiedenen Redner, besonders die Abgeordneten Rauch und Wesp, daß diese nicht überhöht werden solle, denn schließlich sei auch sie nur eine vorübergehende Erscheinung, die über kurz oder lang ebenso schnell verschwinden werde, wie sie gekommen. Abgeordneter Leinert fügte hinzu, der Parteivorstand werde sich demnächst mit der „gelben Gefahr“ beschäftigen und dann Weisungen für die Kreisvereine herausgeben. Von größter Wichtigkeit sei eine intensiv betriebene Hausagitation. Ein Antrag des Provinzialvorstandes, wonach sich die Provinzialversammlung mit den von diesem für das Bildungswesen getroffenen Einrichtungen einberathen erklärte, ferner für das Bildungswesen den Provinzialvorstand als Zentralstelle erklärte und diesen zur eventuellen Einberufung einer Konferenz ermächtigte, wurde angenommen, wodurch sich ein Antrag des Bildungsausschusses Hilberheim erledigte. Die übrigen einschlägigen Anträge lehnte die Versammlung ab. Der Bericht der Kommission, den deren Vorsitzender Louis Kreimeyer erstattete, und der Geschäfts- und Rassenbericht des „Volkswille“ zeitigten eine mehrstündige Diskussion, die mitunter sehr lebhaftes Interesse erregte und namentlich Differenzen zwischen den Redakteuren und deren Mitarbeitern unter den Parteimitgliedern berührte.

Ueber die letzten in Hannover stattgefundenen sozialdemokratischen Gemeindevorstandskongress referierte kurz Abg. Leinert. Abg. Wesp machte kurze Mitteilungen über den für 1914 anstehenden Internationalen Arbeiterkongress in Wien. Die Bekämpfung des Kongresses wurde beschlossen, und die Versammlung wählte die Abgeordneten Leinert und Fischer als Delegierte, Redakteur Wesper-Danabrid und Geschäftsführer Dörnke-Hannover als Erfahrmänner. Nach Entloftung der Rassenberichte wurde Hannover als Ort für die nächste Tagung bestimmt, weiter durch Abg. Wesp als Vorsitzender, Geschäftsführer Dörnke als Kassierer für den Provinzialvorstand wiedergewählt.

Eine Gemeindevorstandskongress

für den Agitationsbezirk Erfurt wurde am Donnerstag in Erfurt abgehalten. Die Konferenz war sehr gut besucht, es waren insgesamt 69 Delegierte aus drei Wahlkreisen erschienen, darunter 29 Gemeindevorstände und 14 Stadtverordnete. Den ersten Gegenstand der Tagesordnung: Die innere Kolonisation, behandelte Genosse Paul Reichhaus in einem zweistündigen instruktiven Referat. Die Frage ist für die Genossen in der Provinz Sachsen insofern aktuell, als sich hier unter dem Vorhitz des Oberpräsidenten von Hegel zum Zwecke der sogenannten inneren Kolonisation die „Siedlungsgesellschaft Sachsenland“ auf genossenschaftlicher Grundlage gebildet hat, die nun die Gemeinden und Städte zum Beitritt unter Übernahme von Genossenschaftsanteilen auffordert und damit auf Kreiswegen und in Einzelgemeinden bereits guten Erfolg gehabt hat. Genosse Reichhaus zeigte den reaktionären Charakter dieser Kolonisationsbestrebungen, die letzten Endes ein Mittel zur Bekämpfung der Sozialdemokratie sein sollen. In der lebhaften Diskussion wurden diese Bedenken noch unterstrichen, aber auch noch manche andere im Referat angeschnittenen Fragen der Agrarpolitik, der Siedlungsbestrebungen und der Zweckmäßigkeit des Groß- oder Kleinbetriebes besprochen. Die Frage der Beteiligung der Gemeinden an der Siedlungsgesellschaft wurde abgelehnt. — Ein weiteres Referat hielt Bezirkssekretär Genosse Apel-Erfurt über Wahlrecht und Wahltechnik in den Landgemeinden, an das sich Berichte aus den einzelnen Orten schlossen, die gar manche Entfremdungen in den ländlichen Gemeindevorständen erkennen ließen, aber auch die Schwierigkeiten zeigten, die untere Gemeindevorstände in solchen Gemeinden bei Ausübung ihrer Pflichten zu überwinden haben. Die Aussprache über alle diese Fragen dürfte von allgemeinem Nutzen gewesen sein.

Kommunalwählerfolge.

In Jülich wurde am Montag bei der Stadtverordnetenwahl neben zwölf Bürgerlichen auch der Genosse Breslauer gewählt, dem vor zwei Monaten das Stadtverordnetenmandat aberkannt worden war, weil er eine Freiheitsstrafe hat verbüßen müssen.

Bei der Stadtverordnetenwahl in Klauen i. B. wurden in der ersten Abteilung drei Genossen als Stadtverordnete und zwei Genossen als Ersatzleute mit 2149 gegen 794 Stimmen gewählt. Es sitzen nunmehr neun Genossen im Stadtverordnetenkollegium. In Reichenbach i. B. blieben unsere Genossen bei den Stadtverordnetenwahlen mit einigen Stimmen in der Rinderheide. Doch stellen sie die Erfahrmänner. Bei früheren Wahlen sind die

sozialdemokratischen Kandidaten mit ihrer Stimmenzahl den Gegnern nach nie so nahe gerückt wie bei der diesjährigen.

Bei der in Kamenz in Sachsen-Altenburg erfolgten Stadtverordnetenwahl errangen unsere Genossen zwei weitere Mandate. Sie besaßen bisher nur eins, so daß sie jetzt drei Mandate innehaben.

Bei der Gemeindevorstandswahl in Groß-Schönau in S.-A. liegten unsere beiden Kandidaten mit der doppelten Stimmenzahl über die beiden bürgerlichen Gegenkandidaten. Unsere Genossen besaßen bisher drei Mandate, so daß sie jetzt fünf innehaben.

„Marx“ „Kapital“ in lettischer Sprache. Die die „Neue Arbeiterzeitung“ in Petersburg mitteilt, soll in Kürze die lettische Uebersetzung des „Kapital“ erscheinen. Die lettischen Arbeiterorganisationen haben schon längst den Wunsch geäußert, dieses Werk zu vollbringen, und haben aus ihren geringen Mitteln eine bestimmte Summe für die Herausgabe des „Kapital“ bewilligt. Mit der Uebersetzung ist ein alter erprobter Genosse betraut, von dem man erwarten darf, daß er die ihm aufgetragene Arbeit in würdiger Weise zu Ende führt.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

„Nur mit dem Fuße berührt!“

In einem Militärgerichtsbericht der „Dresdener Volkszeitung“ war berichtet worden, daß ein Hauptmann einen Rekruten, der der Simulation verdächtig, auf der Erde gelegen habe, mit dem Fuße getreten habe. In einer Berichtigung an die „Volkszeitung“ bestritt der Hauptmann, daß er den Soldaten mit dem Fuße getreten habe, er habe ihn nur mit dem Stiefel „berührt“. Der Militärgerichtsberichterstatter der „Dresdener Volkszeitung“ hielt seine Behauptung aber als Ergebnis der Beweisaufnahme aufrecht. Dafür wurde am Montag der verantwortliche Redakteur der „Dresdener Volkszeitung“, Dr. Sachs, vom Schöffengericht zu 100 M. Geldstrafe verurteilt.

Die Gräfin als Angeklagte.

In dem Prozeß gegen die Gräfin Fischer von Treuberg wurden gestern noch mehrere Zeugen zu dem Fall der Bewucherung des Herrn v. Alten vernommen. Aus den Zeugenaussagen, insbesondere des jetzigen Rittergutsbesizers, früheren Leutnants v. Stechow ergibt sich: v. Alten war ein großer Spieler. Schon einmal hatte er eine Million Schulden. Sie wurden mit 400 000 M. beglichen. Er war Majoratserbe einer Herrschaft von 18 Millionen, unterliegt ein kostspieliges Verhältnis, verlor im Spiel einmal 36 000 M. und wollte 70 000 M. von Pariet geborgt erhalten. Er erhielt gegen 40 000 M. und hat sich nach Ansicht des Herrn v. Stechow erschossen, weil er seinen Spielverpflichtungen nicht nachkommen konnte. Es kamen noch einige andere wunderlich ausgedeutete Geldpumpereien zur Sprache, bei denen die Angeklagte die Vermittlerin gewesen sein soll. Es handelte sich um einen Husarenleutnant, der 12 000 M., um die Prinzessin Luise von Koburg, die rund 200 000 M., und um einen Offizier, jetzigen Studenten v. Hagemann, der 30 000 M. geborgt haben wollte.

Die nächste Sitzung findet am Donnerstag statt.

Soziales.

Versicherungsfreiheit.

Der Bundesrat hat eine Bekanntmachung betreffend die Befreiung vorübergehender Dienstleistungen von der Krankenversicherungspflicht unter dem 17. November erlassen. Diese ist in dem soeben erschienenen Reichsgesetzblatt veröffentlicht. Danach bleiben im wesentlichen vorübergehende Dienstleistungen dann versicherungsfrei, wenn sie:

1. von Personen, die überhaupt keine berufsmäßige Lohnarbeit verrichten nur gelegentlich, insbesondere zur gelegentlichen Aushilfe, ausgeführt werden und auf weniger als eine Woche entweder nach der Natur der Sache beschränkt zu sein pflegen oder im voraus durch den Arbeitsvertrag beschränkt sind.
 2. von Personen, die sonst berufsmäßige Lohnarbeit verrichten, während vorübergehender Arbeitslosigkeit nur gelegentlich ausgeführt werden und auf höchstens drei Arbeitstage, der Natur der Sache oder durch den Arbeitsvertrag beschränkt sind.
 3. von Personen, die sonst keine berufsmäßige Lohnarbeit verrichten, und zwar in regelmäßiger Wiederkehr, aber nur gegen einen geringfügigen für den Lebensunterhalt in dem betreffenden Zeitraum nicht ausreichenden Entgelt ausgeführt werden. Auch Dienstleistungen zur häuslichen Hilfeleistung bei Unglücksfällen, bei Verletzungen durch Naturereignisse, aber Verkehrs- oder Betriebsstörungen, sollen krankensicherungslos bleiben, wenn die Dienstleistungen voraussichtlich höchstens drei Arbeitstage dauern.
- Kann man mit diesen Ausnahmen einverstanden sein, die sich im wesentlichen auf gelegentliche Aushilfsarbeit beziehen, und mit weiteren, die im wesentlichen ausländische Betriebe betreffen, zumal durch diese Ausnahmen das Recht zur Selbstversicherung oder Weiterversicherung nicht ausgeschlossen wird, so steht es anders um die wesentlichen Ausnahmen, die der Bundesrat bezüglich schulpflichtiger Kinder in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben in allen Fällen versicherungsfrei bleiben, wenn sie im Laufe eines Kalenderjahres auf bestimmte Jahreszeiten und höchstens acht Wochen oder zusammen auf höchstens 40 Tage nach der Natur der Sache beschränkt zu sein pflegen oder im voraus durch den Arbeitsvertrag beschränkt sind. Die oberste Verwaltungsbehörde soll den hiernach versicherungsfreien Zeitraum bis auf einen solchen von höchstens einer Woche herabsetzen oder gestatten können, daß die Satzungen der Krankenkassen ihn so weit herabsetzen. Ist es schon außerordentlich bedauerlich, daß ein Verbot der Beschäftigung schulpflichtiger Kinder für land- und forstwirtschaftliche Betriebe noch immer nicht besteht, so ist es doppelt zu verurteilen, daß durch diese Ausnahmen die Kinder für den Fall einer Krankheit, die sie etwa durch die Arbeit sich zuziehen, nicht versichert sind, und daß auch die Arbeitgeber nicht zu einer Fürsorge in Krankheitsfällen verpflichtet sind, falls diese während der Beschäftigung oder infolge der Beschäftigung eintreten. Eine solche Ausnahme zugunsten von Kindern kann geradezu den Anreiz für manche Besitzer geben, Kinder statt Erwachsene in Beschäftigung zu nehmen. Der Bundesrat sollte schleunigst diese der Gesundheitspflege von Kindern außerordentlich abträgliche und zur gesundheitsgefährdenden Beschäftigung von Kindern anreizende Vorschrift wieder beseitigen.

Heger.

Kürzlich erst konnten wir berichten, daß die Handwerkskammern sich fast restlos durchaus anerkennend über die Tätigkeit der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte ausgesprochen hatten und an der bisherigen Form in der Zusammensetzung und Prozeßführung nichts geändert wissen wollen. Das paßt den Herren von der Schwerindustrie nicht, sie möchten auch auf diesem Gebiete rückwärts drängen. Die Vollversammlung der Bochumer Handwerkskammer beilegte sich schon, eine energische Note gegen die verhasste Einrichtung loszulassen. Zunächst wird den Herrschaften zu viel geklagt; sie meinen, die Willigkeit des Verfahrens zeige zu Ansehensherabsetzung. Weiter trumpsfen die Herren auf: „Den erwähnten Vorzügen der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte stehen große Nachteile gegenüber, die größtenteils in ihrer

Organisation begründet sind. Als solche Nachteile sind zu nennen: die fehlende richterliche Unabhängigkeit des Vorsitzenden (der ein jederzeit absetzbarer Beamter ist) und der durch Wahlen mit politischem Charakter gestellten Beisitzer, die Verquickung von Verwaltung und Justiz in der Person des Vorsitzenden, die Verquickung von Interessenvertretung und Justiz in den Personen der Beisitzer, die hieraus sich ergebende Gefahr mangelnder Unparteilichkeit des Gerichts, das geringe Vertrauen, das die Arbeitgeber (1) vielfach diesen Gerichten entgegenbringen, wie es sich auch aus der verschwindend geringen Inanspruchnahme dieser Gerichte durch die Arbeitgeber ergibt.“

Alle die Mängel und Uebel — das heißt die nicht genügende Einseitigkeit der gewerblichen Rechtsprechung zugunsten des Kapitals — sollen beseitigt werden, und zwar durch Angliederung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte an die Amtsgerichte, sowie „Ernennung“ der Beisitzer nach der Art und Weise wie Schöffen und Geschworene ausgeschieden werden. Dann wären Arbeiter von der Rechtsprechung ausgeschlossen; die Plätze würden frei für Kapitaldiener. Es ist bezeichnend für die Spruchprozedur der Berggewerbegerichte, daß man diese in der bisherigen Form bestehen lassen will. Das beweist, daß ihnen eine größere Unabhängigkeit dringend nottut.

Mit ihrem Vorstoß gegen die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte geben die Kapitaldiener ein hübsches Beispiel von Trug gegen die Arbeiterschaft und gegen Gerechtigkeit. Dem Geschäft der Beschäftigung, der Erregung von Klassenhaß obliegen die Schatzmacher mit lebhaftem Eifer.

Aus aller Welt.

Ehrbare Bürger.

Wie aus Frankfurt a. M. gemeldet wird, fehlen bei dem hiesigen Kreditverein Kidenbach über 200 000 Mark, die der Rechner und Bürgermeister Hofmann unterschlagen hat. Hofmann besah großes Vertrauen, und so war es ihm ein Leichtes, die Bürger, die das Geld einlegten, und bei denen er in hohem Ansehen stand, um ihr sauer erpartes Geld zu bringen.

Der Rechtsanwalt Dr. Laufenberg in Koblenz wurde wegen Verdachts von Unregelmäßigkeiten in der Verwaltung von Konkursen verhaftet. Wie es heißt, sollen sich die Beträge auf mehrere Hunderttausend Mark belaufen.

Ein Nachahmer Pegonds wider Willen.

Der Eindecker des Fliegers Kooft wurde in Etampes bei einem Höhensturz von einem so heftigen Wirbelwinde erfasst, daß er sich etwa zwanzig Mal überschlug und mit Kopf, der mit dem Kopfe nach unten im Flugzeuge hing, mehrere hundert Meter abwärts stürzte. In 300 Meter Höhe gelang es Kooft, seines Flugzeugs wieder Herr zu werden und sodann wohlbehalten zu landen.

Kleine Notizen.

Der Inhaber des Weidhöhenrekords üblich abgestürzt. Der französische Flieger Verchon, der vor einiger Zeit den Weidhöhenrekord mit 5500 Meter Höhe an sich riß, ist am Dienstagmittag auf dem Flugfelde von Buc aus einer Höhe von 15 Metern abgestürzt. Verchon wurde unter dem Nototzer maimt und war auf der Stelle tot.

Blutige Zusammenstöße bei den Indernurruhen in Katal. Bei einem Zusammenstoß mit der Polizei in Esperanga in Katal sind drei Hindus getötet und zwanzig verwundet worden.

Kartellabend der Freie Groh-Berlin. Donnerstag, den 27. d. M., abends 10 Uhr: Versammlung in den „Kaminhallen“, Kommandantenstr. 10. Stellungnahme zum Nichtzulassen des Reichstagsabg. Robert Schmidt.

Les- und Diskussionsklub „Zukunft“. Heute Sitzung Götlicher Str. 58 bei Reichardt. Tagesordnung: Vortrag und Vereinsangelegenheiten.

Jugendveranstaltungen.

Renfah. Heim I. Idealpasse. Heute Mittwoch: Vortrag des Herrn Dr. Panauer über: „Sämen und Vögel.“
Heim II. Kogalstr. 15. Heute Mittwoch: 6. Vortrag über: „Geschichte des 19. Jahrhunderts.“

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Ehrenkammer findet Lindenstraße 69, wenn vier Treppen — Parkstraße — wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends. Sonnabend, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Beitrag ist ein Wochenbeitrag und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Besondere Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Anwesenheitskarte beiliegend ist, werden nicht beantwortet. Übrige Fragen trägt man in der Spaltenliste vor.

G. J. Ist uns leider nicht bekannt. Fragen Sie bei der Bahnhofdirektion in R. an. — **G. J. 44.** Ein solches Institut gibt es nicht. Sprechen Sie doch mal mit dem Rektor der Schule, in die Ihr Sohn geht. — **W. 100.** Berliner Grodenhaus, Reimischdorfer Straße 82. — **W. 94.** Auskunfts- und Fürsorgestelle für Lungenerkrankte, Berlin, Waterloo-Platz 7. (Mittwoch und Sonnabend 4 bis 6.) — **H. 99.** Verlangen Sie vom Vermieter Befreiung des Liebeslandes unter Zahlung einer Frist von etwa 14 Tagen und drohen Sie an, nach erfolglosem Ablauf der Frist auf Vertragsauflösung zu klagen. Falls bewiesen werden kann, daß der Liebesland ererblich ist, würde eine solche Klage Erfolg haben. — **P. 500.** Wegen der Einschätzung ist jetzt ein Rechtsmittel nicht mehr zulässig. Sie müssen die veranlagten Steuern zahlen. — **Stargard 50.** 1. und 2. Die Kirchenbehörde kann Tausch und Einlegung ablehnen. 3. Da zwischen Anmeldung und Austritt mindestens 4 Wochen liegen müssen würde die Austrittserklärung abdann in diesem Jahre nicht mehr zulässig sein. — **H. B. C. 100.** In die Grenzahnkation in Halle a. S. — **G. G. 1888.** 1. u. 2. Die Arbeitsordnung regelt diese Frage. Sofern zwischen den Parteien Streit besteht, muß als Erfüllungsort vereinbart ist, könnte der Unzuständigkeitsanspruch erhoben werden. 3. Läßt sich nur nach Einschätzung in die Rechnung beurteilen. 4. Bei einem Verklammerungsurteil 1 Woche, bei einem auf Grund kontraktlicher Verbindung erlangten Urteil 1 Monat, von der Zustellung des Urteils ab gerechnet. 5. Die Kosten kann die Gesellschaft fordern. 6. u. 7. Nur durch grobe Fahrlässigkeit verursachten Schaden haften die Gesellschaft allerdings nicht. 8. Nehmen in vorliegenden Falle grobe Fahrlässigkeit jedoch nicht an. 9. Klage beim Amtsgericht. — **T. T. Reim.** — **H. R. 13.** 1. Sie gehen am besten auf Polizeianwalt. 2. Ja, inseriert bereits Ende Juli 1913. — **D. 101.** Reim. — **M. T. 129.** Die unentbehrlichen Gegenstände müssen verbleiben. — **C. J. 111.** Nur nach Verleihen oder durch einen Dritten vorzunehmenden Redaktionen. — **H. B. 35.** Ja, wenn der Beweis über die von Ihnen behauptete Vereinbarung erbracht werden kann und anderweit eine derartige Stellung nicht zu erhalten ist. — **M. 100.** Marienborf. 1. Drei Monate. Die Wöndung des Geldes in der Kasse wäre zulässig. — **G. B. 26.** Ja. — **H. 1885.** Rippert. 1. und 2. Sölden Sie an das Gericht ein Erinnerungsschreiben. — **G. B. 86.** Es hat nur die Austrittserklärung vor dem Amtsgericht Gültigkeit.

Witterungsbericht vom 25. November 1913.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Wolkenlage	Temperatur	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Wolkenlage	Temperatur
Eintracht	768	SE	0	6	Saparanda	767	SE	3	2
Damburg	766	SE	0	4	Petersburg	773	SE	3	1
Berlin	768	SE	0	1	Seibitz	767	SE	3	11
Frankf. a. M.	768	SE	1	Regen	6	Berben	759	SE	3
Rüssingen	769	SE	4	bedeckt	4	Paris	769	E	2
Wien	769	SE	2	1	Rebel	2	Rebel	0	

Wetterprognose für Mittwoch, den 26. November 1913.
Etwas mäßiger bei mäßiger nördlichen Winden und veränderlicher Bewölkung ohne erhebliche Niederschläge.
Berliner Wetterbureau.

Die Schuldfrage über das Eisenbahn-unglück bei Sadowa.

Uns wird geschrieben: Da die amtliche Meldung wieder die Schuld auf die Arbeiter abwälzt mit den Worten: „daß die Arbeiter das mit dem Horn gegebene Warnungssignal nicht beachtet“, so versuchen wir aus den übrigen Mitteilungen den wahren Sachverhalt unter dem amtlichen Schleier hervorzuziehen.

Die Arbeiter waren an den Ferngleisen oder vielmehr an einem Ferngleis beschäftigt. Das war für sie das Gefahrengleis, während die Vorortgleise daneben keine unmittelbare Gefahr bildeten.

Nun gibt es, wenn ein vorschrittmäßiges Hornsignal vorhanden ist, zweierlei Signalköde, den einen für das Gefahrengleis und den zweiten helleren oder tieferen Ton für die Nebengleise nur als Warnungssignal.

Der erste Zug war der Vorortzug, der keine direkte Gefahr bringen konnte, denn zwischen den Vorortgleisen wurde nicht gearbeitet. Die Arbeiter haben also, während dieser Zug vorbeifuhr, wohl überhaupt nicht die Arbeit unterbrochen und zwar um so weniger, als ja zwischen ihrem Gefahrengleis und dem Vorortzuggleis noch ein ganz freies Gleis lag. Das geht mit Klarheit daraus hervor, daß beide Züge in derselben Richtung auf verschiedenen Gleisen fuhren. Es war also jedenfalls Platz zum Ausweichen. Unausgeklärt bleibt die Beschaffenheit des Hornsignals. Wäre ein brauchbares Hornsignal zur Stelle gewesen, so müßte das zweite Signal, das den Probezug meldete, das Gefahrensignal sein. Es kann nicht im Entferntesten davon die Rede sein, daß die Arbeiter das Signal nicht beachtet, wie die amtliche Stelle es darzustellen versucht, sondern die Sache liegt so: Das Signal ist mit größter Wahrscheinlichkeit eine eintönige, schwache Trompete gewesen, bei deren Er tönen es den Arbeitern unmöglich war, sich klar zu werden, ob nur ein Warnungssignal oder ein Gefahrensignal gegeben war. Zum größten Teil geben auch die Signaltrompeten nur einen schwachen, leicht verhallenden Ton, während an Arbeitsstellen unter starkem Zugverkehr wegen des gewaltigen Lärms eindringlich tönende Signale am Platze sein sollten. Die Schuld am Unglück trifft also nur und immer die getöteten Arbeiter. Es ist auch nicht möglich, daß die Arbeiter, an den Ferngleisen beschäftigt, dem Vorortzug ausweichen, nein, sie haben am Ferngleis weiter gearbeitet und sind sofort vom Probezug gefaßt worden. Die Signaltrompete ist auf keinen Fall eine solche gewesen, die als Gefahren-Warnungssignal funktionierte. Eine Auskunft über diese Zustände kann wahrheitsgemäß immer nur der Bahnmelder geben, aber welche Macht kann diesen Beamten zwingen, die Wahrheit zur Sache zu sagen? Und nun gar für die Öffentlichkeit! — Gerade die Winternebel fordern zuverlässige Signale!

Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. Am Sonntag, den 30. November, abends 8 Uhr, findet in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58, ein Lichtbildervortrag über: „Die Abstammung des Neuschien“ statt. Eintritt inkl. Garderobe 25 Pf. Nach dem Vortrag: Gemütliches Beisammensein verbunden mit Tanz.

Neukölln. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Vortsch, Hermannstr. 49: Versammlung der Jugendsektion. Genosse Georg Schmidt spricht über das Thema: „Aus der Geschichte der deutschen Gewerkschaften.“ Da dieses Thema fortgesetzt wird, ist es notwendig, daß die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen über 18 Jahre den heutigen Abend besuchen.

Lichtenberg. Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Kukulowski, Vortschstr. 74: Abteilungsverammlung der 20. Abteilung. Vortrag des Genossen Renning über „Feuerbestattung“.

Wilmerdorf. Heute Mittwoch, abends 7 1/2—10 Uhr: Flugblattverbreitung für die Frauen bei Schilling, Lauenburger Str. 20.

Köpen. Die Wahlvereinsversammlung am Donnerstag, den 27., fällt wegen der Volksversammlung mit dem Thema: „Der Rassenstreik gegen die Staatskirche“ aus. Die Mitgliederversammlung findet am Montag, den 1. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, bei Scherler statt.

Aldersdorf. Heute Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr: Flugblattverbreitung von bekannter Stelle aus.

Friedrichshagen. Heute Mittwoch, den 20. November, abends 8 1/2 Uhr, in Verches Festsälen, Friederichstr. 112: Volksversammlung. Tagesordnung: „Mehr Soldaten! Mehr Kirchen!“ Referent: Landtagsabgeordneter Adolf Hoffmann.

Reinickendorf-West. Am Donnerstag, den 27., abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal von Karl Meyer, Schornweberstr. 101—104, der Vortragsabend über die wissenschaftlichen Grundlagen der modernen Arbeiterbewegung statt.

Vorfigwalde-Wittenau. Donnerstag, den 27. November, abends 8 1/2 Uhr, in den „Vorfigwalder Festsälen“: Generalversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Otto Glöckner: „Grundzüge und Forderungen der Sozialdemokratie.“ 2. Bericht der Bezirksleitung. 3. Vereinsangelegenheiten.

Berliner Nachrichten.

Die Abschiebung Armer ins Obdach.

In einer Versammlung Berliner Armenvorsichter im Berliner Rathaus ließ sich der Oberinspektor Jädel über die Praxis vieler Armenkommissionsvorsichter aus, Personen bezw. Familien wegen rückständiger Miete ins Obdach abzuschicken. Veranlaßt durch die Verhandlungen in der letzten Vortragsversammlung im Juni d. J., in welcher durch Herrn Stadtrat Kalisch und Herrn Schimmerer Wöh größtmögliche Sparmaßnahme empfohlen sei, ferner veranlaßt durch das veröffentlichte Protokoll über diese Versammlung, habe eine Reihe von Vorsichtern keine Mieteunterstützungen mehr gewährt, sondern hilfsbedürftige Familien einfach dem Obdach zugewiesen, so daß es immer schwerer werde, bei dem im Obdach herrschenden Raummangel diese Familien mit ihren Sachen unterzubringen. Eine Ersparnis trete durch diese Ueberweisungen in das Obdach durchaus nicht ein; denn der Transport der Sachen nach dem Obdach und von dort wieder nach einer neuen Wohnung veranlasse erhebliche Kosten. Ebenso stehe es mit dem Aufenthalt der Familien im Obdach und schließlich müsse doch für einen Monat die Miete mit auf dem Weg gegeben werden, wenn die Familie das Obdach verläßt. Die Kosten seien also drei- bis viermal so hoch als wenn die Armenkommission selbst einen Monat Miete bezahlt hätte und dadurch die Familie vor Obdachlosigkeit bewahrt worden wäre. Auf alle Fälle aber müsse der betreffende Vorsichter Gründe angeben, weshalb die Ueberweisung an das Obdach geschehe und die Mieteunterstützung verweigert werde.

Gegenüber dieser sachlichen Ausführungen, welche alle Vorsichter beachten sollten, machten doch einige Herren geltend, daß man den Daumen auf den Weibel halten und mit den Mieteunterstützungen recht vor-

sichtig sein müßte. Das Obdach solle abschreckend wirken und ein Erziehungsmittel sein; die Armenpflege müsse vor Ausbeutung geschützt werden usw. An der Debatte beteiligte sich auch unser Genosse Hünge. Dieser wies darauf hin, daß die Stadt verpflichtet sei, nicht nur den Lebensunterhalt hilfsbedürftigen Personen zu gewährleisten, sondern auch für einen geeigneten Wohnraum zu sorgen; aber auch in dieser Beziehung bleibe viel zu wünschen übrig. Es sei Pflicht der Vorsichter, für die Gewährung der Miete zu sorgen; dies sei leider vielfach nicht der Fall, denn sonst müßten die Unterstützungen erheblich höher ausfallen. Wenn jemand 20 M. Miete zu zahlen habe und es würden nur 10 M. Unterstützung gewährt, so sei es wohl begreiflich, daß dieser Betrag in erster Linie für den Lebensunterhalt verwendet würde; zur Dedung der Miete bleibe also nichts übrig. Das Wohnungsrecht verlange auch für unsere hilfsbedürftigen Mitbürger menschenwürdige Wohnungen und müsse man auch dementsprechend in den Weibel greifen. Die Vorsichter hätten sich also vor allen Dingen an die Anweisungen der Direktion zu halten und nach § 62 und 63 sei für den laufenden Monat in Notfällen die Miete zu gewähren.

Genosse Hünge wies weiter darauf hin, daß die Herren Kalisch und Wöh in der letzten Versammlung mit ihrer Behauptung, es seien in diesem Jahre in den Monaten April und Mai allein eine Viertel Million Mark mehr ausgegeben für die offene Armenpflege wie 1912, erheblich übertrieben hätten. Diese Mehrausgaben haben tatsächlich nur gegen 92000 M. betragen. Da der jetzige Vorsitzende der Armenverwaltung, Herr Stadtrat Dostein, die von Hünge gegebenen Zahlen bezweifelte, wollen wir hier die in den statistischen Monatsberichten veröffentlichten Zahlen wiederholen. Es wurden gegen 1912 mehr aufgewendet: Für Almosenempfänger in den Monaten April und Mai einschließlich Extraausgaben 40 601 M., für Pflegegeheimempfänger mit Extraausgaben 5881 M., an Extraausgaben mehr 45 232 M., zusammen also 91 714 M. mehr wie 1912 in den gleichen Monaten.

Es dürfte an den Herren Stadtrat Kalisch und Wöh sein, nun ihre Behauptung über 1/4 Million Mehrausgabe näher zu erläutern. Beschwerde wurde noch von einigen Vorsichtern geführt, daß die beantragte Erhöhung des eisernten Bestandes verweigert worden sei. Es ist dies auch eine Sparmaßnahme der Aera Kalisch. Herr Stadtrat Dostein erklärte, daß in solchen Fällen jedenfalls die notwendige Begründung gefehlt habe. Diesen Ausführungen gegenüber wurde darauf hingewiesen, daß die Begründung genügend aus den Monatsberichten zu ersehen sei; wenn der Vorsichter Monate hindurch aus seiner Tasche beträchtliche Summen verauslagt habe, so sei dies Begründung genug. Schließlich wurde auch noch die rechtzeitige Zustellung der Unterstützungsbeträge gefordert und auch zugesagt.

Zur Bevölkerungsentwicklung Berlins.

Die Feststellungen des statistischen Amtes der Stadt Berlin über die Bewegung der Berliner Bevölkerung wurden kürzlich in einigen hiesigen Blättern falsch betrachtet. Aus den Zahlenangaben wird die Schlussfolgerung gezogen, daß die Abwanderung aus Berlin ständig zunehme und durch den Zugang nicht ausgeglichen, geschweige denn übertroffen werde, und daß insbesondere die steuerkräftigen Jeniten in steigendem Maße aus Berlin fortzögen. Die anscheinend starke Abwärtsbewegung der Bevölkerungsziffer der Hauptstadt im Laufe des letzten Sommers hat der Verwaltung Veranlassung gegeben, den Ursachen dieser Erscheinung nachzugehen.

Bekanntlich zählte Berlin bei der letzten Volkszählung vom 1. Dezember 1910 2 071 257 Einwohner. Die Zahl nahm, wenn auch unter Schwankungen, bis zum 1. Januar 1912 auf 2 084 000 zu, so daß sich für die 13 Monate ein Mehr von rund 12 700 ergab. Die Aufwärtsbewegung hielt auch, wenngleich wiederum unter Schwankungen in einzelnen Monaten, das ganze folgende Jahr hindurch an, so daß die für den 1. Januar 1913 berechnete Bevölkerung wiederum ein Mehr von 11 000 ergab. Auch die beiden ersten Monate des laufenden Jahres zeigten eine, wenn auch nur geringere Bevölkerungszunahme von 4250, so daß Anfang März die ersten Hunderttausend der zweiten Million beinahe erreicht waren. Nun aber setzte eine Abwärtsbewegung ein. Die bis zum 1. Oktober — dem neuesten Termin, für welchen die monatlichen Anzeigerungen vorliegen — ein Weniger von 34 900 herbeiführte, welches teils durch den bei ungünstigeren Konjunkturbedingungen in Berlin stets zu beobachtenden Abfluß überzählig gewordener Arbeitskräfte, teils aber auch durch rein formale Umstände bedingt war. Als solche kommen im wesentlichen die Wirkungen der Polizeiverordnung vom 11. Januar 1913 in Betracht, nach welcher bei fortzuziehenden Haushaltungen im Gegensatz zu früher die Aufführung jedes einzelnen Familienmitgliedes im polizeilichen Abmeldeformular verlangt worden ist. Grundsätzlich aber ist hervorzuheben, daß die fortgeschriebenen Bevölkerungszahlen bei den großen Umzugssterminen, wie namentlich der Oktoberumzug ein solcher ist, für die Beurteilung der tatsächlichen Entwicklung überhaupt nicht geeignet erscheinen, weil diese Zahlen naturgemäß in bedeutendem Maße durch die Tatsache beeinflusst werden, daß zwar die Abzugsmeldungen meist unmittelbar vor dem Verlassen der Wohnung, die Zugangsmeldungen aber vielfach erst mehrere Tage, häufig auch entgegen der bestehenden Bestimmung selbst erst einige Wochen nach dem Verziehen der neuen Wohnung erstattet werden. So wird sich denn das tatsächliche Ergebnis des letzten Umzugsstermins erst gegen Ende November übersehen lassen. Im übrigen sind erhebliche Senkungen des Bevölkerungstandes auch für eine nicht gar weit zurückliegende Vergangenheit festzustellen. So hatte, und zwar wiederum unter dem Einfluß der Krise von 1908, eine Abnahme der Berliner Bevölkerung um 31 500 in der Zeit von Ende Januar 1908 bis Ende Mai 1909 stattgefunden.

Was insbesondere zu- und Abzug der Staats-einkommensteuer-Jeniten anlangt, so ist ein Ueberschuß der Fortzüge, und zwar vornehmlich beim Abzug mit den weislichen Vororten infolge ihrer rapiden baulichen Erschließung, schon seit langem zu beobachten. Aber gerade in dem Quartal vom April bis Juni d. J. war der gesamte Fortzugsüberschuß der Jeniten mit 1483 sehr erheblich geringer als in der gleichen Zeit des Vorjahres, wo er sich auf 8018 belief. Im übrigen aber ist hervorzuheben, daß dieser Fortzug in zahlreichen Fällen von nur geringerem Einfluß auf die Erträge der Gemeindesteuer ist, indem bekanntlich das Einkommen aus Grundbesitz und Gewerbetrieb bis zur Höhe von drei Viertheilen in der Belegengemeinde, vorliegend also Berlin, steuerpflichtig bleibt. So sind die Zahlen der Staatseinkommensteuerstatistik für die Gemeinde-einkommensteuer keineswegs ohne weiteres maßgebend. Weiter aber auch ist jenen Zahlen gegenüber zu betonen, daß sie nur eine Seite der eingetretenen Veränderungen berücksichtigen, insofern sie lediglich die ihren Wohnort wechselnden Personen erfassen. Durch innere Entwicklung aber sind, sofern nicht ganz gewaltige Erschütterungen das Wirtschaftsleben treffen, ein Aufstieg aus niedrigeren in höhere Einkommensstufen statt, welcher

in dieser Statistik der zu- und fortziehenden Jeniten völlig außer acht gelassen ist. So ist denn beispielsweise im Steuerjahr 1912 ungeachtet all dieser Wanderungsvorgänge gegenüber dem Vorjahre eine Steigerung der Zahl der physischen Jeniten von 671 630 auf 684 744, d. i. um 13 114 eingetreten, während beim Gesamtbeitrag ihrer Einkommensteuer selbst eine Steigerung von 88 074 421 auf 33 806 468, d. i. um 734 047 M. schon im Laufe dieses Jahres festzustellen ist. Für die Entwicklung der Steuerkraft Berlins ist weiter bezeichnend, daß die Zahl der nicht physischen Jeniten im Steuerjahr 1912 von 1646 auf 1767 und deren Steuerbetrag von 9 889 323 auf 10 255 679 M. seit dem Vorjahre zugenommen hat.

Ueber den Selbstmord zweier Dienstmädchen

wird berichtet: Vor dem Halleischen Ufer Nr. 10 sprang Montagabend gegen 9 Uhr ein Mädchen in den Landwehrkanal, ging sofort unter und ertrank. Rettungsversuche, die vorübergehende Leuchte sofort anstellten, blieben erfolglos. Die Leiche blieb verschwunden und ist auch jetzt noch nicht aufgefunden. Am Ufer hatte die Lebensmüde einen Zettel hinterlassen, aus dem hervorging, daß sie Frieda Herrmann heißt und bei einem Schläpfermeister in der Königgräber Straße in Stellung war. Das Mädchen hatte überall die besten Zeugnisse erhalten. Auch die letzte Dienstherrin, bei der es seit Monaten in Stellung war, war mit ihm sehr zufrieden, weil es sehr ordentlich und fleißig war. Das Mädchen war jedoch seit längerer Zeit sehr nervös und klagte öfter über mißliche Verhältnisse in der Heimat. Es scheint, daß diese es in den Tod getrieben haben. Bestimmtes läßt sich allerdings darüber nicht sagen.

Zwei Stunden später fand und landete man nicht weit entfernt vor dem Grundstück Gütlicher Straße 107 die Leiche des 25 Jahre alten Dienstmädchens Helene Kuhnert, das in der Belgier Straße in Schöneberg in Stellung war. Ueberraschenderweise sollen der Grund zu dem Selbstmord sein.

Die Armenküchen

wurden nächsten wieder eröffnet werden. Im vorigen Winter nahmen sie ihren Betrieb am 9. Dezember auf und schlossen ihn am 15. März, so daß sich 97 Betriebstage ergaben. Die Inanspruchnahme der Armenküchen hat sich in den letzten beiden Jahren beträchtlich gesteigert, ganz besonders in 1912/13. Verteilt wurden im Winter 1910/11 an 98 Tagen 309 867 Portionen, im Winter 1911/12 an 98 Tagen 447 500 Portionen, im Winter 1912/13 an 97 Tagen 521 325 Portionen; in zwei Jahren hat also die Portionenanzahl sich um reichlich 30 Proz. erhöht. Die Durchschnittszahl der ausgegebenen Portionen pro Betriebstag war diesmal 5374, gegenüber 4661 im letzten und 4080 im vorletzten Winter. Die Höchstzahl wurde festgesetzt im Winter 1912/13 am 20. Februar mit 7242 Portionen. Der neueste Verwaltungsbericht der Armenverwaltung sagt über diese bedeutende Steigerung der Nachfrage nach den Suppen der Armenküchen, sie erklärte sich offenbar aus der „auf immer weitere Schichten der Bevölkerung sich erstreckenden Arbeitslosigkeit“. Von allen 16 Armenküchen hatte den größten Umsatz, wie im Vorjahr, die im Osten der Stadt liegende Küche in der Langen Straße, diesmal mit 53 118 Portionen. Am geringsten blieb der Umsatz wieder bei der im Süden liegenden Küche in der Rosigstraße, die es auf 17 856 Portionen brachte. Die Kosten der Armenküchen stiegen auf 83 000 M., doch konnte die Armenverwaltung aus den ihr durch den Etat zur Verfügung gestellten Mitteln nur 53 900 M. decken. Die Armenprüfungsanstalt selber mußte den fehlenden Betrag aus den Einnahmen decken, die sie alljährlich aus milden Spenden hat.

Die Mehrung der Arbeitslosen

beeinträchtigt die Mitgliederzahl der Krankenkassen. In Berlin und Vororten hat sich das in diesem Herbst ungewöhnlich stark bemerkbar gemacht. Zu Anfang Oktober 1913 stellte sich in Berlin der Mitgliederbestand der Dis-, Betriebs- und Innungs-Krankenkassen auf 804 326 Verpflichtete (davon 491 213 männlich, 313 113 weiblich), 66 933 Freiwillige (davon 19 424 männlich, 47 509 weiblich), zusammen 871 259 Mitglieder (davon 510 637 männlich, 360 622 weiblich). Gegenüber dem Oktoberanfang von 1912 hat die Zahl der Verpflichteten sich um 13 420 verringert (männlich um 10 627, weiblich um 2793), die der Freiwilligen sich um 3945 gemehrt (männliche um 719, weibliche um 3226), die Gesamtzahl sich um 9475 verringert (männliche um 9908 verringert, weibliche um 433 gemehrt). In dieser Abwärtsbewegung kommt der Mangel an Beschäftigung in Berlin sehr deutlich zum Ausdruck. Auch wenn man Berlin mit den nächsten Vororten zusammenfaßt, ergibt sich kein günstigeres Bild. Für dieses Gebiet stellte sich zu Anfang Oktober 1913 der Mitgliederbestand auf 961 844 Verpflichtete (594 674 männlich, 367 170 weiblich), 83 777 Freiwillige (23 088 männlich, 60 789 weiblich), zusammen 1 045 621 Mitglieder (617 712 männlich, 427 909 weiblich). Gegenüber demselben Zeitpunkt des vorigen Jahres sehen wir bei den Verpflichteten um 13 650 weniger (13 816 männliche weniger, 166 weibliche mehr), bei den Freiwilligen um 4799 mehr (961 männliche mehr, 3838 weibliche mehr), bei der Gesamtzahl um 8851 weniger (12 855 männliche weniger, 4004 weibliche mehr). Das sind Zahlen, die zu denken geben!

Größe Unwahrheiten der „Post“. Der Sekretär des Komitees „Konfessionlos“, Otto Lehmann-Rußhöldt, bittet uns um Aufnahme nachstehender Aufsätze:

Die „Post“ hat in ihrer Nummer vom 21. November unter der Ueberschrift „Die falschen Apostel“ einen Bericht über eine der 12 Berliner Kirchenaustrittsversammlungen vom 20. November gebracht, der auszugeweiht durch eine große Reihe anderer Zeitungen gegangen ist, dem aber, da er große tatsächliche Unwahrheiten enthält, widersprochen werden muß. Ich bin in der Lage, über die Vorgänge in der Versammlung zu sprechen, da ich selbst mit Herrn Dr. Hoffe in jener Versammlung sprach. Als Zeugen für meine gegenteiligen Feststellungen beziehe ich mich außer auf Herrn Dr. Hoffe auf die Herren Schöneberger Stadtverordneten Bäumer und Hoffmann und auf Herrn Rentier Manoffe aus Friedenau. Ich stelle fest: Es ist un wahr, daß in der Versammlung die beiden Pfarrer Herren Le Seur aus Lichterfelde und Herr H. Hader von der Lutherkirche in Berlin mit den genannten Schimpfwörtern bedacht worden sind. Herr Le Seur verließ sich durch die richtige und würdige Art, mit der er sprach, sofort die Aufmerksamkeit der Versammlung. Da er aber über zehn Minuten sprach (in der Diskussion sollten nur Gegner zu Worte kommen mit zehn Minuten Redezeit), so wurde die Versammlung unruhig, gewöhnete ihm mehrmals einige Minuten über die Redezeit hinaus, gestattete ihm aber immer noch einen Schlusssatz, in dem Herr Le Seur sagte, die Leute sollten aus einer Ueberlegung heraus und nicht aus der Stimmung des Abends handeln. Herr Pfarrer Hader begann seine Rede ganz im Gegensatz zu seinem Kollegen höchst protokoliarisch, indem er erzählte, ihm wäre im Hintergrund des Saales, als er noch unter den Zuschauern saß, auf seine Zweigespräche hin gelangt worden, er wäre wohl ein Agostier. Hierbei fiel der im Artikel der „Post“ zitierte Zwischenruf: „Du siehst Du aus“. Weiter erzählte Herr Hader, ihm wären beschimpfende Reuerungen an den Kopf geworfen, als er sich

dann als Warrer bekannt hätte. Darauf kam Herr Häcker mit einer für fatalistische oder spanische Analphabeten berechneten Geschichte: In Paris soll einmal das schwere goldene Kreuz einer Kirche bei einer Reparaturarbeit nicht wegbringen können sein. Daraus folgerte Herr Häcker die Ewigkeit des Christentums. Darauf erfolgte der Herr aus dem Publikum: Gätten Sie doch einen Schloffer aus Schöneberg geholt! Das sind die Tatsachen. Wenn die „Post“ aus solchen Vorgängen ein solches Maß von Rohheit und eine solche Verumptheit der Gesinnung ableitet, daß sie es nicht für möglich gehalten hätte, so richten sich solche Worte selbst. Ein Exemplar dieser Erklärung geht der „Post“ selbst zu mit dem Hinweis auf die Worte Friedrichs des Großen, die er nach der Schlacht bei Zorndorf angesichts der gefangenen Kosaken und Woschiren ausrief.

Die Verwaltungsklage des Berliner Magistrats gegen den Oberbürgermeister zurückgezogen.

Im Frühjahr d. J. erregte es einiges Aufsehen, als vom Berliner Magistrat mitgeteilt wurde, daß er gegen seinen Oberbürgermeister ein Verwaltungsstreitverfahren eingeleitet habe, um festzustellen, ob dem Magistrat das Recht zur selbständigen Entlassung von Gehilfen, ehemals gemeingefährlichen Geisteskranken zustehe. (Die städtische Irrendeputation hatte als Organ des Magistrats einen ehemaligen gemeingefährlichen Geisteskranken namens Schulz, der nach dem Gutachten der Anstaltsärzte als geheilt zu betrachten war, entlassen. Die Verwaltung teilte dies auf dem vorgeschriebenen Wege dem Polizeipräsidenten mit. Dieser widersprach aber der Entlassung des Patienten und als die Stadt Bekwärdere beim Oberpräsidenten einlegte, trat dieser der Entscheidung des Polizeipräsidenten bei. Trotzdem beschloß der Magistrat, den Patienten zu entlassen, und daraufhin wies der Oberpräsident gemäß der Städteordnung den Oberbürgermeister an, den Beschluß des Magistrats zu beanstanden. Um die Rechtslage zu klären, legte der Magistrat beim Oberverwaltungsgericht Klage ein; sie richtete sich zwar formell gegen den Oberbürgermeister, in sachlicher Beziehung aber gegen den Oberpräsidenten. Im Mai dieses Jahres stand bereits Termin zur Verhandlung vor dem Oberverwaltungsgericht an; der Termin wurde aber verlagert. Jetzt hat, wie wir hören, der Berliner Magistrat die Klage gegen den Oberbürgermeister mit Rücksicht auf das von der Regierung angekündigte Gesetz zur Regelung der Irrenfürsorge und der Unterbringung gemeingefährlicher Geisteskranker fallen gelassen. In dieser Frage hat sich der Magistrat auch mit einer eingehenden Petition an den Landtag gewendet, und die Kommission für das Gemeinwesen hat, wie seinerzeit berichtet, beschlossen, die Eingabe der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Zehnstündige Sonntagsarbeit vor dem Weihnachtsfeste.

Der Polizeipräsident hat angeordnet, daß an den beiden Sonntagen vor Weihnachten die offenen Verkaufsstellen von 8—10 und von 12 bis abends 8 Uhr geöffnet sein können. Diese Verordnung hat in weiten Kreisen Befremden und Verwunderung hervorgerufen. Eine zehnstündige Arbeitszeit im Handelsgewerbe an Sonntagen ist ein unerhörtes Vorkommis. Es nötigt die schon in der Woche über die Nagen angespannten Angestellten auch noch Sonntags zehn Stunden zu fronden. Auch Ladeninhaber, die gegen diese lange Arbeitszeit sind, müssen aus Konkurrenzrücksichten ihre Läden zehn Stunden offen halten. Ein Bedürfnis für eine solche lange Ladenzeit an den beiden Sonntagen vor Weihnachten liegt nicht vor. Selbst wenn man zugeben will, daß an diesen beiden Sonntagen eine längere Verkaufszeit im Interesse des einlaufenden Publikums gerechtfertigt wäre, muß entschieden betont werden gegen die Dauer der vom Polizeipräsidenten beliebigen Ausnahmebestimmung. In den früheren Jahren war die Verkaufszeit bis 6 bzw. 7 Uhr abends festgesetzt, es stellte sich heraus, daß auch diese Zeit viel zu lang war. Man war im Polizeipräsidentium sogar geneigt, vor 2 Jahren die Verkaufszeit am Sonntagheiligabend nur bis 4 Uhr nachmittags zu gewähren. Da seither aber bestimmte Interessentengruppen (Detailistenvereinigungen) mit ihrer Agitation ein und im Polizeipräsidentium beugte man sich: Das Offenhalten der Verkaufsstellen wurde bis 6 Uhr gestattet. Es ist erwiesen, daß der Verkauf in den letzten beiden Stunden recht minimal war, nur einige wenige Geschäfte machten in diesen Stunden noch Verkäufe. Die große Mehrzahl der Läden blieb leer und brachte für die Ladeninhaber nur vermehrte Spesen.

Den Ladenschluß aber gar auf 8 Uhr abends festzusetzen, ist schon ganz und gar nicht zu rechtfertigen. Weder liegt er im Interesse des laufenden Publikums, noch im Interesse der Handelsgewerbetreibenden. Eine außerordentliche Härte bedeutet die Bestimmung, von 8—10 Uhr vormittags die Läden offen zu halten. Diese Bestimmung raubt den Angestellten den ganzen Vormittag. Sie ist um so mehr zu verurteilen, wenn man bedenkt, daß die Angestellten von ihren Anstrengungen des vorhergehenden besonders schweren Tages sich noch nicht erholt haben. Dazu kommt, daß sie dem geltenden Ortsstatut widerspricht. Die neue Verordnung des Polizeipräsidenten zeugt von einer großen Verständnislosigkeit für die Bedürfnisse der Käufer und für die soziale Lage der Angestellten und sollte so schnell wie möglich geändert werden.

Der Frauenmord in Neukölln.

Der Mörder der verstorbenen Frau Alara Kerger aus der Hermannstraße 149 in Neukölln, der 31 Jahre alte, aus Wratowa stammende Werkzeugmacher Joseph Slegel, der nach dem Morde, wie gestern berichtet, Selbstmord verübte, hat erst seit sechs Wochen bei der Witwe gewohnt. Er verfolgte die Frau von Anfang an mit Liebesanträgen, wurde aber stets abgewiesen. Aus Kerger hierüber dürfte Slegel die Tat verübt haben. Die beiden Leichen wurden einweilen in der Wohnung der Frau Kerger gelassen, bis die Gerichtskommission eine Vernehmung des Tatortbesizers vorgenommen hat. Als Nordwerkzeug hat Slegel ein kleines Küchenbeil benützt und sich dann mit einem Rasiermesser die Pulsadern und den Hals durchschnitten.

Die Ausstellung empfehlenswerter Jugendschriften im Gewerkschaftshause ist heute von 4—8 Uhr geöffnet.

Der Magistrat der Stadt Berlin hat keine Vorlage, über die Regelung und Aenderung der Versicherung der im Wege des Privatdienstvertrages beschäftigten städtischen Angestellten, zurückgezogen. Die Wasserbaukommission wählte heute unter dem Vorsitz des Stadtrats Böhmig die Ärzte Dr. Mendelssohn und Dr. Kamnitzer zu Vertretern für die städtischen Fürsorgestellen.

Mit der Luftbarkeitssteuer wird sich die Stadterordnetenversammlung am Donnerstag auf Grund eines sozialdemokratischen Antrages befassen.

Feuer in der Lehter Mühle. In der letzten Nacht wurde die Feuerwehrr nach dem fatalistischen Grundriss Paulstrahe 20 in Noobit gerufen, wo in der Lehter Mühle (Inhaber E. Pump) ein größeres Feuer ausgebrochen war. Es brannte der Dachstuhl eines zweistöckigen Gebäudes, in dem sich die Mühle befindet. Brandmeister Steiner ließ sofort mit zwei Rohren eingreifen, um das Feuer von den unteren Etagen fernzuhalten. Durch kräftiges Wassergeben gelang es auch, den Brand auf den Dachstuhl zu beschränken. Ein Teil der Maschinen und Transmissionsen wurde aber mit zerstört, so daß der Schaden beträchtlich ist. Die Ursache des Feuers konnte nicht ermittelt werden. — Außerdem hatte die Feuerwehrr noch unter den Linden 21 zu tun, wo Tapeten, Papier und Wäsche feuer gefangen hatten.

Verloren wurde am Sonntag, den 23. November, in der Görtiger Bahn bis zum Krematorium Baumhuldenweg eine goldene Damenuhr. Abgegeben bei Winkelmann, Rantewallstr. 122 1/2.

Auf dem Wege von der Wühlischstr. 41 bis Klimenthalstr. 3 find am Sonnabend, den 22. 11., zwischen 6—7 Uhr abends 27 Beitragsmarken a 70 Pf. (Maschinen und Geizer) verloren gegangen. Abgegeben bei Paul Kerenz, Richtenberg, Wühlischstr. 41, Seitenflügel IV.

Vorort-Nachrichten.

Ober-Schöne-weide als Armenkolonie Wilmerdorfs?

Eine fast ungläubliche Mitteilung wurde nach dem Ober-Schöne-weider Tageblatt in der letzten Versammlung des dortigen Grundbesitzervereins gemacht. Den Anlaß hierzu gab ein Familien-drama, das sich am vergangenen Sonnabend auf der Stubenrauch-Brücke ereignete. Ein Familienvater ging aus Hungersnot mit seinem Sohne in die Spree, wobei letzterer erkrankt. Ueber diesen traurigen Vorgang sprach in genanntem Verein ein Herr Hertwig seine Verwunderung aus, daß so etwas möglich sei, ohne daß die Armenbehörde rechtzeitig eingeschritten sei. Wie Herr Schöffe Kabecky und Herr Bürgermeister Berthold mitteilten, ist der Bedauernswerte gar nicht wegen Hilfe bei der Ober-Schöne-weider Behörde vorstellig geworden. Es habe sich auch nicht um einen Ober-Schöne-weider gehandelt, sondern der Mann sei erst vor wenigen Stunden mit seiner Familie aus Wilmerdorf zugewandert, er habe jedoch seine Pfiere nicht bezahlen können und infolge dessen habe ihn der Verwalter nicht in die von ihm gemietete Wohnung hineinfließen wollen. In ein eigentümliches Licht wurde die Angelegenheit durch die Mitteilung des Herrn Kupfer gerückt, wonach Ober-Schöne-weide von den westlichen Vororten als Armenkolonie benutzt wird. Die westlichen Vororte gingen darauf aus, arme und unterstützungsbedürftige Familien möglichst nach Ober-Schöne-weide abzuschieben. So habe in einem Falle die Stadt Wilmerdorf einer Frau 30 Mark gegeben unter der Bedingung, daß sie nach Ober-Schöne-weide ziehe (!!!).

Obwohl wir von Wilmerdorf so manches gewöhnt sind, halten wir diese Mitteilung fast für ungläublich und die Wilmerdorfer Gemeindeverwaltung wird nicht umhin können, sich hierzu zu äußern.

Ueber einen die Praxis der Armenverwaltung Wilmerdorfs so recht kennzeichnenden Beschluß wurde gestern folgendes berichtet:

Zum Zwecke der Feststellung, ob bei unterstützungsuchenden Personen etwa Arbeitstagen vorliegt, hat die Armendeputation der Stadt Wilmerdorf in ihrer letzten Sitzung beschlossen, solche Unterstützungsantragsteller, bei denen dieser Verdacht besteht, probeweise städtischen Betrieben zu überweisen, damit sie dort unter Aufsicht geeignete Arbeiten ausführen können.

Für diese Arbeit erhalten sie von der Armendeputation einen Lohn, der sich allerdings nicht nach dem Werte der geleisteten Arbeit, sondern nach dem Grade der Hilfsbedürftigkeit richtet und als Unterstützung gewährt wird. Zur Übernahme derartiger Arbeiter haben sich die Betriebe der Lagerplatzverwaltung, der Straßenreinigung und der Friedhofsverwaltung in bestimmten Grenzen widersprüchlich bereit erklärt. Die Ausführung dieses Beschlusses liegt den Armenkommissionen ob. Ausgeschlossen ist diese Unterstützung bei arbeitsunfähigen oder solchen Personen, die wegen Krankheit, hohen Alters oder Gebrechens keine Beschäftigung finden, ebenso bei Personen, die trotz ernsthaften Bemühens wegen der zurzeit bestehenden Arbeitslosigkeit nicht in der Lage sind, ausreichende Mittel zur Vorsehung des notwendigen Lebensunterhalts zu erwerben. Hier wird vielmehr die öffentliche Armenpflege nach wie vor durch Gewährung der üblichen Unterstützungen eingreifen.

In der Wilmerdorfer Armenverwaltung scheint gegenwärtig der Geist der agrarischen „Deutschen Tageszeitung“ umzugehen, die in jedem Arbeitslosen und unverschuldet in Not geratenen Bürger einen Arbeitshelden erblickt. Wenn die Wilmerdorfer Gemeindeverwaltung ihren um Armenunterstützung nachsuchenden, wie den arbeitslosen Bürgern Arbeit verschafft, so kann das nur begrüßt werden. Einer Gemeindeverwaltung unwürdig aber ist es, jene vom Tische des Lebens gestohlenen und ausgehungerten Menschen in den städtischen Betrieben mit Bettelgroschen abzuspeisen. Denn was soll es anders heißen, wenn die betreffenden Arbeiter für die geleistete Arbeit von der Armendeputation einen Lohn erhalten sollen, der sich nicht nach dem Werte der geleisteten Arbeit, sondern nach dem „Grade der Hilfsbedürftigkeit“ richtet und als Unterstützung gewährt wird.

Eine solche Praxis eröffnet überdies der Lohnrückerlei und der Profitkossmachung der in den städtischen Betrieben beschäftigten ständigen Arbeiter die traurigsten Perspektiven.

Charlottenburg.

Ueber die Tätigkeit der Charlottenburger Schularzte im Jahre 1912

hat der Stadtrat Dr. Wittstein im Novemberheft der Nachrichten der Charlottenburger Armenverwaltung 1913 berichtet. Der Bericht erklärt einseitig, daß die eingeforderten Jahresberichte der Schularzte nicht in die harte Form eines statistischen Fragebogens eingezwängt werden können, daß vielmehr subjektive Äußerungen über die Wahrnehmungen der einzelnen Ärzte zugelassen werden sollen. Aber nach solchen Einzelberichten sieht man sich in dem ganzen Bericht vergeblich um; er klassifiziert aber zunächst selbst die Gesamtzahl der im Berichtsjahr neu aufgenommenen Anaben und Mädchen in vier Gesundheitsklassen und berechnet, wieviel von je 100 Anaben und 100 Mädchen in jede dieser vier Klassen gehören. Ebenso ermittelt er, wieviel Anaben und wieviel Mädchen von je 100 von den einzelnen Krankheiten betroffen wurden. Daß bei einer in ihrem Einkommen, ihrer Wohn- und Lebensweise so außerordentlich verschiedenen Bevölkerung wie gerade die der einzelnen Stadtteile von Charlottenburg und die verschiedenartige Vertriebung der Lebensbedürfnisse auch sehr verschiedene Wirkungen in gesundheitlicher Hinsicht hat und haben muß, daß daher jede ermittelte Durchschnittszahl, wenn man nur einen Teil der Bevölkerung im Auge hat, oft sehr unzutreffend sein kann, wird nicht über-raschen. Nun kommen ja bei den Schularzberichten die meist-begüterten nicht in Betracht, da deren Kinder doch fast nie die Gemeindegemeinschaft besuchen. Aber es sind noch genügend sozial-ber-schieden Situierte auch unter all denen, deren Kinder die Gemeindegemeinschaft besuchen, daß die im allgemeinen ermittelten Zahlen für die einzelne Schule zu günstig oder zu ungünstig lauten können. In schulärztliche Überwachung wurden von den Anaben 35,6 Proz. und von den Mädchen 30,8 Proz. genommen.

Was den gesundheitlichen Zustand der Schulgebäude betrifft, so ist es erfreulich, daß endlich der Staubbefämpfung nicht nur in den Schulzimmern, sondern auch in den Korridoren, Treppen, Fluren usw. mehr Aufmerksamkeit gewidmet wird und man zur Einrichtung von Pulvisventilatoren geschritten ist. Auch der Verbesserung der Einrichtungen zum Händewaschen der Kinder wurde besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Ferner wurden die Säue für Verabreichung von frischem und Mittagessen an bedürftige Schulkinder etwas erhöht, da die Zahl der als bedürftig gemeldeten Kinder dies notwendig machte. Aber die Zahl der als bedürftig gemeldeten Kinder ist noch weiter beträchtlich gestiegen, so daß sich eine weitere Erhöhung der Säue im Plenum nötig machen wird.

Die Zahl der im Jahre 1912 aus den in den ärmeren Stadt-teilen befindlichen Schulen für die Waldschule und die ortho-pädischen Turnkurse aufgenommenen Kinder war viel zu klein und entsprach nach dem Urteil der Schularzte bei weitem nicht

dem Bedürfnis. Hier sollte doch das wirkliche Bedürfnis mehr beachtet werden und nicht nur die Zahl der vorhandenen Schüler.

Als sehr nützlich hat sich die jetzt seit sieben Semestern bestehende Einrichtung der Schulschwester erwiesen. Nicht nur, daß sie die Mütter in den Wohnungen auf leicht zu besetzende Hebestände aufmerksam machen und ihnen bei der Beseitigung behilflich sind. Sie bringen den Frauen oft erst die Nützlichkeit von hygienisch notwendigen Maßregeln zum Verständnis, z. B. die Wichtigkeit der Ermittlung von Bazillenträgern zur Verhütung der weiteren Verbreitung von Infektionskrankheiten und die dazu oft nötige ärztliche Untersuchung aller Personen einer Familie oder Schule.

Die meiste Schwierigkeit haben die Schulschwester bei den Eltern der in die Hilfschule neu aufgenommenen Kinder; im Jahre 1912 waren es 150. Davon erwiesen sich mehr als 1/2 als Skrophulose, 1/3 zeigten Störungen an Mund und Nase, die Hälfte war blutarm und 1/2 war rachitisch, 91 wurden zur Heberwagung geschrieben. Neben den für diese Gruppe eigentümlichen Ent-artungszuständen finden sich bei ihnen alle für das Schulkinder-alter charakteristischen Krankheiten häufiger als bei anderen Kin-dern. Die Schulschwester sehen hier die Notwendigkeit besonders sorgfältiger Behandlung, aber die Indolenz der Eltern behindern dabei die Schulschwester so sehr, daß einige Kinder der Anstalts-pflege zugeführt werden mußten.

Sehr nützlich erwies sich die Mitwirkung der Schularzte bei der Berufswahl, indem es ihnen gelang, schwächliche, mit Lungenleiden und Herzfehlern behaftete Kinder von der Ergrzeigung eines Berufes abzuhalten, dem sie nicht gewachsen waren. Zahn-fronke, schwerhörige, bruchranke Kinder, ebenso wie Hals-, Nasen- und Ohrenleidende wurden von den Schulschwester möglichst bald der Behandlung durch Spezialärzte zugeführt.

Eisbahnen auf städtischen Spielplätzen. Bei Eintritt des Frostes werden auf den städtischen Spielplätzen an der Goethe-, Niebuhr- und Sophie-Charlotten-Straße Eisbahnen eingerichtet werden, deren Besuch für Gemeindegemeinschaften sowie Freischüler und -Schülerinnen der höheren Lehranstalten kostenfrei ist.

Stralau.

Aus der Gemeindevertretung. Zunächst kam die Abnahme der Schlußrechnung über den Schulneubau zur Verhandlung. Die Kosten sind um 6733,97 M. gegenüber dem Voranschlag überschritten worden. Allerdings sind in den Mehrausgaben etwa 1835 M. Reparaturkosten im alten Schulgebäude enthalten. Immerhin zeigte sich, daß der Voranschlag äußerst mangelhaft aufgestellt worden war; denn die Mehrkosten bezogen sich durchweg auf Arbeiten, die für den Erweiterungsbau als ganz selbstverständlich ange-sehen werden mußten.

Da nun die Anleihe von 50 000 M. nicht langt, so schlug der Gemeindevorstand vor, den vorhandenen Schulbaufonds im Betrage von rund 3000 M. mit heranzuziehen und den dann noch verbleibenden Fehlbetrag von über 800 M. auf Titel 4b des Etats zu übernehmen. Diesem Vorschlage wurde zugestimmt.

Bemerkte sei noch, daß wegen der erheblichen Ueberschreitung des Voranschlages verschiedene andere notwendige Einrichtungen (wie Brausebad usw.) bis auf später zurückgestellt werden mußten.

Dann hatte die Aufsichtsbekörde beantragt, die Gemeinde möge auf ihre Kosten eine Meldestelle für die zu errichtende Ortskrankenkasse des Kreises Niederbarnim einrichten. Dieser Antrag wurde abgelehnt und der Wunsch ausgesprochen, daß eine Zahlstelle für den Ort errichtet werden möge, die dem bisherigen Vorstand der Gemeindegemeinschaft übertragen werden könne.

Wegen der Vermehrung der Klassenzimmer in der Volksschule haben sich auch die Reinigungsarbeiten vergrößert. Das Grund-gehalt des Schuldieners, der die Reinigung mit zu befragen hat, beträgt neben freier Feuerung und Wohnung 1850 M. pro Jahr. Beschlossen wurde, statt früher 80 M. jetzt 45 M. pro Klassenzimmer und Jahr zu zahlen. Vorhanden sind 17 Klassenzimmer, so daß der Schuldiener ab 1. Oktober dieses Jahres ein Gehalt von 2115 Mark bezieht.

Am Schluß gab der Gemeindevorsteher noch eine Reihe ge-schäftlicher Mitteilungen. Nach Aeußerung der Eisenbahnbehörde sei beabsichtigt, den Bahnhof Stralau-Rummelsburg in Berlin-Lichten-berg umzuräumen. Was die Lummelangelegenheit anbelangt, so will der Eisenbahndirektor nur die Straßenführung unter dem Tunnel verbreitern lassen. Mit der Stadt Berlin sind Verhandlungen ein-geleitet wegen eines Vertrages zu den durch die Straßenverbreiterung entstehenden Kosten. Da die Gemeinde auf die von Berlin ge-forderten Gegenleistungen nicht eingehen kann, so sind die Verhand-lungen noch in der Schwebel.

Potsdam.

Zum Rathauswettbewerb waren 151 Entwürfe eingereicht worden. Der erste Preis mit 8000 M. wurde dem Entwurf des Architekten Landberg in Berlin zuerkannt. Den zweiten Preis mit 5000 M. erhielt der Entwurf der Regierungsbaumeister Schuster und George in Dablen und den dritten Preis mit 3000 M. der Entwurf der Regierungsbaumeister Dr. Krüger und Robert Liebenthal in Berlin. Einen zweiten dritten Preis von 3000 M. erhielt noch Prof. Möhring für seinen Entwurf. Drei weitere Entwürfe wurden mit je 1000 M. angekauft. Die Entwürfe sollen für die Einwohnerschaft zur Besichtigung 14 Tage lang in der Turnhalle in der Kur-fürstenstraße ausgestellt werden.

Das Werner-Alfred-Bad in der Kaiser-Wilhelm-Straße soll nun-mehr am 15. Dezember in Betrieb genommen werden. Das Bad ist besanlich von der Witwe Frau Warrer Dr. Wittscher zum An-denken an ihren beim Flugport verunglückten Sohn gestiftet worden.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

Brandmühle. Donnerstag, den 27. d. M., abends 5 Uhr, im Ge-meindegemeinschaftsbureau.

Mariendorf. Donnerstag, den 27. November, nachmittags 5 Uhr, im Rathaus, Kaiserstraße.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist be-rechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Eingegangene Druckchriften.

Geschichte der deutschen Dichtung. Von G. Röhl. Geb. 2,50 M. B. G. Teubner, Leipzig.

Malerkalender 1914. Herausgegeben vom Vorstand des Ver-bandes der Maler, Lackierer, Antiquare, Linder und Weisbinder Deutsch-lands. Im Buchhandel 1,50 M. Selbstverlag des Verbandes.

Wirtschaftswissenschaftliche Zeitschrift und Streitfragen. Bd. 1. Heft 2. Jährlich 12 Hefte zu je 50 Pf. Verlag: Charlottenburg, Sigelstr. 40.

Van Jadenbrand und Desertant. Von T. Dicks. (Caldoborn). 4 Bd.) Geb. 30 Pf. A. Janssen, Hamburg.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Wasserstände, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am		Wasserstand	am	
	24. 11.	23. 11.		24. 11.	23. 11.
Meusel, Mühl	340	-13	Saale, Großhau	108	-4
Wegeli, Ankerburg	113	-7	Saale, Gochau	50	-
Wegeli, Thorn	192	0	Saale, Rathenow	3	+2
Ober, Rathor	185	-11	Spree, Spremberg	78	-4
Ober, Profen	182	+6	Spree, Bestow	85	0
Ober, Profen	166	0	Weser, Bünden	198	-32
Weser, Schirmitz	112	0	Weser, Bünden	316	-16
Weser, Landsberg	58	+1	Weser, Bünden	442	-23
Weser, Borsdamm	10	-6	Weser, Bünden	308	-29
Weser, Reimert	3	-13	Weser, Bünden	370	-26
Weser, Dresden	-114	-14	Weser, Bünden	137	-8
Weser, Borsdamm	137	+16	Weser, Bünden	224	-17
Weser, Ragdeburg	105	+15	Weser, Bünden	146	-19

) + bedeutet Staß, - Zoll, -) Unterpegel.

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“

Berlin C. M. Bahnsch. Nr. 174.
 W. G. Schmidt, Kirchbachstr. 14.
 O. N. Hadelbach, Petersburger Platz 4. Gustav Vogel, Köpenicker Str. 82. H. Wengels, Gr. Frankfurter Str. 120.
 NO. 2. Juch, Jannusellstr. 12. J. Reul, Bismarckstr. 42.
 N. H. Wolgast, Wallstr. 9. G. Fischer, Böttcherstr. 6.
 Karl Ward, Grefenbühner Str. 22. J. Hönisch, Müllerstr. 134.
 S. Vogel, Lortzingstr. 37. A. Tien, Jussowstr. 21a.
 NW. Salomon Joseph, Wilhelmshagen Str. 48.
 SW. S. Werner, Gieselerstr. 72. Tschu, Vogelberger Str. 27.
 S. Zi. Preis, Brinzenstr. 31. S. Schmann, Kottbuser Damm 8.
 SO. Paul Böhm, Lauffer Platz 14/15. P. Dorich, Engelauer 15.
 Adlershof. Karl Schwarzsche, Bismarckstr. 50.
 Baumschulenweg. S. Gernig, Marienbaderstr. 13, I.
 Borsigwalde. Paul Kienast, Hauptstr. 10.
 Charlottenburg. Gustav Scharnberg, Selenheimer Str. 1.
 Friedrichshagen. Ernst Wertmann, Köpenicker Str. 18.
 Grunow. Franz Klein, Friedrichstr. 10.
 Johannisthal. Max Gonschur, Parkstr. 6.
 Karlshorst. Richard Rüter, Köpenicker Str. 9, II.
 Köpenick. Emil Wöhler, Kiepertstr. 6, Laden.
 Lichtenberg. Otto Seifert, Bartenbergstr. 1.
 Nieder-Schöneweide. Will. Harub, Bräudenstr. 10.
 Nowawes. Wilhelm Jappe, Luthertstr. 2.
 Ober-Schöneweide. Alfred Bader, Wilhelmshagenstr. 17, Laden.
 Pankow. Otto Rißmann, Mühlentstr. 30.
 Reinickendorf. P. Gursch, Brodingstr. 56, Laden.
 Neukölln. M. Heinrich, Redarstr. 2. Conrad, Hermannstr. 50.
 C. Rohr, Eiegriedstr. 28/29.
 Rummelsburg. H. Rosentanz, Alt-Borsigweg 56.
 Schöneberg. Wilhelm Bäumer, Martin-Luther-Str. 69 im Laden.
 Spandau. Köppen, Breitenstr. 64.
 Steglitz. S. Berner, Uferstr. 5.
 Tempelhof. Joh. Krohn, Dorffstr. 62.
 Treptow. Robert Gramenz, Kiehlhofstr. 412, Laden.
 Weißensee. Fuhrmann, Sedanstr. 105. Schiller, Berliner Allee 253.
 Wilmersdorf. Paul Schubert, Wilhelmstr. 27.

Garbáty

Cigaretten

Qualität

Patentanwalt Prillwitz
Berlin N.W. 21, Thurmstraße 34.

Los nur 50 Pf Ziehung: 16. Dezember.

Berliner Lotterie

45000
10000
5000

11 Lose à 5 M.
Lose 50 Pf. zahlend. Tausend. 5 M.
Porto und Liste 30 Pf. extra.

H. C. Kröger

BERLIN W8, Friedrichstr. 193a.

Erhältlich auch in allen durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen.

Theater und Vergnügungen

Mittwoch, 26. November.
 Anfang 8 1/2 Uhr.
Berliner. Ein Volksfest.
 Anfang 4 Uhr.
Thalia. Aschenbrödel.
 Anfang 6 Uhr.
Eines Volaks am Zoo. Varieté- Lichtspiele.
 Anfang 6 1/2 Uhr.
Eines Kollendorfer-Theater. Varieté- Lichtspiele.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
Rgl. Cyrenhaus. Sinfoniekonzert.
Rgl. Schauspielhaus. Hans Lange.
Deutsches. Ein Sommernachts- traum.
Reifna. Per Gunt.
Zirkus Busch. Galavorstellung.
Zirkus Schumann. Galavorstellung.
 Anfang 8 Uhr.
Urania. Prof. Dr. Hesse: Geschmack und Geruch bei den Tieren.
 -Hörspiel 8 Uhr: Dr. W. Berndt: Darwins Nachfolger und Anhänger.
Kammerpiele. Der verlorene Sohn.
Königsgräber Straße. Die Kron- braut.
Theater am Kollendorferplatz. Der Mikado.
Theater des Westens. Polenblut.
Deutsches Künstler-Theater. Hanneles Himmelfahrt. Der zerbrochene Krug.
Deutsches Cyrenhaus. Die Säbin.
Deutsches Schauspielhaus. Die heitere Reifens.
Thalia. Die Langsprinzelin.
Komödienhaus. Hinter Mauern.
Montis Operetten. Die ideale Gattin.
Schiller O. Rosenmontag. Jugend- freunde.
Schiller Charlottenburg. Jugend- freunde.
Reifens. Hohheit — der Franz.
Metropol. Die Reise um die Erde in 40 Tagen.
Kaffee. Ferdinand der Jugend- hofe.
Kleines. Belinde.
Lustspielhaus. Die spanische Fliege.
Trianon. Seine Geliebte.
Herrnfeld. Was jagen Sie zu Verlobung?
Reichshallen. Stettiner Säng.
Wintergarten. Spezialitäten.
Eines Apollo-Theater. Varieté- Lichtspiele.
Eines Friedrich-Wilhelmstadt. Die Kinokönigin.
 Anfang 8 1/2 Uhr.
Rose. Im weißen Rössl.
Paisen. Hopfenraths Erben.
Folies Caprice. Ritter Baldrian.
Waldhalla. Der Liebesonkel.
 Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Volkstheater. Der ledige Jof.
 Anfang 9 Uhr.
Admiralspalast. Die lustige Puppe.
Eines Kollendorfer-Theater. Varieté- Lichtspiele.
Sternwarte. Jussowstr. 57-59

Schiller-Theater O.
 (Wallner-Theater).
 Mittwoch, abends 8 Uhr:
Rosenmontag.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die goldene Ritterzeit.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Rosenmontag.

Schiller-Theater Charlottenburg.
 Mittwoch, abends 8 Uhr:
Jugendfreunde.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Am Tage des Gerichts.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Hagemanns Töchter.

Theater in der Königsgräber Straße
 8 Uhr:
Die Kronbraut.

Komödienhaus.
 8 Uhr: **Hinter Mauern.**

Berliner Theater.
 8 Uhr:
Wie einst im Mai.

Theater des Westens.
 8 Uhr: **Polenblut.**
 Sonntag, 4 U.: **Das tapf. Schneiderlein.**

Lessing-Theater.
 7 1/2 Uhr: **Peer Gynt.**
 Von Hfen. Ruff von Orlow.

Theater am Kollendorferplatz 5.
 Abends 8 Uhr: **Mikado.**
 Nachmittags 4 Uhr:
Frau Holle. Weihnachtskomödie.

Deutsches Künstlertheater
Sozialist.
 Nürnberger Straße 70/71, am Zoo.
 Kasse: Nollend. 1303.
 Mittwoch 8 Uhr:
Hanneles Himmelfahrt.
Der zerbrochene Krug.
 Donnerstag 8 Uhr: **Die Affäre.**

Residenz-Theater
 8 Uhr: **Hohheit — der Franz!**
 Musikalische Grotteske in 3 Akten von Arthur Landberger und Will. Wolf.
 Ruff von Robert Winterberg.
 Abends 8 Uhr: **Hohheit — der Franz!**

URANIA
 Taubenstraße 48/49.
 8 Uhr: Prof. Dr. Hesse:
Geschmack und Geruch bei den Tieren.
 Hörsaal 8 Uhr: Dr. W. Berndt:
Darwins Nachfolger und Anhänger.

Die CINES Theater

Palast am Zoo
 Täglich Anfang 8 Uhr.
 Sonntags, 8 Uhr: Matinee.
 Komplettes Programm grosser
Variété-Akte
 sowie unsere
 renommierten Lichtspiele
 Preise von 65 Pfennig an.

Nollendorf-Theater
Cleopatra
 Die Herrin des Nils
 Das Filmwunder der Welt
 wurde mit großem
 Beifall aufgenommen.
 Wochentags Anfang 8 u. 9 Uhr
 Sonntags 4, 6 1/2 und 9 Uhr.

Jugend-Vorstellung
 Mittwoch und Sonnabend 4 Uhr
 zu halben Preisen.

Germania-Prachtsäle
 N. Chausseestr. 110. K. Richter.
 Jeden Mittwoch:
Paul Mantheys lustige Sänger.
 Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.
 Nachdem **Freitanz.**
 -Bergungsarten gelten.-
 Jeden Donnerstag:
Großes Militär-Streich-Konzert
 aushl. Familienkränzchen.

Vereinigte Berliner Volksbühnen.
Luisen-Theater.
 8 1/2 Uhr:
Hopfenraths Erben.
 Bühnspiel mit Ges. u. Tanz in 5 Akten.
Waldhalla-Theater.
 Täglich 8 1/2 Uhr.
Der Liebesonkel.
 Völle mit Gesang u. Tanz in 3 Akten.

Metropol-Theater.
 Abends prägnant 7 1/2 Uhr 55:
Die Reise um die Erde in 40 Tagen.
Folies Caprice.
Ritter Baldrian
Das Adoptivkind
Die Mißgeburt
 Freitag, 28. November:
Premiere.

Passage-Panoptikum
50 wilde Kongoweiber
 Männer und Kinder
 in einem eigens auf-
 gebauten Kongodorfe
 in ihren Sitten u. Gebräuchen
 Und die anderen Attraktionen.
Die gr. Kino-Variété-Vorstellung
 von 5 (Sonntags 3) bis 11 Uhr.

ODEON

Vergnügungs-Palast
 der 10 000
 Potsdamer Str. 72 Hochbahn
 Südwatr.

Heute und folgende Tage:
Die Hölle im Odeon.
 Feenhafte Beleuchtung
 des Riesenraumes.
 Mephisto masque. — Großer
 Korso der Teufel u. Hexen.
 Höllen-Kabarett. Einzug in
 die Hölle. Prämierung der
 schönsten Teufelin!
Gebr. Niagara
 zu Pferde auf d. Drahtseil.
 Anf. 7 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf.

Zirkus Alb. Schumann.
 Heute Mittwoch, den 26. Nov.,
 abends 7 1/2 Uhr:
Große Elitenvorstellung.
 Neu! **5 dress. Seelöwen zu Pferde!**
 vorgeführt von MIB Marietta.
 Neu! **Mr. Ganjas** Neu!
Hunde-, Affen- und Katzen-
Dressur-Akt.
 Neu! **Les Stars** (3 Damen) Neu!
Original-Jongleur-Akt „Im Maxim“
 und weitere 10 Attraktionen.
 Um 9 1/2 Uhr:
Tango vor Gericht!
 Pantomimische Burleske
 in 3 Akten mit Gesang u. Tanz.

Casino-Theater
 Leipziger Str. 37. Täglich 8 Uhr.
 Der neue Saison-Bossen-Sänger
Ferdinand der Jugendhafte.
 Das droll. Stück seit Bestehen d. Theat.
 vorher das erste Spezialität-Programm.
 Sonntagnachm. 4 Uhr: **Wutterliebe.**

Trianon-Theater.
 Täglich abends 8 Uhr:
Seine Geliebte.
 Sonntagnachm. 3 U.: **Die Liebe wacht.**

UT

Lichtspiele

Weinbergsweg 16-17
 (2 Minuten
 v. Rosenthaler Tor)

Reinickendorfer
 Str. 14

Der Liebe Zaubermacht
 Romantische Erzählung.
 Kolorierter Film.
 Anfang 6 Uhr.

Moritzplatz
 Hasenheide

Die Waisen der Ansiedlung
 Eine Episode aus dem Westen.

Die Herzogin von Folies Bergères
 Lustspiel in 3 Akten.
 Anfang 6 Uhr.

Heute 4 Uhr
 in allen U.T. außer Friedrich-
 straße, Unter den Linden u.
 Reinickendorfer Straße

Jugend-Vorstellung.

Zirkus Busch.
 Heute Mittwoch, 26. November,
 abends 7 1/2 Uhr:
Pompeji.
 Die bisher größte und prachtvollste
 Ausstattungspanomime d. Zirkus
 Busch in 5 glänzenden Akten.
 Besonders hervorzuheben:
 Das Bachusfest — Das große
 Amphitheater. — Das pompej. Bad.
Der Ausbruch des Vesuv.
 Vorher: Das große Gala-Programm.
 Letzte Woche: Ruff der Reifens-
 assen Mar. Morris und Teddy
 aus U. Dagenbeds Tierpark.

Circus Barum-Schau

Heute Mittwoch,
 den 26. November,
 abends 8 1/2 Uhr:
Premiere
 in
Ober-Schöneweide
 Platz der Terraingesellschaft
 in der Edisonstraße
 mit grandlosem
Weltstadt-Programm
 Täglich abends 8 1/2 Uhr:
 32 Attraktionen.
 Der Zirkus ist gut geholt!

Berliner Prater-Theater
 Kastanien-Allee 7-9.
 Jeden Mittwoch:
Familien-Kabarett-Abend.
 Heute: Sensations-Programm.
 Anfang 8 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf.
 Nach der Vorstellung: **Freitanz.**

Voigt-Theater
 Badstraße 58.
 Mittwoch, den 26. November:
Der verlorene Sohn.
 Lebensbild mit Gesang in 3 Akten
 von Berg u. Jacobson.
 Aussenöffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Admiralspalast.
Eis-Arena. — Allabendlich
 das neue mit durchschlagendem
 Erfolg aufgeführte Eishallfest
Die lustige Puppe.
 Beginn der Vorstellung 8 1/2 Uhr.
 Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr
 halbe Kassenpreise.

Reichshallen-Theater
Stettiner Säng
Zickenheens Künstler-
Agentur.
 Anfang 8 Uhr.
 Sonntag nachm.
 3 Uhr zu ermäß.
 Preisen: **Der**
Kompagnieball

Für den Inhalt der Intereze
 übernimmt die Redaktion dem
 Publikum gegenüber keinerlei
 Verantwortung.

Deutsches Schauspielhaus
 8 Uhr: **Die heitere Reifens.**

Friedrich-Wilhelmstadt. Theater
 30-31 Chausseestr. 30-31.
Operetten - Gastspiel
 zum 200. Male:
Die Kinokönigin
 Operette in 3 Akten
 von Georg Liontowski u. Jul. Freund.
 Ruff von Jean Gilbert.
 Saffeneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Montis Operettentheater.
 Abends 8 Uhr: **Lehár-Novität:**
Die ideale Gattin.
 Regie: Wolfang J. Spielmann u. G.
 Worg. u. folg. Tage: **Die ideale Gattin.**

WINTER GARTEN

Letzte Woche!

Willard

der Mann, der wächst.

Grete Freund || Paul Beckers
 Operettendiva. Komiker.

Crispi und Farren
 Exzent. Gesangs-Duo
 und eine Kette
hervorragender Kunstkräfte!
 Rauchen gestattet!

„Clou“ :: Berliner ::
Konzerthaus
 Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.

Großes Doppel-Konzert!

Berliner Konzerthaus-Orchester. Leitung: Komponist
 Franz v. Bion, als Gastdirigent Hofkapellmeister Professor
Traugott Ochs.
 Musikkorps Garde-Füsillier-Regiments. Dirig. Oberm. Dippel.
 Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
 An allen Wochentagen: **Gr. Nachmittags-Konzert** bei freiem
 Eintritt.

Ringkämpfe
 unter Leitung des International Ringing-Verbandes.
 Täglich 8 1/2 Uhr abends in der
 Halle für Sport u. Körperkultur
 Kurfürstendamm 151
 (früher Rollschuhbahn).
 Olympia-
 Kasseneröffn. 7 Uhr. Vorverkauf bei A. Wertheim.
Große Sensationskämpfe
 u. a. Hintze, Ritzler, Sturm, Weber usw.

Reichshallen-Theater
Stettiner Säng
Zickenheens Künstler-
Agentur.
 Anfang 8 Uhr.
 Sonntag nachm.
 3 Uhr zu ermäß.
 Preisen: **Der**
Kompagnieball

Für den Inhalt der Intereze
 übernimmt die Redaktion dem
 Publikum gegenüber keinerlei
 Verantwortung.

Todes-Anzeigen

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein geliebter Mann **Paul Liefke** am Sonntag, den 23. d. Mts., nach langem, schwerem Leiden sanft entschlafen ist. Dies zeigt tiefbetrußt an **Witwe A. Liefke**, Köstritzer Platz 7. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 27. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis. Straßauer Viertel. Bez. 310. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Schloffer **Paul Liefke** Köstritzer Platz 7, gestorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 27. Nov., nachmittags 4 Uhr, von der Halle des städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schloffer **Paul Liefke** Köstritzer Platz 7 am 23. November an Lungenerkrankung gestorben ist. Die Beerdigung findet morgen Donnerstag, den 27. November, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. **Ehre ihrem Andenken!** Rege Beteiligung erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis. Köpenicker Viertel. Bez. 145. II. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Tischler **Karl Bommer** Mariannenplatz 5, gestorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 27. November, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. 118/11 Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Zahlstelle Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler **Johann Lazar** (Charlottenstr. 23) im Alter von 24 Jahren gestorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 26. November, vormittags 9 1/2 Uhr, von der Halle des Roschiter Krankenhauses aus, nach dem Schaffan-Kirchhofe in Reinickendorf, Humboldtstraße 71, statt. Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler **Paul Bach** (Barthauer Straße 53) im Alter von 27 Jahren gestorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 27. November, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Gellert-Kirchhofes in Köpenick, aus statt.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler **Karl Bommer** (Mariannenplatz 4) im Alter von 70 Jahren gestorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 27. November, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht **Die Ortsverwaltung.**

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis. **Nachruf.** Am 21. November verstarb unser Genosse, der Bauarbeiter **Wilhelm Dräger** Zwingstr. 35. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung fand bereits am Montagmittag, den 24. d. M., auf dem Anstaltsfriedhof in Döllsdorf statt.

Am 23. d. M. verstarb unser Genosse, der Glasbläser **Adalbert Kishauer** früher Rügener Str. 3. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des städtischen Friedhofes, Müllerstraße (Ede Seestraße) aus statt. Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Zentralverband der Glasarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands. Ortsverwaltung Berlin. Am 24. November verstarb unser langjähriges Mitglied, der Kollege **Adalbert Kishauer** am Herzschlag. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 27. November, nachm. 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes, Seestraße, aus statt. 71/12 Um rege Beteiligung ersucht **Die Ortsverwaltung.**

Heute morgen um 5 Uhr entschleifte nach langem Krankenlager mein lieber Mann, unser guter Vater, der Instrumentenmacher **Karl Bommer** im 71. Lebensjahr. Um Namen aller Angehörigen **Amalie Bommer** geb. Wüders. Berlin, den 24. November 1913. Engelauer 3. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 27. November, nachm. 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Am 25. November verstarb nach langem schweren Leiden meine liebe Frau und gute Mutter **Anna Schirge** geb. Vogel. Der trauernde Gatte Richard Schirge und Tochter, Rieder-Schönhausen, Charlottenstr. 9 I. Die Beerdigung findet Freitag nachmittags 3 Uhr von der Halle des Gemeinde-Friedhofes in Schönholz aus statt. 92/5 Für die uns so wohlthuenden Beweise der Teilnahme sowie die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unserer guten Mutter und Schwiegermutter, Frau **Anna Pache** sagen wir allen Verwandten und Bekannten, den Vätern der Landeskolonie „Sandtrug“, dem Lotterieverein „Kriegsbrüder“ und dem Kleintierzuchtverein „Korben“ unsern herzlichsten Dank. 92/5 **Max Pache** nebst Kindern.

Dankfagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die reichen Kranzspenden bei der Beerdigung unseres lieben Bruders, Schwagers und Onkels **Oskar Schwartz** sagen wir allen Beteiligten unsern herzlichsten Dank. 92/5 **Geschwister Schwartz**, Richtenberg, Krebsstr. 2. **Dankfagung.** Für die herzliche Teilnahme sowie die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines Mannes, des Tischlers **Adolf Ranft**, sagen wir allen Freunden und Bekannten, dem Deutschen Holzarbeiterverband, den Kollegen der Firma Emsin, dem Bezirk 42 I, dem Frauen-Verein, dem Sparverein „Zimmer mehr“ unsern besten Dank. 91/5 **Witwe Auguste Ranft** nebst Kindern.

Möbel-Ausstellung Ausstellung von neuesten Ein- und Zweisimmer-Einrichtungen, schlechter gediegener Geschmacksrichtung unter Berücksichtigung der Bestrebungen der Kommission für vorbildl. Arbeiterwohnungen in **Höfner's Möbel-Engroshaus** Berlin N. 201. Veteranenstr. 11, 12, 13. Besichtigung frei. Abgabe der kompl. Einrichtungen sowie einzelner Stücke zu ganz mäßigen Preisen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin, N 54, Linienstr. 83-85. Telefon: Amt Norden 1987, 1289, 9714, 185. **Donnerstag, den 27. November 1913, abends 8 1/2 Uhr, Versammlung der Eisenformer** in den Borussia-Sälen, Adlerstr. 6/7. Tagesordnung: 1. Neuwahl der Branchenkommission. 2. Verbandsangelegenheiten und Verschleßenes. Mitgliedsbuch legitimiert.

Donnerstag, den 27. November 1913, abends 8 1/2 Uhr, Branchen-Versammlung der Drahtarbeiter im Lokal von Bringuann (früher Merkwowski) Andreasstr. 26. Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Paul Kallise über: Was muß der Arbeiter von der Volksfürsorge wissen? 2. Diskussion. 3. Verschleßenes.

Donnerstag, den 27. November 1913, abends 6 Uhr, Versammlung aller Metallschleifer, Galvaniseure und Helfer in den Arminhallen, Kommandantenstraße 58/59 (gr. Saal). Tagesordnung: 1. Vortrag des Schriftstellers Herrn C. Heintz: „Die Herren der Elektrizität.“ 2. Wahl des Kassiers und eines Kommissionsmitgliedes. 3. Branchenangelegenheiten. Mitgliedsbuch legitimiert.

Donnerstag, den 27. November 1913, abends 8 1/2 Uhr, Allgemeine Klempner-Versammlung in den Andreas-Festsälen, Andreasstr. 21. Tagesordnung: 1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen Büchner über: „Die Krankenversicherung nach dem 1. Januar 1914.“ 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten. Die Kollegen von Rabow & Nieße sowie vom Treibwerk Luisenstraße sind hiermit ganz besonders eingeladen, desgleichen die Kollegen von Fiskauer & Kumpfer, Johannisthal. Zahlreichen Besuch obiger Versammlungen erwartet. **Die Ortsverwaltung.**

Metallarbeiter-Notizkalender 1914, Stück 60 Pf., sind im Bureau und bei den Bezirkskassierern zu haben. 130/7

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse d. Zimmerer (Ersatzkasse.) Oertliche Verwaltung Berlin. **Freitag, den 28. November, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15: Mitglieder-Versammlung.** Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 3. Quartal. 2. Die Krankenkassen nach dem 1. Januar 1914. Referent: Kamerad F. Wellow. Der Vorstand. J. H.: Richard Schröder, Berlin O., Lützner Str. 7, born IV. 208/6*

Deutscher Holzarbeiter-Verband Verwaltung Berlin. **Mitglieder-Versammlungen** für folgende Bezirke und Branchen: **Tagesordnung:** Bericht von der Generalversammlung. Verbandsangelegenheiten. **Bodenleger.** **Mittwoch, den 26. November, abends 8 Uhr, in Hermels Vereinshaus, Holzmarkt 21.** **Möbeltischler, Bez. Reinicköllu.** **Donnerstag, den 27. November, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal Ideal-Passage, Weichselstr. 8.** Vortrag des Kollegen Ritsche über: „Die Volksfürsorge und die Schäden der Privatversicherungen.“ **Tischbranche.** **Samstag, den 30. November, vormittags 10 Uhr, in den „Comenius-Festsälen“, Remeler Str. 67.** Zu 1 der Tagesordnung: Bericht über die Statistik. **Alle in der Küchenmöbel-Industrie beschäft. Holzarbeiter.** **Samstag, den 30. November, vormittags 10 Uhr, im „Englischen Hof“, Alexanderstr. 7c.** 1. Die Lage in der Berliner Küchenmöbel-Industrie und die Einfuhr von auswärts. Referent: Kollege Peter. 2. Diskussion. Jeder Kollege erscheine, Kontrolle findet nicht statt. **Einjezer.** **Samstag, den 30. November, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal III.** Vortrag: „Aus der Reichs-Versicherungsgesetzgebung.“ (Krankenversicherung.) Referent: Arbeitersekretär Eugen Brüdner. Die Kollegen aus Or.-Richterfelde und Steglitz sind besonders eingeladen. NB. Alle Kollegen, welche von dem Kollegen Ritsche die großen Fragebogen erhalten haben, werden gebeten, diese umgehend im Bureau abzuliefern. 92/5 **Die Ortsverwaltung.**

Ein neues Flugblatt zum **Massenstreik gegen die Staatskirche** mit anhängender Austrittserklärung. **Wirksam! Aktuell!** **Zum Selbstkostenpreis.** (Ganz arme Organisationen und Gegenden gratis.) **Proben mit Preisangabe** durch **Adolf Hoffmann, Berlin O. 27, Blumenstr. 22 I.** 295/6

Der Massenstreik gegen die Staatskirche. Tagesordnung: **Es ist die höchste Zeit! Nachtversammlung** für Straßenbahner, Droschkenkutscher, Kellner, Chauffeure usw. **Freitag (zum Sonnabend) Mitternacht 12 Uhr: Festsäle, Koppenstr. 29.** Redner: Schriftsteller **Hans Leuß, Ad. Hoffmann (M. d. A.).** **Es lebe der Freiheitskampf von 1913!** Für Unkosten **10 Pf.** 295/7 **Die Einberufer: Adolf Harndt, Otto Lehmann-Rudolff.**

Orts-Krankenkasse für Berlin-Wilmersdorf und Umgebung. **Außerordentliche General-Versammlung** der Vertreter der Arbeitgeber und Kollegen am Donnerstag, den 4. Dezember 1913, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Rauhans, Berliner Straße, Ede Kaseralle. Tagesordnung: 1. Verlesung des Protokolls. 2. Die Angriffe gegen den Jahresbericht von 1912. 3. Vorlage und Beschlußfassung über die Krankenversicherung nach der R.-B.-D. und event. auch der Dienstordnung. 4. Verschleßenes. Beschwerden und Anfragen, zu welchen einstweilige Maßnahmen erforderlich sind, können zur Besprechung nur zugelassen werden, wenn dieselben mindestens drei Tage vorher schriftlich beim Vorstand eingereicht sind. 296/18 **Berlin-Wilmersdorf, den 25. November 1913. Der Vorstand.** Zäbßen, Hertel, Vorsitzender. Sachführer.

Allgemeine Ortskrankenkasse für den Stadtbezirk Köpenick. Gemäß § 8 der Verordnung für die Ausübung der Allgemeinen Ortskrankenkasse des Stadtbezirks Köpenick werden die wahlberechtigten Arbeitgeber und die wahlberechtigten Versicherten hiermit benachrichtigt, daß die eingereichten Wahlvorschlüge geprüft und für gültig befunden worden sind. Da sowohl auf dem für die Arbeitgeber als auch auf dem für die Versicherten eingereichten Wahlvorschlüge im ganzen nur jeweils wählbare Bewerber benannt sind, als zu wählen waren, so gelten gemäß § 9 der Verordnung die vorgeschlagenen Bewerber als gewählt. Die angelegten Wahltermine für die Arbeitgeber am 9. Dezember und für die Versicherten am 10. Dezember 1913 werden hiermit aufgehoben. Der von den Arbeitgebern eingereichte Wahlvorschlüge 20 Vertreter, 20 erste Ersatzvertreter, 20 zweite Ersatzvertreter, eingereicht durch Kaufmann Richard Fausch, Schloßstr. 3, Stellvertreter Obermeister Adolf Kobsch, Grünstr. 19/20, beginnt mit dem Namen Max Budach, Wälscherberg, Gartenstr. 7. Der seitens der Versicherten eingereichte Wahlvorschlüge (40 Vertreter, 40 erste Ersatzvertreter, 40 zweite Ersatzvertreter), eingereicht durch Fritz Gröhl, Marienstraße 17, Stellvertreter Otto Pieper, Elisabethstr. 23, beginnt mit dem Namen Wilhelm Gubdat, Schallstr. 30. 298/19 Die Vor schläge resp. die beiden Listen der nunmehr gewählten Vertreter können im Stufenlokal der gemeinsamen Ortskrankenkasse Köpenick, Berliner Str. 3 (Eingang Gutenbergstraße), während der Zeit von 8 bis 1 Uhr eingesehen werden. Etwaige Einsprüche sind innerhalb 2 Wochen vom Tage dieser Bekanntmachung gerechnet, bei dem Vorstande der gemeinsamen Ortskrankenkasse oder bei dem Versicherungsamt Köpenick einzureichen. Köpenick, den 25. November 1913. **Der Vorstand.** Otto Nickel, Wilhelm Piehn, Vorsitzender. Schriftführer.

Mohrenstr. 37a Kolonnen. **Gr. Frankfurterstr. 115** **Trauer-Magazin** Kleider, Hüte etc. **Außerste Preise** **Farbige Konfektion** in größtem Maßstabe zu billigsten Preisen **Westmann**

In Freien Stunden Die **Wochenchrift für Arbeiterfamilien** **Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.**

Westmann Mohren-str. 37a Gr. Frankfurter-str. 115 **Erstklassige Konfektion!** Keine Massenware! **Unbegrenzte Auswahl!** Alle Größen! Alle Welten! **50%** unter Saisonpreis aus eig. Fabriken. **Schicke ULSTER** sonst bis 17.00, 25.00, 30.00, 35.00 für ... **8.50, 12.50, 19.50, 44.50** **Woll- u. Seiden-Püschmäntel** sonst bis ... 60.00, 90.00, 100.00 für ... **33.00, 49.50, 103.00** **Vornehme Kostüme** sonst bis 36.00, 50.00, 60.00, 120.00 für ... **18.00, 29.50, 44.50, 78.00** **Apart-echte Pelzmäntel (130 lg.) 105.00** **Echte Persischer-Jacken (110 lg.) 600.00** **Gesellschaftsfelder, Hüte, Blusen in allergrößter Auswahl, 50% unter offiziell. Preisen** **Sonntag von 12 bis 2 Uhr geöffnet!**

Reichstag.

174. Sitzung, Dienstag, den 25. November 1913, nachmittags 2 Uhr.

Das Haus ist gut besetzt. Am Bundesratspräsidenten: Kommissare. Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung mit einer Begrüßung der Abgeordneten nach der langen Vertagungspause und gedenkt, während die Abgeordneten sich erheben, der inzwischen verstorbenen Mitglieder des Reichstages, der Abgg. Kohl (Z.), Klose (natl.), Zender (Z.), Graf Ranis (L.) und fährt fort:

Am 13. August starb unser langjähriger Kollege, Herr August Bebel, der Mitglied des Reichstages des Norddeutschen Bundes, des Reichsparlaments und mit Ausnahme eines Jahres, des Jahres 1882, Mitglied des Deutschen Reichstages gewesen ist. In dem Augenblick, wo wir diese Männer nicht mehr unter uns sehen, brauche ich nur an ihre umfangreiche und so oft tiefeingreifende parlamentarische Tätigkeit zu erinnern, um den Verlust zu kennzeichnen, den der Reichstag durch ihr Dahinscheiden erlitten hat. Das Andenken an diese verstorbenen Kollegen werden wir in Ehren halten.

Der Präsident gedenkt sodann der Opfer der bei den Zeppelinkatastrophen in der Nordsee und bei Johannisthal-Berlin. Die bei diesen schweren Unglücksfällen ums Leben gekommenen Männer sind in der Pflichterfüllung für das Vaterland dahingeshieden. (Das Haus hatte sich auch bei diesem Ruchruf erhoben.)

Folgende Interpellationen sind eingegangen: Abrecht und Gen. (Soz.) wegen Einführung einer Reichsarbeitslosenversicherung und sonstiger Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit — Käser (U. Fortschritt.) wegen der Verhinderung eines Offiziers in Zabern und die dadurch veranlaßten Vorgänge.

Auf der Tagesordnung stehen

Petitionen.

Eine Petition betr. Maßnahmen gegen das Ueberhandnehmen von Warenhäusern, Konsumvereinen usw. beantragt die Kommission, Berichterstatter Abg. Dr. Burchardt (Wirtsch. Bg.) als Material zu überweisen.

Die Abgg. Abrecht (Soz.) und Gen. beantragen Uebergang zur Tagesordnung.

Zusammen mit dieser Petition verhandelt wird eine andere betreffend die Besteuerung der Konsumvereine und das Verbot an Lehrer und Beamte, einem Konsumverein anzugehören. (Berichterstatter Abg. Thiele (Soz.)) Auch hier beantragen die Sozialdemokraten Uebergang zur Tagesordnung.

Abg. Brähne (Soz.):

Wenn jemals der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung bei einer Petition berechtigt war, so in diesem Falle. Man sollte meinen, daß wenn man Petitionen an den Reichstag richtet, man einigermaßen der Wahrheit die Ehre gibt. Die vorliegende Petition aber enthält vollständige Unwahrheiten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) So wird in dieser Petition, die ausgeht von dem Mittelstandsbund für Hessen-Nassau in Wiesbaden, behauptet, daß der Arbeiterkonsumverein Wiesbaden und Umgebung 41 Filialen und einen Jahresumsatz von etwa 10 Millionen Mark habe bei 4300 Mitgliedern. Danach käme also auf jedes Mitglied ein Verbrauch an Lebensmitteln von etwa 2000 M. jährlich. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Man sollte es nicht für möglich halten, daß so etwas in die Welt geschleudert wird.

Vor mir liegt der Jahresbericht des Arbeiterkonsumvereins Wiesbaden und Umgebung. Danach hat der Verein in Wiesbaden fünf Filialen, in den umliegenden Orten acht, und diese 13 Filialen haben im Jahre 1912 einen Umsatz von 1.114.039 M. gehabt. Also 9 Millionen sind von dem Mittelstandsbund hinzugefügt worden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ferner soll nach der Petition in Wiesbaden eine große Versammlung von Gewerbetreibenden, Handwerkern usw. stattgefunden haben, die eine Resolution in der Richtung der Petition annahm. In der Tat waren in der ganzen Versammlung aber nur acht Personen anwesend. Für die Warenhäuser und Konsumvereine verlangte die Petition eine Erbschaftsteuer. Wenn die Konsumvereine in den letzten Jahren so gewaltig zugenommen haben, so erklärt sich das aus der Steigerung der Lebensmittelpreise. Uebrigens gehören den Konsumvereinen auch Tausende von kleinen Gewerbetreibenden selbst an. Den erzieherischen Einfluß der Konsumvereine muß auch ihr größter Gegner zugeben. Der Reichstag hat allen Anlaß, eine solche Petition, die völlig der Wahrheit widerspricht, durch Uebergang zur Tagesordnung zurückzuweisen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Schulenburg (natl.):

Der Vorredner hat denn doch die Lage des Mittelstandes, der von oben durch die Warenhäuser, von unten durch die Konsumvereine bedrückt wird, nicht berücksichtigt. Was zum Schutze des Mittelstandes geschehen muß, ausschließlich zu besprechen, geht im Rahmen dieser Petition nicht an. Wir haben die Notwendigkeit eines solchen Schutzes oft genug betont.

Abg. Sachse (Soz.):

Es wird in den Petitionen eine Ausnahmesteuer gegen die Konsumvereine verlangt; verschiedene Staaten, z. B. Sachsen, sind diesem Verlangen gefolgt, haben sie aber wieder abgeschafft müssen, weil sie sich nicht bewährt hat und ihre Urheber selbst einsehen, die Steuer sei das ungünstigste Mittel, die Entwidlung einzuschränken. In dem Verlangen der Steuer, sowie in dem Verlangen des Verbotes an Lehrer und Beamte, Konsumvereinen anzugehören, sehen wir eine Feindschaft gegen Arbeiter- und Beamtenkonsumvereine. Aber dieselben Parteien, die diese Feindschaft hegen, sind im übrigen Befürworter des Genossenschaftswesens — ich erinnere nur daran, wie der Bund der Landwirte das Genossenschaftswesen ausbaut. Auch für den Mittelstand wird eine Zentrale des Genossenschaftswesens verlangt. Nur Arbeiter und Beamte sollen nicht das gleiche Recht haben. Auf dem Verbandstag katholischer Kaufleute wurde ebenfalls eine Resolution gegen die Arbeiterkonsumvereine gefaßt; verabschiedete Abgeordnete des Zentrums waren zugegen, ohne daß sie dagegen aufgetreten wären. Auf dem Evang.-Soz. Kongress in Hamburg hat sich der besagte Prof. Adolf Wagner für das Genossenschaftswesen ausgesprochen. Auf ihren Kongressen haben die christlichen Gewerkschaften verschiedene Resolutionen zugunsten der Konsumvereine angenommen. In dem Konsumgenossenschaftlichen Organ der christlichen Arbeiter werden die Konsumvereine für eine notwendige Ergänzung der Berufsorganisationen erklärt. Das mögen sich die Herren vom Zentrum merken. Ich appelliere an die Mehrheit dieses Hauses, und bitte Sie, unseren Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung anzunehmen. Das ist die einzig richtige Antwort auf die ungerechten Forderungen der Petitionen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Irl (Z.):

Wir haben zu diesen Fragen schon früher mehrfach Stellung genommen und ich kann darauf verweisen. Aber bei einer so wichtigen Sache müßte doch ein Vertreter des Reichsamts des Innern hier sein. Für den Mittelstand muß etwas geschehen, unsere schönsten Worte helfen ihm nicht. Die Beamten mit ihrem geschützten Dasein brauchen doch keine Konsumvereine!

Abg. Meyer-Hersford (natl.):

Die Konsumvereine müssen nach unserer Meinung überall dort, wo nicht ein ganz besonderes Bedürfnis vorliegt, als Schädlinge des Gewerbetreibenden angesehen werden. Wir sind gewiß arbeiterfreundlich, aber nicht auf Kosten anderer Berufsstände. Ein Konsumvereinsverbot an Lehrer und Beamte geht und zu weit,

aber wir appellieren an ihre Ehrenpflicht, die Beamtenkonsumvereine nicht weiter zum Schaden anderer so zu unterstützen. Allerdings, vielen Unterbeamten geht es schlecht, deshalb müssen sie auskömmlich bezahlt werden, damit sie nicht zu Schädlingen werden.

Abg. Günther (Sp.):

Kein Mensch hat etwas gegen die Arbeiterkonsumvereine, aber es geht doch über das Maß hinaus, wenn Beamte mit hohem Gehalt Konsumvereiner sind. Es ist doch eine Anstands-pflicht für sie, den Mittelstand nicht zu schädigen. Wenn all das, was in deutschen Parlamenten an Mittelstandsfreundlichkeit geleistet wird, zur Tat würde, dann müßte es dem Mittelstand schon sehr gut gehen. (Ironische Zustimmung bei den Soz.)

Abg. Dr. Burchardt (Christlichsozial)

erklärt gegenüber dem Abg. Sachse, nicht das Genossenschaftswesen an sich, sondern nur seine Tendenz gegen den Mittelstand zu bekämpfen. Das Genossenschaftswesen lasse sich natürlich gar nicht verbieten. (Ra also! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Werner-Hersfeld (Reformpartei):

Die Konsumvereine bieten gar keine nennenswerten Vorteile. Traurig ist es, daß sogar Oberbürgermeister die Konsumvereine loben. Für solche Mittelstandsfreundlichkeit danken wir! Die Regierung muß endlich dem Mittelstand mit Taten beistehen. (Bravo! rechts.)

Abg. Feuerstein (Soz.):

So geringfügig, wie Abg. Günther die Sache ansieht, ist sie nicht. Es handelt sich um zwei Millionen Familien, wovon etwa 1 1/2 Millionen Arbeiterfamilien. Die kleinen Beamten in seinem Wahlkreis werden ihm ja recht dankbar sein! Von Rechts wegen hätten ihn seine Ausführungen zur Zurückweisung der Petition bringen sollen — aber er hat ja „einerseits-andererseits“ gesprochen! Herr Zel bemängelte, daß sich das Reichamt des Innern nicht äußert. Nun, das Reichamt weiß, daß man eine so große Bewegung nicht mehr beseitigen kann; es müßte sich anders äußern, als es den Mittelständlern gefällt und es äußert es sich lieber gar nicht. Herrn Burchardt verweise ich darauf, daß seine Freunde im Lande die Unterdrückung der „sozialdemokratischen“ Konsumvereine fordern, freilich ohne den Beweis für die sozialdemokratische Betätigung der Konsumvereine auch nur zu versuchen. Den Abg. Werner frage ich, ob denn ein Oberbürgermeister nicht die Erziehung des Volkes zur Wirtschaftlichkeit und seine Freimachung vom Vorkaufsrecht durch die Konsumvereine ausprechen darf. In Deutschland geschieht das in Einzelfällen, in England ganz allgemein, wie ich auf der Genossenschaftsreise jüngst feststellen konnte. Dort hält man es für eine selbstverständliche Aufgabe aller Parteien, die Konsumvereine zu fördern. — Die Arbeiterkraft Deutschlands ist in dieser Frage der Anerkennung des Wertes der Konsumvereine vollständig einig. Ich hoffe, daß an ihrem einmütigen Widerstande die Angriffe der sogenannten Mittelstandstreter abprallen werden. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Sachse (Soz.):

Herr Burchardt hat behauptet, es sei unwohl, daß die wirtschaftliche Vereinigung an sich gegen die Konsumvereine sei. Es ist ja wohl richtig, daß von den acht Mitgliedern dieser Vereinigung jeder einen anderen Standpunkt vertritt. (Heiterkeit.) Aber wenn ich an Ihre Reden und Flugblätter in den Wahlkreisen denke, welchen Standpunkt Sie da gegenüber den Konsumvereinen einnehmen, so muß ich die Behauptung des Abg. Burchardt doch als ein starkes Stück bezeichnen. Wenn die christlichen Gewerkschaften dafür sind, warum schiden Sie dann nicht in dieser wichtigen Frage Ihren Herrn Behrens vor?!

Abg. Burchardt (Wirtsch. Bg.):

Wir bekämpfen nur die Mißbräuche der Konsumvereine. Sie brauchen keine Bäckereien zu errichten usw. Daß die Konsumvereine das Handwerk ruinieren, ist Tatsache. Ebenso ist Tatsache, daß Ihre (zu den Sozialdemokraten) Konsumvereine ebenso wie Ihre Gewerkschaften Ihre Parteigefährten besorgen, und diesen Mißbrauch bekämpfen wir.

Abg. Thiele (Soz.):

Worin die Mißbräuche bestehen, die der Vorredner bekämpfen will, habe ich in seinen Ausführungen nicht finden können. Der Mittelstand ist die Gesamtheit der erwerbenden Klassen, und diese Gesamtheit wird durch die Konsumvereine in keiner Weise geschädigt, davon kann gar keine Rede sein. Der Vorredner wendet sich dagegen, daß Konsumvereine Bäckereien haben. Wieviel Konsumvereine haben denn überhaupt Bäckereien? Aber von Mißbrauch kann man auch da nicht sprechen.

Abg. Pens (Soz.):

Es ist erstaunlich, wieviel Unklarheit in dieser Frage noch herrscht. Was ist denn Mißbrauch der Genossenschaft? Ist es etwa Mißbrauch, daß die Genossenschaft ihre eigenen Prinzipien systematisch weiter entwickelt, soweit es wirtschaftlich zweckmäßig ist. Was ist Mißbrauch einer Bäckerei? Ist es besser, daß eine große kapitalistische Bäckerei entsteht oder daß die Protestler sich zusammenschließen und eine Bäckerei bauen, die ihnen selber gehört. Und wenn dadurch wirklich einige Bäckermeister ruiniert werden — ist die Existenz von 4000 Arbeiterfamilien nicht wertvoller als die von 30 bis 40 Bäckermeistern! Auch darf man nicht vergessen, daß die Bäckereien in den Konsumgenossenschaftlichen Bäckereien ihre Lage beim Nachmittags- und anständigen Löhnen der einen mit dem Bankrott kämpfenden Bäckermeister vorziehen.

Damit schließt die Debatte. Die Petitionen werden gegen die Stimmen der Sozialdemokraten als Material überwiesen.

Es folgten die Petitionen betr. Erteilung dauernden Dispenses von der Bäckereiverordnung.

Die Kommission beantragt Ueberweisung zur Erwägung. Ein Antrag Abrecht (Soz.) verlangt Uebergang zur Tagesordnung.

Abg. Binder (Soz.):

1890 erließen das Buch von Bebel zur Bekämpfung der Mißbräuche in den Bäckereien. Eine Folge dieses Buches war dann die Bäckereiverordnung, die den Maximalarbeitstag brachte. Petitionen gegen diese Verordnung haben und schon häufig beschäftigt. Wegen die minimalisten Forderungen, die jeder anständige Bäckermeister von sich erfüllt, nimmt hier der Schutzverband der Bäckermeister Stellung. Es wird von dem Rat der Bäckermeister gesprochen, und es wird gesagt, das sei ganz ebenso schuldig, wie wenn man den Staat mit Dynamit in die Luft sprengen wollte, und dann wird die Hüfte des Kaisers dagegen angerechnet — ein eigenartiger Patriotismus, der in einer schlechten Sache den Kaiser anruft! (Zehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) 82 Stunden wöchentlich wird in diesen Bäckereien gearbeitet! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Zur Entschärfung wird darauf verwiesen, daß im königlichen Schloß Kellerräume vorhanden sind, die noch ungenutzt sind als die hier beanstandeten. Nun, meine Parteifreunde sind gern bereit, solche Mißbräuche zu beseitigen. Die Mißbräuche in den Bäckereien sind mehrfach auch amtlich festgestellt; in Preußen ist konstatiert worden, daß die Schwindjucht die meisten Opfer in den Backstuben fordert. Trotz alledem hat man bei der Durchführung der Bäckereiverordnung Rücksicht gegen die Bäckermeister gelbt bis an die Grenze der Möglichkeit. Man hat Ausnahmen auf fünf Jahre gestattet und durchblenden lassen, daß man nach Ablauf dieser Zeit die Frist noch verlängern will. Ich bitte,

über die Petitionen zur Tagesordnung überzugehen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Freyler (Z.):

führt Beschwerde darüber, daß die Bäckereiverordnung vielfach zu rigoros durchgeführt werde.

Abg. Lügkel (natl.):

Die Petitionen wenden sich lediglich gegen Härten. Bäckereien, deren Errichtung seinerzeit von der Baupolizei gestattet worden ist, sollte man doch nicht ohne weiteres schließen, sondern bestehen lassen, bis ein Umbau ausgeführt wird. Lediglich darum bitten die Petenten. Wenn man Bäckereien in Kellerräumen verbieten will, müßte man auch andere Gewerbe in Kellerräumen verbieten. Mißbräuche kommen gewiß vor, aber auch in Bäckereien über der Erde; und schuld an Unsauberkeit und ähnlichen Mißbräuchen ist fast nie der Meister, der ja nicht überall sein kann, sondern fast stets die Arbeiter. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. Dr. Neumann-Hofer (Sp.):

Die Petitionen wenden sich nicht etwa gegen die Bäckereiverordnung, sondern gegen Härten in der Durchführung dieser Verordnung. Daß solche Härten bestehen, davon habe ich mich persönlich überzeugt. Wir werden dem Kommissionsantrag zustimmen.

Abg. Dr. Burchardt (Wirtsch. Bg.):

Die Petenten verlangen nichts weiter als eine mildere Behandlung der Bäckereiverordnung. Wir können den Ausführungen des Vorredners nur zustimmen.

Abg. Dr. Luard (Soz.):

Die Ausführungen des Vorredners gehen darauf hinaus, daß, weil alte Mißbräuche eingerissen sind, man sie beibehalten müsse. Weshalb ist es denn überhaupt zu diesen Mißbräuchen gekommen? Die Schuld liegt an den städtischen Bauordnungen. Sie, die Sie ja auch in den städtischen Verwaltungen sitzen, haben, um die Ausbeutung des Grund und Bodens der Hausgrundstücke bis auf den höchsten Gipfel zu ermöglichen, diese ungläublichen Mißbräuche einreisen lassen. Uebrigens ist ja für neun Zehntel der Bäckereien die Verordnung bereits durchgeführt, nur ein Zehntel verlangt, daß die alten Mißbräuche beseitigt werden. Dabei werden schon heute sehr weitgehende Dispense, in einigen Fällen sogar ohne zeitliche Begrenzung für die Lebenszeit des Inhabers gewährt. Es handelt sich hier um ein wichtiges Stück Arbeiterschutz. Wenn Sie auch hier, wo die Allgemeininteressen sich mit denen des Arbeiterschutzes berühren, den rücksichtsvollsten Forderungen nachgeben, so werden Sie bei jedem Arbeiterschutz verlagern. Wir haben uns heute zu Ehren des Andenkens Bebel's erhoben. Es dreht sich hier um eine Erbschaft Bebel's, der für den Arbeiterschutz in Bäckereien mit Erfolg gekämpft und dadurch Bahn gebrochen hat für andere Arbeiterschutzmaßnahmen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Erreichen Sie ein Nachlassen bei der Durchführung der Bäckereiverordnung, so werden wir wieder zu Justiz kommen, wie sie teilweise noch in Gäß-Lothringen bestehen, wo der Arbeiterschutz noch nicht besteht. Statt dessen sollte der Reichstag daran gehen, die Nachtarbeit in den Bäckereien endlich abzuschaffen; die technische Möglichkeit dazu liegt vor. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Kopsch (Sp.):

Ich stimme mit dem Herrn Vorredner in der Anerkennung der Verdienste des Abg. Bebel um den Bäckereiarbeiterschutz durchaus überein und erkenne auch an, daß noch manches für die Bäckereiarbeiter geschehen könnte. Aber darum handelt es sich hier nicht, sondern lediglich um die baulichen Bestimmungen der Verordnung. Hier ist ein Entgegenkommen möglich, ohne daß Leben und Gesundheit der Arbeiter irgendwie geschädigt wird. Was die Sozialdemokraten befürworten, ist eigentlich die Willkür der Polizei gegenüber berechtigten Forderungen der Bäckermeister. Die Behauptung, daß die Bäckermeister mit einer Revision ihrer patriotischen Meinung drohten, wird Herr Luard aus dem Wortlaut der Petition nicht nachweisen können. Entschieden protestieren muß ich gegen die Behauptung des Abg. Luard, wir meinten es nicht ernst mit dem Arbeiterschutz.

Abg. Wiesberts (Z.):

Es handelt sich keineswegs um eine Rückwärtsrevidierung des Bäckereiarbeiterschutzes, sondern die Bäckermeister wenden sich lediglich gegen allzu engherzige polizeiliche Maßnahmen. Solche unbilligen Härten lassen sich sehr wohl vermeiden.

Abg. Wurm (Soz.):

Herr Kopsch hat davon gesprochen, die Sozialdemokraten hätten im Berliner Stadtparlament 100 Millionen für die Hausbesitzer verlangt, aber die von anderer Seite verlangte 1 Million nicht bewilligt. Das ist nicht richtig. Unser Redner hat dort vielmehr gesagt: wenn wirklich den Hausbesitzern geholfen werden sollte, so wären 100 Millionen statt 1 Million notwendig, fügte aber auf einen Zwischenruf hinzu: aber bewilligen würden wir auch die nicht. Im übrigen gehen wir davon aus, daß die Fürsorge für einige Bäckereiarbeiter zurückzutreten hat hinter der Fürsorge für das Wohlgehen derjenigen, die gezwungen sind, schmutzige, verdorbene, ungesunde Ware aus solchen Bäckereien zu nehmen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Giesberts (Z.):

Schmutz kann sich in Großbetrieben genau so finden wie in kleinen. Ich protestiere gegen die Unterstellung, als wollten wir damit, daß wir hier berechnigte Erleichterungen für Bäckermeister verlangen, den Schmutz in Bäckereien rechtfertigen. Das ist eine unloyale Art der Diskussion.

Präs. Kaempf rügt diesen Ausdruck.

Abg. Binder (Soz.):

hebt nochmals hervor, daß der ohnehin viel zu geringe Arbeiterschutz nicht noch eine Verminderung vertrage, und verweist auf die letzten Ausgebungen der Bäckereiarbeiter in Berlin und im Reich. (Der Redner ist bei der großen Unruhe des Hauses nur schlecht zu verstehen.) Die scharfe Sprache der Bäckermeister ist um so weniger berechtigt, als ihnen ja das größte Wohlwollen von den Polizeibehörden bewiesen wird.

Abg. Kopsch (Sp.):

Neben scharfer Sprache halten sich doch die Sozialdemokraten sonst nicht auf. — Herr Wurm hat recht, die Sozialdemokraten haben nicht 100 Millionen zur Erleichterung der Erlangung von Hypotheken beantragt, aber ihr Redner Ranaie hat das gefordert. Das war also nur theoretisch. Gegenüber dem Abg. Giesberts bemerke ich, daß es auch in den Berliner Kellerbäckereien sehr sauber hergeht. Wenn das Haus den Wünschen der Bäckermeister nicht Rechnung trägt, dann hoffe ich, daß die Petitionen wiederholt werden.

Abg. Chrysan (Z.):

protestiert namens der Bäckermeister gegen die Worte des Abg. Wurm.

Abg. Neumann-Hofer (Sp.):

erklärt gegenüber dem Abg. Binder, daß die Volkspartei nicht auf eine Aufhebung der Bäckereiverordnung hinarbeite. Nur die Härten sollen beseitigt werden.

Abg. Wurm (Soz.):

Ich habe nicht von den Bäckereimeistern im allgemeinen gesprochen. Zu kleine, schlecht geführte Bäckereien müssen schmutzig

sein, das liegt im Betrieb; deshalb werden ja die Verordnungen erlassen. Wie kann man das weiter diskutieren wollen? Was heißt „Härten befechtigen“? — Wenn Härten befechtigen, so bedeutet das, daß unhygienische Betriebe zugelassen wurden. Soll denn, weil einzelne Betriebe den hygienischen Forderungen nicht nachkommen können, der alte Schlenker aufrecht erhalten werden? Heute drängt alles nach Hygiene und davon kann nicht für rückständige Einzelbetriebe eine Ausnahme gemacht werden. In den musterhaften Konsumbäckereien kommt die Hand mit dem Brot gar nicht in Berührung und es wird auf strengste Reinlichkeit gehalten. Wer für Milderung der hygienischen Vorschriften eintritt, verläßt sich gegen das allgemeine Wohl. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Die Petitionen werden zur Erwägung überwiesen.
Hierauf vertagt sich das Haus.
Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. (Interpellation Albrecht (Soz.) über die Arbeitslosigkeit. Interpellation Höfer (Wf.) über die Vorgänge in Zabern. Erste Beratung des Spionagegesetzes und der Änderung der Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige.)
Schluß 6 1/2 Uhr.

Konferenz der Bürsten- und Pinselmacher.

Die am 23. und 24. November im Berliner Gewerkschaftshaus abgehaltene Konferenz der im Deutschen Holzarbeiterverband organisierten Bürsten- und Pinselmacher war die zweite ihrer Art. Die erste Konferenz wurde im Jahre 1903 in Nürnberg abgehalten und ihr wichtigstes Ergebnis war die Einsetzung einer Zentralkommission mit dem Sitz in Nürnberg. Derzeitiger „Zentralkommissionen“ gibt es im Deutschen Holzarbeiterverband eine größere Anzahl für die einzelnen, im Verband vereinigten Bezirke. Ihre Aufgabe ist in erster Linie die Vertretung der Agitation unter den Branchenangehörigen und die Aufrechterhaltung der Verbindung zwischen den Berufsgruppen in den einzelnen Orten, wo die Angehörigen des gleichen Berufs innerhalb des Verbandes in Branchenabteilungen vereinigt sind. Zu den Aufgaben der Zentralkommissionen gehört es ferner, den Verbandsvorstand mit ihren speziellen Branchenkenntnissen zu unterstützen; dagegen gehört die Leitung der Lohnbewegungen nicht zu dem Aufgabenkreis der Zentralkommissionen.

Der Bericht, den der Vorsitzende der Zentralkommission der Bürsten- und Pinselmacher, Wallauer-Nürnberg, erstattete, läßt erkennen, daß die Kommission eine recht fleißige und erfolgreiche Tätigkeit entfaltet hat. Die Zahl der im Holzarbeiterverband organisierten Bürsten- und Pinselmacher hat sich seit dem Bestehen der Zentralkommission nahezu verdoppelt und ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen haben eine beträchtliche Besserung erfahren. Die ausführliche Diskussion des Berichtes zeigte, daß die Delegierten, bei aller Anerkennung der geleisteten Arbeit, doch noch eine intensivere Agitation gewünscht hätten. Schließlich sprach die Konferenz der Zentralkommission Dank für ihre Tätigkeit und volles Vertrauen aus. In der Diskussion wurden auch einige Fragen berührt, die größeres Interesse beanspruchten. Hierzu gehört die Milzbrandfrage, welcher die Zentralkommission sorgfältig Aufmerksamkeit zuwendet. Der Milzbrand ist eine Tierkrankheit, die auch auf den Menschen übertragbar ist und, wenn nicht schnellig Gegenmittel angewendet werden, häufig zum Tode führt. Die Uebertragung erfolgt u. a. durch die Borsten und Haare der an Milzbrand verendeten Tiere. Dieser Gefahr soll eine im Jahre 1899 erlassene Bundesratsverordnung entgegenwirken, welche die Desinfektion der Borsten vor der Verarbeitung vorschreibt und gewisse Sauberkeitsvorschriften für die Betriebe enthält. Dieser Bundesratsverordnung haben verschiedene Mängel an; so ist z. B. das inländische Material dem Desinfektionszwang nicht unterworfen, obwohl immer wieder Fälle von Milzbrandkrankheit bei der Verarbeitung inländischen Materials vorkommen. Dazu läßt die Durchführung der Milzbrandverordnung, zumal in den kleineren Betrieben, sehr viel zu wünschen übrig, weil die Kontrolle der Betriebe recht lax gehand-

habt wird. Auf Antrag der Zentralkommission nahm die Konferenz die nachfolgende Resolution an:

„Die Konferenz der Bürsten- und Pinselmacher Deutschlands im November 1913 zu Berlin nimmt Kenntnis, daß durch die statistischen Erhebungen des Reichsgesundheitsamtes eine Ausjählung der Milzbrandkrankungen und Todesfälle ermöglicht worden ist. Die amtlicherseits neuerdings festgestellten Milzbrandkrankungen veranlassen die Konferenz, zu der am 1. Februar 1909 erlassenen und am 22. Oktober 1909 erweiterten Bundesratsverordnung zum Ausdruck zu bringen, daß Leben und Gesundheit der in Rohhaarspinnereien, Haar- und Borstenzurichtereien, Bürsten- und Pinselmachereien beschäftigten Personen nicht genügend geschützt sind. Die Konferenz beauftragt die Zentralkommission, an den Bundesrat eine Eingabe zu richten und zu beantragen, das Rohmaterial des In- und Auslandes dem Desinfektionszwang zu unterstellen und als Desinfektionsmittel nur strömenden Wasserdampf mit dem nötigen atmosphärischen Ueberdruck zuzulassen.“

Ferner läßt die Konferenz für dringend erforderlich, die besonderen Vorschriften für größere Betriebe auch auf die kleineren Betriebe auszudehnen, da dieselben in hygienischer Beziehung recht oft noch sehr viel zu wünschen übrig lassen.

Des weiteren sollen die Bundesratsvorschriften in sinnvoller Weise auf die Haus- und Heimarbeiter Anwendung finden und ein Verbot erlassen werden, wonach Arbeitsräume weder zum Kochen noch zum Wohnen oder Schlafen benutzt werden dürfen.

Die Konferenz ist der Ueberzeugung, daß durch Verwirklichung obiger Punkte die Milzbrandgefahr beseitigt werden kann, und ersucht den Bundesrat, bald diesbezügliche Änderungen vorzunehmen zu lassen.“

Von verschiedenen Seiten wurde Klage darüber geführt, daß noch viele Konsumvereine, trotz der entgegenstehenden Beschlüsse der Genossenschaftstage Bürstenwaren aus Betrieben beziehen, in welchen diese Waren unter recht ungünstigen Bedingungen hergestellt werden. Hierzu wurde folgender Antrag angenommen:

Die Zentralkommission ist zu beauftragt, Erhebungen zu veranstalten, von welchen Firmen die örtlichen Konsumvereine ihren Bedarf an Bürstenwaren beziehen, und dahin zu wirken, daß dieselben nur solche Firmen berücksichtigen, welche tarifliche Vereinbarungen mit dem Deutschen Holzarbeiter-Verband abgeschlossen haben.

Der erste Sitzungstag schloß mit der Entgegennahme eines Referats von Schmalbach-Berlin über „Die allgemeine Lage der Bürsten- und Pinselmacher.“ Am Montag referierte zunächst Pfeiffer-Nürnberg über „Tarifverträge und Einheitsstarif“ und anschließend daran Richard-Schönheide über „Die Arbeitsnachweisfrage“. Ueber alle drei Referate wurde gemeinsam diskutiert. In der Debatte spielte die Konkurrenz der Straf- und Wohltätigkeitsanstalten eine erhebliche Rolle.

Einmütigkeit herrschte darüber, daß der Gefängniswettbewerb mit aller Entschiedenheit entgegenzuwirken werden müsse und der Wunsch, daß in dieser Frage die erforderlichen Schritte bei den gesetzgebenden Faktoren unternommen würden, fand allseitige Billigung. Hinsichtlich der Konkurrenz der Wohltätigkeitsanstalten, als welche vornehmlich Blindenanstalten in Betracht kommen, waren die Meinungen geteilt. Während aus manchen Orten darüber geklagt wurde, daß die Blinden infolge der außerordentlich niedrigen Preise, die ihnen für ihre Arbeiten gezahlt werden, den sehenden Bürstenmachern eine empfindliche Konkurrenz bereiten, wurde aus anderen Orten mitgeteilt, daß die Blinden die gleichen oder auch höhere Affordabes erhalten als die ordentlichen. Das letztere trifft auch für Berlin zu, wo in der Blindenanstalt Strahnenbesen für die Stadt hergestellt werden. Das Besen wird hier mit 4 M. bezahlt, während in dem Privatbetrieb, in welchem diese Besen früher hergestellt wurden, für die gleiche Arbeit nur 2,75 M. gezahlt wurde. Trotz des höheren Preises wurde in der Bürstenmacherei der Städtischen Blindenanstalt im letzten Jahre ein Ueberschuß von 53000 M. erzielt. — Im allgemeinen war die Konferenz der Meinung, daß die Beschäftigung von Blinden mit der Herstellung von Bürstenwaren

an sich nicht zu beanstanden ist, doch müsse gefordert werden, daß die Blinden nicht zu niedrigeren, als den Tariflöhnen arbeiten.

Auffregen erregten die Schilderungen, die über die Zustände in Schönheide i. Erzgeb., einem der bedeutendsten Orte für die Bürstenindustrie, gegeben wurde. Die Industrie hat sich dort in den letzten Jahren ganz riefig entwickelt. Fortwährend werden neue, arbeitssparende Maschinen aufgestellt, aber trotzdem ist die Zahl der Arbeiter bedeutend gewachsen. Die Hausindustrie ist in dem Bezirk noch fast vertreten, sie ist aber im Rückgang begriffen. Die neuen Maschinen, insbesondere die Einjazautomaten, die neuerdings zur Einführung gelangen, haben eine solche Leistungsfähigkeit, daß auch die anspruchsvollen Heimarbeiter damit nicht mehr konkurrieren können. Die Maschine wird die Heimarbeit in absehbarer Zeit zum Verschwinden bringen. Die Schönheider Fabrikanten, die es zu bedeutenden Reichtümern gebracht haben, sind rochke Prozen. Für ihre Stellung zu den Arbeitern ist ein zwischen ihnen getroffenes Abkommen bezeichnend, wonach ein arbeitsmäßig entlassener Arbeiter von seinem Fabrikanten eingestellt werden darf, ehe eine Karenzzeit von zwei Wochen seit dem Austritt verlossen ist. Erziehungsmäßig macht jetzt die Organisation unter den Schönheider Bürstenarbeitern gute Fortschritte, wodurch dem Uebermut der Unternehmer immerhin einige Grenzen gezogen sind.

In der Bürsten- und Pinselindustrie spielt die Affordarbeit eine sehr bedeutende Rolle, die Affordtarife haben deshalb für diesen Beruf eine große Wichtigkeit. Der Gedanke, einen einheitlichen Tarif für ganz Deutschland anzustreben, fand als verfehlt, keine Sympathie. Dagegen soll zunächst danach gestrebt werden, das Schema für die Affordtarife zu vereinheitlichen. In dieser Frage wurde folgende Resolution angenommen:

Die Erfolge der Tarifverträge des Deutschen Holzarbeiterverbandes müssen auch die Bürsten- und Pinselmacher veranlassen, mehr als bisher Tarifverträge zustande zu bringen. Jedoch wird infolge der außerst unterschiedlichen Preisgestaltung für gleiche Arbeiten bei gleicher Produktionsweise den Bürsten- und Pinselmachern empfohlen, auf eine Vereinheitlichung der Affordtarife und Vereinfachung in der Sortengruppierung bei künftigen Lohnbewegungen hinzuwirken.

Ein Antrag, der die Errichtung eines Zentralarbeitsnachweises verlangte, wurde abgelehnt, weil die Voraussetzungen zu seiner Verwirklichung noch nicht gegeben sind. Der Angelegenheit soll jedoch fortgesetzt Aufmerksamkeit zugewendet werden. Zunächst sind örtliche Arbeitsnachweise ins Leben zu rufen und auszubauen.

Der letzte Punkt der Tagesordnung, Agitation und Organisation, zu welchem Rieger-Dresden das einleitende Referat hielt, löste noch eine ausgedehnte Diskussion aus, in welcher die auf diesem Gebiet gemachten Erfahrungen ausgetauscht und neue Anregungen gegeben wurden. Ist für die Zukunft eine eifrige Agitation in allen Orten notwendig, in welchen die Industrie vertreten ist, so ganz besonders im Schwarzwald. Ist doch in diesem, neben Schönheide wichtigem Gebiet der Bürstenindustrie die Organisation noch so schwach, daß kein Vertreter von Lodinow und Umgebung auf der Konferenz anwesend war. Ein Mangel, der mit lebhaftem Bedauern konstatiert wurde.

An der Konferenz nahmen neben Vertretern des Verbandsvorstandes und der Zentralkommission 34 Delegierte aus 27 Orten teil. Außerdem war der Obmann der Wiener Bürstenmachergesellschaft als Gast erschienen. Die Konferenz, die einen recht anregenden Verlauf nahm, erreichte erst am Montagabend um 9 Uhr ihr Ende.

Marktpreise von Berlin am 24. November 1913, nach Ermittlungen des Igl. Holzhandelsamtes. Weizen (mispel), gute Sorte 16,40—16,60, mittel 00,00—00,00, geringe 00,00—00,00. Mais (runder), gute Sorte 14,60—14,80, Mißbräut 0,00, Heu 0,00—0,00.

Raritätenpreise. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00—50,00. Erbsenbohnen, weiße 35,00—60,00. Linsen 30,00—70,00. Kartoffeln (Kleinbl.) 4,00—7,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, non der Seele 1,80—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30—1,80. Schweinefleisch 1,40—2,00. Rindfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 4,40—7,20. 1 Kilogramm Karotten 1,00—2,40. Sale 1,50—3,00. Jambor 1,20—3,20. Geste 1,20—2,60. Kartoffeln 1,00—2,40. Schale 1,80—3,20. Mele 0,80—1,40. 60 Stück Zwiebeln 1,00—30,00.

Brausepulver - Broyerpulver!



Überall zu haben in Flaschen von 10 Pf. Fabrik: Chemische Werke Lubzinsky & Co Aktiengesellschaft, Berlin-Lichtenberg.

Herren-Moden
fertig und nach Maß, wirklich vorzügliche Ausführung. Großes Stofflager. Monatszahlung 10 M.
Goldstein
Vorwerkstr. 51. Nähe Bülowstraße.

Haben Sie blauf?
Ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Maß, schick, dauerhaft, Zutaten von 25 Mark an. Maritz Laband, Neue Promenade 11. (Südth. Biers.)

Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend

E. G. m. b. H. Zentrale: Lichtenberg, Rittergutstr. 16/26.

Wir empfehlen:

Freitag und Sonnabend

Australische Kaninchen per Stück 1 M.

Reh. — Hirsch. — Gänse.

Täglich: Frische Räucherwaren.

Aepfel, Rot-, Weiß- und Wirsing-Kohl, Mohrrüben, Kohlrüben.

Milch per Liter 20 Pf.

Den Verkauf von

Seefischen

haben wir vorläufig eingestellt; derselbe beginnt wieder Anfang Januar.

Am **Dienstag, den 2. Dezember**, eröffnen wir unsere **124. Verkaufsstelle Zelterstraße 28.**

Am **18. Dezember** unsere **125. Boyenstr. 4.**

108/9

Der Vorstand.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek
Jedes Heft 20 Pf.

Kufek eine bewährte Krankenkost für Erwachsene bei Störungen der Verdauung, bei Schwäche u. Appetitlosigkeit.



erzeugt blendend weiße Zähne und erhält sie bis ins hohe Alter gesund. Der Gebrauch von Pfefferminz-Lysoform schützt besser vor ansteckenden Hals- und Mundkrankheiten als teure hiergegen empfohlene Reklamemittel.
Flasche Mk. 1.— überall erhältlich.

Sie fühlen sich wie neugeboren, wenn Sie

Milo - Schnupftabak

schnupfen.

- Milo** gegen Schnupfen.
- Milo** gegen Verschleimung.
- Milo** gegen Trockenheit der Nasenschleimhäute.
- Milo** belebt die Sehkraft.
- Milo** ist frei von schädlichen Substanzen.
- Milo** der beste Schnupftabak der Regenzeit und Juchanz wird nach altbewährtem 100jähr. Rezept hergestellt.
- Milo** löst die Dose 10 Pf.
- Milo** durch den Zigarrenhandel zu beziehen.

General-Vertrieb für Deutschland
S. Rund
Zigarren- und Tabak-
General-Agenturen

Berlin NW 87, Tel. Moabit 8157.

Abessinier-Brunnen
zum Selbstaufließen für 3 m Tiefe schon v. 12 M. an. Gekümpfen, Gärten- und Druckbrunnen usw. 3 Jahre Garantie. Illustrierte Preisliste gratis.
Koblank & Co.
Pumpenfabrik, Berlin N. Reinickendorfer Str. 95.

Gegründet 1864



Pelz-
waren
Export
S. Schliesinger
Klein
Cavenl
Königsstr. 31
Königs
(Ordonnanshaus)
Einzelverkauf
wie alljährlich zu billigen Preisen
Pelzstoffs - Muffen
Reparaturen prompt und sauber
Bitte genau auf 21 an
Hauseingang 21 achten
sonntag von 12-2 Uhr geöffnet

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am
10-2. 5-7. Sonntage 10-12.

Asthma
wird in heillosen, wenn auch veralteten Fällen behoben durch meine glänzenden bewährten Asthmastropfen, Flasche 2.50 M. Bei starken Anfällen sofortige Hilfe durch indische Asthmakrüter, Kart. 2.00 M. Garant unschädlich! VorNacham. jed. Art sei gewarnt!
Otto Reichel, Berl. 43, Eisenbahnstr. 4

10 Mark
monatliche Teilzahlung liefert elegante Herrenoberkörbe nach Maß, eigenes Stofflag. Per Halse Preisermäßigung.
J. Tomporowski, Schneidermeister SW 47, Treibuhstr. 47, an der Sellenkinderstr. u. Tempelhofer Feld.

Ein Rotschrei der wahrhaft Arbeitswilligen!

Nach „Schutz der Arbeitswilligen“ rufen unsere Scharmacher unausgesetzt. Wer das harmlos klist, möchte meinen, es handele sich dabei um den Ausdruck einer milden Regung des Mitgeföhls, das in den Herzen sozial empfindender Philantropen aufkeimt. In Wirklichkeit ist das Schicksal der Arbeitswilligen denen, die nach Schutz für sie rufen, so gleichgültig wie nur etwas. Braucht man die Arbeiter nicht, so werden sie unbarmherzig auf die StraÙe geworfen — ob arbeitswillig oder nicht! Nicht Schutz der Arbeitswilligen fordert man ja, sondern Schutz der Kapitalisten, Schutz der Kapitalisten davor, daß man ihnen bei wirtschaftlichen Kämpfen die Streikbrecher abwendig macht, indem man diese über die Ursache der Konflikte aufklärt und ihnen klargemacht, daß ihre Klasseninteresse und ihre Arbeiterlehre es verlangen, auf die Seite der ausständigen Arbeitsbrüder zu treten.

Jetzt liegen Tausende und Abertausende wirklich Arbeitswilliger auf der StraÙe, Leute, die nichts verbrochen haben, als daß sie in dem Heere des schaffenden Proletariats überflüssig geworden und in die industrielle Reservearmee versetzt wurden. Auch diese Arbeitswilligen, die wahrhaft Arbeitswilligen, die Arbeitslosen, rufen nach Schutz. Und sie verdienen die Sympathie aller sozial Denkenden wirklich in anderem Maße, als die Hingeföhren Siebenmonatskinder, die Mörder von Magdeburg, Stettin usw. Aber Scharmacher und Behörden, die sich einzig in der Forderung nach einem erhöhten Schutz der bei Streiks den Unternehmern so „nützlichen Elemente“, sie lehnen ein Eingreifen für die wirklich arbeitswillige, brotlose Arbeiterschaft entweder rundweg ab oder antworten auf das Verlangen danach mit verlegenen Ausflüchten.

Als gestern Tausende Arbeitsloser in sechs der größten Berliner Säle versammelt waren, um ihren Schrei nach Brot und Arbeit zu vereinen, da muhten die Berliner Behörden nichts Besseres zu tun, als ein gewaltiges Polizeiaufgebot zum Schutz der bedrohten Interessen nicht etwa dieser Arbeitswilligen, sondern des Staates auf die Beine zu bringen, der durch seine verkehrte Wirtschaftspolitik nicht wenig zur Entwidlung der gegenwärtigen Krise und des daraus resultierenden Elends beigetragen hat. In der Panoramastraße, in dem stillen Winkel hinter dem Tieschen Warenhause, unweit der Kaiser-Wilhelm-StraÙe, wo eine der Versammlungen tagte, standen in Reih und Glied unter Aufsicht eines behelmten Beamten zehn Schutzmännchen. So bereit, wie hier auf eventuelle Attacken, war die Polizei in dem ganzen Bezirk, der nach den Brücken zu liegt, allwo man zum Schloß gelangt. Nur trat es nicht so sehr zutage, wie im stillen Winkel zwischen Alexanderbahnhof und Alexanderstraße.

Auf der Kaiser-Wilhelm-StraÙe waren nur vereinzelt Beamte, die Pistole im Gurt, als die Arbeitslosen zu ihrer Versammlung in den Russischen Sälen eilten. Aber wenn man auch nichts von einem konzentrierten Aufgebot der Polizei sah, so bemerkte man doch überall zerstreut spazierende Schutzleute mit dem Browning im Gürtel und verschiedene, die Posten verbindende Vertreter der Polizeiradfahrerkompagnie, den Säbel griffbereit vorn am Rade.

In der Nähe des bekannten großen Versammlungsorts in der Koppenstraße veranstaltete die Polizei eine wahrhafte Wasserdemonstration. In den Nachbarhäusern des Versammlungsorts waren fliegende Polizeiwachen etabliert. So waren in dem Hause des Parfümeriefabrikanten E. Hamel in der Koppenstraße 71 nicht weniger als 40 Schutzleute auf Treppen, Hausflur und Hof untergebracht. Radfahrende Ordnungsmänner in großer Zahl waren auf der StraÙe verteilt. Polizeioffiziere gingen mit Feldherrnmiene umher. Sobald die Versammlung zu Ende war, wurde die Frankfurter StraÙe in der Richtung nach dem Stadtinnern durch eine dichte Schutzmännchensette abgesperrt. Doch die Versammlungsbesucher hatten nur ein überlegenes Lächeln für die Polizeidemonstration, die nicht verhindern konnte, daß etwa 20000 Arbeitslose in Berlin sich versammelten zur gemeinsamen Aufstellung ihrer Forderungen an Reich, Staat und Gemeinde.

Die Versammlung bei

Niemö in der Hasenheide
war überfüllt. Obwohl die Tische aus dem Versammlungslokal entfernt waren, auch die Bänke mit Versammlungsbesuchern vollkommen besetzt war, muhten doch eine ganze Anzahl umkehren, weil sie in den Saal nicht mehr hineinkommen.

Das Referat hielt Genosse Gustav Bauer. Er kam zu dem Resultat, daß es ein solches Meer von Arbeitslosen wie jetzt, in Deutschland überhaupt noch nicht gegeben habe. Für den Dezember sei mit 5 Proz. Arbeitslosen von häuslichen in Industrie und Handel Beschäftigten zu rechnen; das bedeute, da wir in diesen Erwerbszweigen rund 10 1/2 Millionen Beschäftigte haben, 525 000 Arbeitslose, mit ihren Familienangehörigen eine Menschenmenge von mehr als einer Million, die zum Hungern verurteilt sei. Da aber in der Arbeitslosenstatistik die Landarbeiter und die Bergarbeiter fehlen, könne man diese Anzahl auf das Mehrfache schätzen. In Groß-Berlin ergebe sich für die 800 000 gewerkschaftlich Organisierten eine Arbeitslosenziffer von 8,2 Proz., das sind mehr als 25 000 Arbeitslose. Rechne man das Prozentverhältnis aber um auf die gesamten Reichsstatistik, so ergebe sich eine Arbeitslosenziffer von mehr als 80 000 in Groß-Berlin, das bedeute, wenn man die Familienangehörigen zuträhe, daß mehr als eine Viertelmillion Menschen unter der Arbeitslosigkeit in Berlin leide. Zum Schluß hob Bauer hervor, daß die Gegenläge in der kapitalistischen Gesellschaft sich ungeheuer verschärfen. Man spreche oft mit präbendenden Worten vom Nationalreichtum, der sich alljährlich um

Milliarden steigern, als von einem Gut, das der Allgemeinheit gehöre. Statt dessen sammle sich dieser Reichtum in ganz wenigen Händen. Selbst wenn der Kampf um die Arbeitslosenunterstützung Erfolg habe und damit eine Linderung der Not eintrete, so sei damit die Arbeitslosigkeit nicht aus der Welt geschafft, sie könne nur beseitigt werden dadurch, daß die Arbeiterklasse die politische Macht in Händen bekomme, denn wer die Macht habe, habe das Recht. Die Arbeitslosen mühten alle Pioniere des Sozialismus werden, um durch Beseitigung der Wirtschaftsordnung das Uebel der Arbeitslosigkeit mit der Wurzel ausrotten zu helfen. Der Redner erntete stürmischen Beifall.

Auch der große Saal im Gewerkschaftshaus

war schon frühzeitig bis auf den letzten Platz besetzt. Auf der StraÙe waren eine Anzahl Schutzleute, darunter auch höhere Beamte zu sehen. Desgleichen einige von jenen bekannten Zivilgehaltnen, die bei ähnlichen Gelegenheiten immer vorhanden sind.

Böcke, als Vortragender, richtete denn auch gleich zu Beginn der Versammlung an die Anwesenden die dringende Mahnung, sich jeder Keuerung zu enthalten, die den auch im Saale vorhandenen Ehrenmännern Gelegenheit zum „Arbeiten“ geben könnte. Wie groß das Interesse der Behörde an diesen Veranstaltungen für die Arbeitslosen war, bewies die Tatsache, daß sie nicht nur einen Offizier als überwachenden Beamten entsandte, sondern auch noch einen Stenographen in Zivil, die beide fleißig zu Papier brachten, was der Referent Landtagsabgeordneter Genosse Haenisch ausführte. Und das war allerdings nicht rühmlich für den arbeitswilligen Staat. In einer künftigen sozialistischen Gesellschaft, sagte der Redner, wird die Tatsache, daß sich in der jetzigen Zeit täglich Menschen aus Hunger das Leben nehmen mühten, während Lebensmittel in Hülle und Fülle vorhanden waren, wie ein graufiges Märchen erscheinen.

Wir verlassen uns aber nicht nur auf die Zukunft, sondern fordern jetzt und zwar unverzüglich ausreichende Forderungen für die Hunderttausende hungernder Arbeiter. Mit dem Rufe Herzwegh:

**Brot ist Freiheit,
Freiheit Brot!**

Schloß der Referent unter dem allseitigen Beifall der Anwesenden. Die Diskussion brachte in erschütternder Weise zum Ausdruck, wie groß das Elend unter den Massen ist. Ein Redner forderte zum verschärfsten Kampf auf. Mit Resolutionen sei nicht getan.

Brauns vom Fabrikarbeiterverband bestätigte, daß wir selbstverständlich kämpfen wollen um unsere Forderungen, aber nur der organisierte Kampf komme hier in Betracht. Vesser daran als die Unorganisierten sind immer noch die Organisierten, die in ihrer Organisation eine Stütze haben. Wenn unsere Genossen im Stadtparlament noch nicht mehr erreicht haben, so liegt das an dem unständlichen bürokratischen Betrieb, der dort herrsche. Zum Kampf gehören gewerkschaftliche und politische Organisationen.

Böcke erklärte rundweg, daß die Kommune die Pflicht habe, für die Hungernden zu sorgen. Er warnte aber alle, gewissen Kreisen die erwünschte Gelegenheit zu geben, die Hungernden mit blauen Vogeln zu füttern. Es wäre auch nicht so schlimm bestellt, wenn die Arbeiter alle organisiert wären.

Mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie schloß die Versammlung. Der Abmarsch verlief ohne Zwischenfall.

In Keller-Saal in der Koppenstraße

hatten sich einige tausend Arbeitslose eingefunden. Dicht gedrängt sahen und standen sie im Parterre und auf den Galerien. Keine gruppenweise Unterhaltung, kein Gespräch von Nachbar zu Nachbar, wie sie sonst vor Eröffnung großer Versammlungen gepflogen werden und mit einem Durcheinander menschlicher Stimmen den Saal erfüllen. Fast lautlos sahen die Tausende da. Gedrückte Stimmung, hervorgerufen durch das Bewußtsein: Du bist arbeitslos und hast eine trübe Zukunft vor Dir, lastete auf den Massen. Doch als der Referent, Reichstagsabgeordneter Blücher, sprach, als er den ungeheuren Umfang der Arbeitslosigkeit aufwies, als er die Not der Arbeitslosen schilderte und ihnen zeigte, daß es die kapitalistische Wirtschaftsweise ist, welche all das Elend über Hunderttausende von Arbeitern und Arbeiterinnen heraufbeschworen hat, da zeigten zustimmende Keuerungen und Beifallsstundgebungen, daß der Redner dem Ausdruck gegeben hatte, was die Massen bewegt. Mit enthusiastischen Jorntrufen wurden die vom Referenten zitierten Auslassungen gewisser bürgerlicher Blätter, welche die Arbeitslosen in ihrem Elend noch verhöhnen, aufgenommen. Als der Redner unsere Forderungen zur Linderung des Elends der Arbeitslosen an Reich, Staat und Gemeinde vertret und als er die Proletarier aufrief zum gemeinsamen Kampf gegen Ausbeutung und Entrechtung der Arbeiter, da durchbrauste ein Sturm des Beifalls den weiten Raum.

Dem Vortrag folgte eine längere Diskussion. Die vom Referenten vertretenen Gedanken wurden von mehreren Rednern weitergesponnen und ergänzt. Es herrschte allseitiges Einverständnis mit den Grundgedanken des Sozialismus sowie besonders mit der Forderung, daß Reich, Staat und Gemeinde helfend eingreifen müssen, um dem Elend der Arbeitslosigkeit zu steuern.

Um 1 Uhr mittags waren Saal und Galerien im Ritters-Vereinshaus

völlig besetzt, und die jetzt noch aus verschiedenen Arbeitsnachweisen Herankommenden muhten sich mit Stehpfüßen begnügen.

Vor der zahlreichen Zuhörerschaft sprach Reichstagsabgeordneter Siebel. Wie richtig er das Brauen der ungeheuren und meist sehr ausgedehnten Arbeitslosigkeit, wie sie durch die bekannten Zahlen festgesetzt ist, zu würdigen verstand, bewies der immer wiederlebende spontane Beifall der versammelten Arbeitslosen. Besonders lebhaft stimmte man ihm darin zu, daß es unter diesen Umständen ein Gebot der Selbsterhaltung sei, Forderungen, nicht Bitten, an Reich, Staat und Kommune zu stellen. Von einer Diskussion nahm man Abstand.

Der Vortragende, Genosse Juch, teilte dann mit, welche Vorbereitungen die Polizei getroffen habe und daß auch die Kätztrochsenjungen nicht fehlten. Er bitte, sich nicht provozieren zu lassen, sondern ruhig seines Weges zu gehen. Nach einer Darlegung der Ablehnung der als Arbeitslosenbeihilfe geforderten 50 000 M. durch den betreffenden Unterausschuß im Berliner Rathaus, welche Ablehnung Witwale der Arbeitslosen auslöste, legte er den bisher noch

fernstehenden das Mitwirken in Partei und Gewerkschaft nahe. Das wäre der beste Protest. (Lebhafter Beifall.) Mit einem draufenden Hoch auf die Sozialdemokratie schloß die Versammlung.

In aller Ruhe zerstreuten sich die Versammelten.

Dicht gedrängt und jeden verfügbaren Platz in Anspruch nehmend hatte sich das arbeitslose Proletariat der Schönhauser Vorstadt in dem großen Saale der

Brauerei Königstadt

eingefunden. Landtagsabgeordneter Genosse Heinrich Ströbel verfocht hier in einstündiger, Herz und Hirn aufreizender Rede die Forderung des Proletariats auf Wilderung des durch die Krise heraufbeschworenen Elends. In farlosischer Form wies er auf die zweierlei Arten von Arbeitslosen hin: auf die, welche nicht arbeiten mögen, da andere für sie den Reichtum schaffen, mit dem sie all ihren luxuriösen Leidenschaften fröhnen können, dann aber auf die Anzahl derer, welche wohl gerne arbeiten möchten, aber durch die infolge der heutigen Wirtschaftsordnung herbeigeföhrenen Krise als überflüssig erachtet werden und im Elend zu versinken drohen. Mit Hohn und Spott wies der Redner die Anschläge unserer Agrarier zurück, die den städtischen Arbeitern empfehlen, auf das platte Land zu gehen, wo ihnen Arbeit in Hülle und Fülle winkt. Die Agrarier seien ja gerade die, welche mit ihrem Lebensmittelwucher die Schreden der Arbeitslosigkeit noch vermehren. Das Kunststück, mit den zu Hunderttausenden importierten, rechtlos gemachten ausländischen Arbeitern zu konkurrieren, brächte wohl kaum ein anderer Arbeiter fertig. Aber die Hilfe, die ihnen, den deutlichsten Agrariern, so oft von der deutschen Regierung geboten worden sei, mühten die Proletarier mit noch größerem Rechte verlangen können. Mit dem Schimpfen auf die herrschende Ungerechtigkeit und die schlechten Zeiten sei aber nichts getan. Organisiert! sei die Parole, die freien Gewerkschaften und die politische Partei der Arbeiter, die Sozialdemokratie, stärken, das müsse die Leitende jedes einzelnen Arbeiters sein, dann erst wird es möglich sein, pochend auf die Macht der allumfassenden Organisationen des Proletariats, den herrschenden Klassen die berechtigten Forderungen abzutrotzen.

Schweigend und ernst war die Versammlung, fast ausschließlich von Männern besucht, den Darlegungen des Referenten gefolgt. Ab und zu Beifallsbezeugungen und Zustimmungsaueuerungen, auch heftige Proteststundgebungen, wenn der Redner die abfälligen Urteile scharfmacherischer Unternehmer und deren Organe, sowie die ablehnende Haltung der Regierung gegenüber den Forderungen auf Verinderung der Arbeitslosennot erwähnte. Wie ein Wald streckten sich die Hände aller Anwesenden bei der Abstimmung über die Resolution empor. Schweigend und ruhig entfernten sich auch die Versammelten. Die zahlreich aufgebotene Polizeimannschaft, die sich revolverumgürtet auf der StraÙe vor dem Versammlungsort bewegte, bekam nichts zu tun.

Germania-Säle.

Schon lange vor Beginn der Versammlung waren die Eingänge wegen Ueberfüllung gesperrt. Aber immer von neuem wurde Platz geschaffen. Bis Saal und Galerien aus äußerster Besetzt waren, Dennoch fanden viele keinen Einlaß.

Der Referent, Landtagsabgeordneter Girsch, fand vortreffliche Worte zur Kennzeichnung der Situation und lebhaften Widerspruch bei den Tausenden der Versammelten. Oft wurden die Sätze, die der Redner prägte, nachhaltig durch Beifall unterstrichen. Von dem Recht der freien Ausprägung wurde ausgiebig Gebrauch gemacht. Die schlichten, mitunter recht drastischen Worte ergänzten durch Einzelbeispiele und betonten das Gebot. Es waren Ausführungen, die bei jedem denkenden und fühlenden Menschen volles Verständnis fanden und anscheinend nur den überwachenden Polizeibeamten in eine unbegreifliche Erregung versetzten, so daß er wie ein Verleerter von seinem Sitz aufsprang und von dem betreffenden Diskussionsredner die Personalien mitten in dessen Ausführungen feststellen zu müssen glaubte, nur weil er gemeint hatte, es mühte der Sache der Arbeitslosen förderlich sein, wenn durch StraÙendemonstrationen auch jenen Leuten ein Bild vom Umfang der Not gegeben werde, die nicht in unsere Versammlungen kommen, die aber die Herrschaft noch in den Händen haben und leider bisher recht wenig Verständnis für die soziale Lage der Arbeitslosen gezeigt haben. Der überreizte Polizeimann wird sich hoffentlich nicht einbilden, daß sich die Arbeiterschaft abhalten lassen würde, zu gegebenen Zeit von ihrem Recht auf die StraÙe Gebrauch zu machen. So trübt war natürlich keiner, sich nach Schluß der Versammlung zu Unbesonnenheiten hinreichen zu lassen.

Alle Versammlungen nahmen einstimmig die nachfolgende Resolution an:

Die wirtschaftliche Krise, verschärft durch die unsinnige Sozialpolitik und die Rüstungs- und Kriegstreiberereien, hat Hunderttausende Arbeiter der Grundlage ihrer Existenz beraubt. Längere Arbeitslosigkeit ist für die Arbeiterfamilie gleichbedeutend mit Not und Elend. Nicht wenige Arbeiter versinken während der Arbeitslosigkeit in den Sumpf des Lumpenproletariats oder werden auf die Bahn des Verbrechens getrieben.

Diesem Uebel entgegenzuwirken, ist eine der dringlichsten Aufgaben von Reich, Staat und Gemeinde. Die beste Hilfe für den Arbeitslosen ist, lohnende Arbeit zu erhalten.

Die Versammlung fordert daher, daß die Arbeiten, die in nächster Zeit für Reich, Staat und Gemeinde ausgeführt werden müssen, unverzüglich in Angriff genommen werden.

Ferner sind die Arbeitslosen, für die Arbeit nicht zu erlangen ist, zu unterstützen.

Die Versammlung fordert die Schaffung eines Reichsgesetzes zur Durchführung einer Arbeitslosenversicherung mit voller Selbstverwaltung durch die Versicherten.

Die Versammlung fordert ferner, daß die Gemeinden ohne Vergütung ausreichende Mittel zur Verfügung stellen, von denen Arbeitslose für die Zeit Unterstützung erhalten, bis eine gesetzliche Regelung durch die Arbeitslosenversicherung herbeigeföhrt ist. Diese Unterstützung darf aber unter keinen Umständen den Charakter einer Armenunterstützung annehmen.

Jugendbewegung.

Erziehungsfäden rücken sich.

Dieser Tage wurde im Stadttheater zu Bonn vor Mitgliedern katholischer Jugendvereine „Trin“ von Theodor Körner aufgeführt, ein Stück, für das man bei religiös und patriotisch erzeugten jungen Leuten immerhin Interesse voraussetzen könnte. Aber der Versuch, der katholischen Jugend ein ernstes Theaterstück zu bieten, ist mißlungen. Der Theaterreferent des Bonner Zentrumsblattes („Deutsche Reichszeitung“) spricht den Mitgliedern der katholischen Jugendvereine jede Verablung ab, ernste Theaterstücke zu genießen, solange bei der Jugend der seelische Kontakt zu der Dichtung nicht vorhanden ist, sollte sie nicht ins Theater geführt werden. Denn der Zweck, den man mit Sondervorstellungen für die Jugend anstrebt, wird dann illusorisch. Die Zuhörer können vielleicht — vielleicht den Gang der Handlung nachzählen.

Die Handlung ist aber nie Selbstward einer großen Wahnendichtung, sie ist nur das Geföh für den Inhalt der dichterischen Absichten. Und dieses Wertvolle eines Kunstwerkes der Bühne geht den jungen Zuhörern vollständig verloren. Man sah und hörte es gestern ja. Der Diener, der dem türkischen Kaiser Soliman die Volkswort bringt, „Trin“, der seine weinende Tochter beim Abschied in den Krieg tröstet, der Heilhorn Jurantisch, der seiner Prant Worte der Liebe und der Vergrößerung für sein Vaterland sagt, und noch mande andere Szenen ging durch Lachen und lautes Schwähen, Husten und Unruhe im Zuschauerraum ganz verloren. Sogar der Eindrud der erschütternden Sterbezene des Löwen Soliman (Soliman war unser erster Bühnenkünstler Eugen Aldyfer) mühte unter der Verständnislosigkeit des theaterunerfahrenen Publikums leiden. Es ist immerhin begreiflich, daß unter solchen Umständen bei den Darstellern eine Gleichgültigkeit und Teilnahmslosigkeit einreißt, die für den ernstesten Besucher kurz gefogt bedauernd ist.

Der Herr mag die literale Jugend richtig einschätzen, aber er irrt sich, wenn er glaubt, die Jugend im Alter von 14 bis 18 Jahren habe an sich nicht die Fähigkeit, eine ernste Vorstellung in sich aufzunehmen. Diese Befähigung geht den Mitgliedern katholischer Jugendvereine nur deshalb ab, weil man sich durch ihre Vereinsbühnen an die traurigsten Nachwerke einer Aferkunst gewöhnt. Solange in katholischen Jugendvereinen „Werke“ aufgeführt werden wie: Schneidemeister Jovin, Der Werd in der Striebelogasse, Die Heilung der vier Eudigen, Zepellin in Zwiebelösdorf und ähnliche geistige Exzentrimente katholischer „Kassiker“, kann sich natürlich keine Teilnahme für wahre Kunst entwickeln. Die Art wie sich das Theaterpielen in der katholischen Jugendbewegung ausbreitet, ist überhaupt ein Unlug, der schon viele junge Leute verdorben hat. Das Theater ist kein Spiel, sondern eine Kunst. Für junge Leute aber, die jahraus jahrein nur ihre eigenen Kameraden auf der Bühne mehr oder minder komische Figuren haben darstellen sehen, wird natürlich auch das ernsteste Theaterstück zu einer Poss.

